

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis vom 1. Januar 1917
 wöchentlich 30 Pf. für ein Jahr
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1.00 Mark pro Monat
 eingetragene in die Post-Verordnungs-
 beilage. Unter Abrechnung für
 Deutschland und Österreich - Ungarn
 1.00 Mark, für das übrige Ausland
 1.20 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Monats-
 stelle oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Veranlassungen 30 Pf.
 Kleine Anzeigen, die 10 Zeilen
 nicht übersteigen, werden zu 10 Pf.
 pro Zeile und 10 Pf. für die erste
 Zeile berechnet. Mehrere Zeilen
 werden für 6 Pf. pro Zeile berechnet.
 Für die übrigen Anzeigen müßten bis
 6 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Sonnabend, den 31. März 1917.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Einsetzung eines Verfassungsausschusses.

Der Entschluß des Reichstags.

Der Reichstag hat in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 33 Stimmen bei fünf Enthaltungen einen nationalliberalen Antrag angenommen, einen besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern (Verfassungsausschuss) zu bilden für die Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere der Zusammensetzung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung; dazu eine sozialdemokratische Entschließung, diesem Ausschuss die im Reichstage eingebrachten einschlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen.

Die Reichstagsmehrheit, die am Donnerstag ihrem Wunsch nach sofortiger Herbeiführung innerpolitischer Reformen Ausdruck gab, hat am Freitag abend einen beachtenswerten Beweis ihrer Kraft abgelegt. Gegen eine verdächtige Minderheit hat sie beschlossen, einen besonderen Ausschuss, einen Verfassungsausschuss, einzusetzen, dem die große Aufgabe zufällt, einer freieren Entwicklung im Deutschen Reiche die Bahn zu weisen.

Auf den achtundzwanzig Männern dieses Ausschusses ruht die Aufgabe, die in der Reichstagsdebatte im Laufe der Geschichte eingebracht worden, die von ihren Taten und ihren Verdiensten berichten wird. Das Volk wird für ihr Handeln und ihr Unterlassen Rechenschaft verlangen.

Man kann sich vorstellen, welcher Lohn diesen Ausschuss bereits treffen würde, wenn er seine Zeit mit nutzlosen Debatten verträdeln und wenn er mit leeren Händen zu seinem Auftraggeber, dem Reichstag, zurückkehren wollte. Die deutsche Geschichte ist reich an abschreckenden Beispielen. Verhängnisvoll wäre es, wenn der Ausschuss nur dazu bestimmt wäre, die Bibliothek der Bundestags- und Frankfurter Reichstags-Bibliothek um einige Bände zu vermehren, wenn er nichts lieferte als neue Dokumente, die an die Zeit der Ohnmacht und der Furcht erinnern.

Dieser Ausschuss darf um alles in der Welt nicht bloß ein staatsrechtliches Seminar werden, in dem seine vornehmliche Grundaufgabe besteht, in der die Hoffnungen des deutschen Volkes auf eine bessere Zukunft ein Begräbnis erster Klasse finden. Käme es so, dann wäre es hundertmal besser, gar nicht erst angefangen zu haben!

Das feindliche Ausland wird die Arbeiten dieses Ausschusses mit Schadenfreude oder mit Beforgnis verfolgen. Mit Schadenfreude, wenn er verlagert, wenn er nur zu einem neuen Sammelpunkt wird, an dem sich die vortwärtstreibenden Kräfte des Landes nutzlos aufreiben und in bedenklicher Weise hauen. Mit Beforgnis, wenn es gelingt, die Arbeit in regem Fluß zu erhalten und rasch zu einem gedeihlichen Ende zu führen.

In ihrer Unkenntnis der deutschen Verhältnisse hat die Entente die Hoffnung durchblicken lassen, die Ereignisse in Russland würden in einer Weise auf Deutschland zurückwirken, die ihr zur Erreichung ihrer verderblichen Kriegsziele nützlich sein würde. Die sozialdemokratischen Redner im Reichstag und die sozialdemokratische Presse im ganzen Reich haben diese Auffassung einmütig zurückgewiesen. Dasselbe hat dann auch namens der „Arbeitsgemeinschaft“ der AdA. Haase getan. Aber der Reichstag des allgemeinen Wahlrechts, den die Entente als ein gegenüber dem „Militärdespotismus“ gänzlich unbeachtliches Gebilde hinzustellen liebt, hat die drängende Frage der politischen Neuordnung mit ruhiger Festigkeit in die Hand genommen und auf den ordentlichen Weg gebracht. Er hat dies getan, obwohl der leitende Staatsmann noch am Tage zuvor seine Stimme gegen die Vornahme innerpolitischer Reformen während des Krieges erhoben hatte.

Hoffentlich sieht Herr v. Bethmann, der seit zweidreiviertel Jahren der begehrteste Verkäufer jener Neuordnung gewesen ist, wenigstens jetzt seine Aufgabe nicht darin, einer notwendig gewordenen Entwicklung in die Fänge zu fallen. Aber wie dem auch immer sei: die große Bedeutung des gestrigen Tages liegt darin, daß sich die deutsche Volksvertretung gestern vor aller Welt als eine politische Potenz erwiesen hat, und daß sie den Willen gezeigt hat, nach den Worten des Reichstagspräsidenten zu handeln: „Wo wir von etwas zu befreien sind, da befreien wir uns selbst!“

Damit ist für den Anfang viel gewonnen. Denn es zeigt sich, daß Deutschland nicht — wie seine Gegner behaupten — ein versteinertes Gebilde ist, dem die Fähigkeit zur eigenen Entwicklung fehlt und das darum von außen her mit dem Hammer zerhauen werden muß. Was das Deutschland des allgemeinen Wahlrechts und der allgemeinen Schulpflicht in seinem staatsrechtlichen Aufbau von den demokratisch regierten Ländern trennt, wird in der feindlichen Propaganda gekünst-

übertrieben. Diesen Übertreibungen wird durch den Beschluß des Reichstags eine Schranke gesetzt und zugleich wird der Wille bekundet, in friedlich geordneter freiheitlicher Entwicklung vorwärts zu schreiten. Je deutlicher dieser Wille zum Ausdruck kommt und je rascher er weithin sichtbare Taten zeitigt, desto mehr wird für unser Volk gewonnen sein nach innen und nach außen!

Aber alles Gewonnene und mehr noch wäre verloren, wenn sich der Verfassungsausschuss des Deutschen Reichstags auch wiederum als eine Impotenz entpuppen sollte. Es klingt paradox, aber es ist doch richtig, daß selbst Beschlüsse, die manchen bedenklich erscheinen mögen, besser sind als gar keine! Daß ein rascher Entschluß, selbst wenn er Mängel aufweist, besser ist als matt hinsiehende Entscheidungslosigkeit. Der Ausschuss muß sich darüber klar sein, daß wir im gewaltigsten aller Kriege stehen und daß auch seine Entschlüsse Mittel sein sollen, diesen Krieg um unsere Selbsterhaltung zu gewinnen. Er muß sich dessen bewußt sein, daß ihm bei seiner Arbeit ein Feind über die Schulter sieht, der darauf lauert, aus seiner Latenzlosigkeit Schlüsse gegen das deutsche Volk zu ziehen. Soll er, soll ein Satiriker der Zukunft etwa sagen können: „Als die Welt fast drei Jahre in Flammen stand und als selbst Russland zur Freiheit erwachte, da lehten die Deutschen eine Kommission ein, aber dabei kam nichts heraus...“ Diese Zeit ist zu schwer und zu ernst, als daß man sich mit solchen Gedanken beschäftigen darf!

Man muß sich nicht im Irrtum sein lassen, daß die demokratische Bewegung, die nun keine Partei mehr durch die Wahlen zur Achtung nötigen konnte. Die Wahlen allein tun es nicht! Solange sie angewendet werden müssen, um einen vielfach überlegenen Gegner von seinen Verabsichtungen abzubringen, sollen sie angewendet werden. Aber insoweit bleibt es die Aufgabe der Politiker, der deutschen Volksvertretung und jetzt vor allem des von ihr gewählten Ausschusses zu zeigen, daß das deutsche Volk auch auf anderen Gebieten jene Achtung für sich fordern darf, die die anderen zivilisierten Völker für sich in Anspruch nehmen. Auch dies ist — um es noch einmal zu sagen — ein Mittel, um das deutsche Volk aus blutigen Wirren einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen.

Jetzt, da der Reichstag sich ansieht, die Führung auf diesem Wege zu übernehmen, heißt es nicht mehr nur: „Wehe dem Staatsmann...“, sondern auch: „Wehe der Volksvertretung, die die Zeichen ihrer Zeit nicht erkennt!“ Der Verfassungsausschuss des Reichstags aber sollte an die Wand seines Beratungszimmers die Worte schreiben, die in nicht minder schwerer Zeit Johann Gottlieb Fichte seinem Volk zugerufen hat:

Handeln! Handeln! Das ist es, wozu wir da sind!

227 gegen 33.

Was der Reichstag am Donnerstag mit erfreulicher Entschiedenheit begonnen hatte, setzte er am Freitag mit gleicher Entschiedenheit fort, und zwar bis zum guten Ende. hatten die zweitägigen Debatten über die gesamte innere und äußere Politik des Reiches schon eine politisch bedeutsame Übereinstimmung der großen Parteien der Linken erkennen lassen, so verdichtete sich diese zum Schluß auch noch zu einer gemeinsamen Aktion. Diese wiederum hatte so viel Schwung und Verheerung, daß sie fast den ganzen Reichstag bis auf die Konserverativen und ihre offenen und geheimen Freunde in den übrigen Parteien mit sich riß.

Die Nationalliberalen hatten einen Antrag eingebracht, der die Einsetzung eines Verfassungsausschusses zur Beratung wichtiger verfassungsrechtlicher Fragen der neuen Zeit verlangte. Die sozialdemokratische Fraktion wollte einen Ausschuss zur Beratung aller auf die Neuordnung der innerpolitischen Zustände des Reiches sich beziehenden Anträge. Beide Anträge wurden in zweifelhäufiger Weise miteinander verbunden, so daß sie eine sinnvolle Einheit bildeten. Gerade dieser Umstand, fernher aber auch der sonstige Verlauf der zweitägigen Debatten veranlaßten den bekannten Vertreter der Schwerindustrie bei den Nationalliberalen, Herrn Dirsch-Offen, für sich und einige seiner Parteifreunde zu erklären, daß er seine Unterwerfung zurückzuziehen und gegen den Antrag stimmen werde. Eine ähnliche warnende Bemerkung machte Graf Westorp noch zur Geschäftsordnung anzubringen. Obwohl dem nationalliberal-sozialdemokratischen Antrag dadurch vor der Abstimmung noch mit besonderer Schärfe seine eigentliche Bedeutung als einer tatsächlichen Aktion gegen junkerliche Vorrechte, gegen schwerindustrielle Schanzarbeiten, gegen die Stagnation unseres Verfassungswesens, vor allem aber gegen das verheerende Dreiklassenwahlrecht aufgezeigt worden war, wurde er in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 33 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Das Parlament nahm das erste wichtige Abstimmungsergebnis mit lebhaftem Bravo auf, und im stillen dankte mancher Herr Dirsch für seinen

Widerspruch. Denn ohne ihn hätte das Haus auf namentliche Abstimmung verzichtet. Aber als Herr Dirsch sprach, ging es wie ein Lauffeuer durch die Bänke der Linken: nun aber namentliche Abstimmung, nun wollen wir sehen, wer Herrn Dirschens Freunde und die anderen Gegner einer Fortentwicklung unseres innerpolitischen Lebens sind! Und rasch entschlossen nahm der nationalliberale Fraktionsführer, Prinz Schönau-Carolath, seinen Antrag auf namentliche Abstimmung wieder auf, obwohl er sich damit in erster Linie gegen seine eigenen dissentierenden Parteigenossen wandte. Gerade deswegen aber ist auch die namentliche Abstimmung von besonderer Bedeutung für den Liberalismus, der jetzt Klarheit darüber hat, wie weit ihm seine eigenen Leute bei dem immerhin maßvollen Fortschritt, den er will, folgen.

Die vorhergehende Debatte hatte sich im allgemeinen auf der gleichen Höhe gehalten, die schon die Debatte des ersten Tages gezeigt hatte. Der Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Haase, hielt sich zu einem großen Teile in dem Rahmen der kritischen Ausführungen, den am vorhergehenden Tage schon unser Genosse Koste gespannt hatte, nur mit dem Unterschied, daß er seine Kritik durch Schärpen des Ausdrucks besonders würzen zu müssen glaubte.

Sachlich erwiderte ihm Genosse David, der zweite Redner der Sozialdemokratischen Fraktion, soweit Haase die sozialdemokratische Politik angegriffen hatte. Aber auf eine lange Polemik mit der äußersten Linken ließ sich David vernünftigerweise nicht ein. Das Parlament sollte sich nicht in die persönlichen Auseinandersetzungen der „Hilfs- und Arbeiterpartei“ einmischen. Die Regierung und auch eine sozialdemokratische und liberalen Partei, die die Interessen der Konserverativen und Altpreussischen, David schloß mit dem Wunsch, daß es durch tatsächliche Reformen in Deutschland gelingen möge, das Reich wahr zu machen: Deutschland in der Welt voran!

Auf David folgten der Fortschrittler Dörmann und der Nationalliberal Schiffer. Durch den Schwung, den ihre Reden auch die allgemeine Stimmung erhielten, gewannen sie an Wirkung. Beide Redner wiesen nachdrücklich darauf hin, daß die Beilegung des Konflikts mit der Neuordnung der Dinge, besonders mit der Reform des Wahlrechts, zu beginnen, von ihm nur für den gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen worden sei. Andere Verordnungen könnten also auch den Konflikt zu sofortigen Handlungen nötigen.

Erheblich von der bisherigen Höhe herunter zog die Debatte der Konserverativen v. Graefe, der mit einer Häufung von Zitate aus Goethe und anderen Dichtern, die aber nicht einmal immer richtig waren, die eigene Gehäuftheit zu verbergen sich bemühte. Den Schluß der Debatte bildete eine Rede Pöschel.

Vor der Fortsetzung der großen politischen Debatte hat der Reichstag noch den Gesetzentwurf zur

Herabsetzung der Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches in zweiter und dritter Lesung erledigt, so daß den Soldaten die Wohlthat dieses Gesetzes schon in den nächsten Tagen zugute kommen. Durch eine Resolution, deren wohlwollende Ausführung der Vertreter der Regierung, Generalmajor v. Langeemann, zusagte, soll auch den bisher schon nach den alten, horrend hohen Mindeststrafen verurteilten Soldaten der Vorteil des neuen Gesetzes in geeigneter Weise zugute kommen.

So hat der Reichstag neben der bedauerlichen Steuererhöhung doch auch wertvolle und fruchtbare Arbeit geleistet.

Wieder 90 000 Tonnen versenkt!

Berlin, 30. März. An neuen U-Boot-Erfolgen kommen nach Meldungen zurückgeleiteter U-Boote zu den bisher im März veröffentlichten hinzu:

- 31 Dampfer, 2 Segler, 14 Fischereifahrzeuge mit insgesamt 90 000 Br.-Reg.-Tonnen, und zwar:
- 24 englische Schiffe:
- Die bewaffneten Dampfer Coranda (2700 T.), Pils (3061 T.) mit Kohlen, Troose (3112 T.), Almid Galle (5000 T.) mit Stahlgut nach Kapstadt, Frinton (4194 T.) mit Eisen, Fracht- und Passagierdampfer Antoon (6146 T.).
- Die Dampfer Clan Macmillan (4525 T.), Achille Adam (460 T.), Exchange (279 T.), Rio Sorocaba (ex Bramley, 4307 T.) mit 6400 T. Butter für die französische Regierung, Dampfer, wahrscheinlich Olmann (3227 T.) mit Butter von Java nach Kaniak, der Schoner William Norton mit Kohlen und die Fischkutter Guard, Venecar, Carlew, N. 62, N. 253, L. T. 1132, P. N. 349, N. 125, L. T. 667, L. T. 502, L. T. 962, N. 52.
- 3 französische Schiffe:
- die Schonerbrigg Leontine und die Fischkutter Abodor, Galle Bolare.
- Der portugiesische Dampfer Angola (4297 T.) mit Kohlen.
- 17 norwegische Schiffe:
- Die Dampfer Striven, Nigst, Utika, Kaly mit Holz, Garant mit Sulfur und Papier, G. Sundt mit Eisen, Poluz mit Stahlgut,

Gegenes mit Lebensmitteln nach England, Susanna mit Seringen, Blampung mit Kohlen, Brode, Kong Inge mit Kohlen und Stückgut von Glasgow nach Marseille, Eugen mit Kohlen von Sunderland nach Santander,

der holländische Landdampfer J. H. August Kestler (5104 T.),

der dänische Dampfer Ruffia (1617 T.).

Der 7 Schiffe, deren Namen sich nicht feststellen lassen:

ein englischer Hilfskreuzer von mindestens 8000 T., ein bewaffneter Dampfer von etwa 2500 T. im Artilleriegefecht, ein bewaffneter Transporthampfer von etwa 4000 T., ein beladener Dampfer von etwa 4000 T., zwei Dampfer von je etwa 2000 T., darunter einer unter holländischer Flagge, ein beladener Dampfer von etwa 1500 T.

Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

Die Vereinigten Staaten vor dem Kriege.

Englische und amerikanische Blätter vertreiben sich die Zeit mit Rätselfragen über die Erklärungen des Präsidenten im Kongress am 2. April und ihre mögliche Tragweite. Der große Kriegsummel scheint nicht in reiner Schwung zu kommen, denn die „Times“ klagen, daß sich die von den Deutschfreunden eifrig unterstützten Pazifisten kräftig rüsten. Den Mitgliedern des Kongresses gingen allerlei Mitteilungen zu und des Weiße Haus wurde mit Forderungen bestürmt. Am Vortage der Kongressöffnung wurde eine Riesendemonstration veranstaltet, woran anschließend eine Versammlung stattfand, auf welcher Organ sprechen wurde. Die Iron, deutschfreundliche Gesinnungen usw. unterstützen die Tätigkeit der Pazifisten. Diejenigen, welche den Krieg wollten, machten gleichfalls eine gewaltige Propaganda und würden hierbei von der Presse unterstützt.

Diese Propaganda darf aber nicht darüber lässigen, daß Präsident Wilson genug Autorität hat, um alle politisch einflussreichen Kreise des Landes hinter sich zu sammeln.

Auch die Kriegstreiber sind eifrig bei ihrem schmutzigen Handwerk und erfinden Gruselgeschichten:

„Daily Telegraph“ vernimmt aus New York: In Philadelphia sei ein Skandal in dem Roten-Kreuz-Bereich aufgedeckt worden. Das Verbandsgesetz sei mit wichtigen chemischen Lösungen getränkt gewesen. Die lokale Abteilung habe die Binden einer bestimmten Besetzung unterworfen. Es sei Tatsache, daß diejenigen Personen, welche die Binden gebraucht hätten, getötet worden wären. Im übrigen wären einige Verbände mit dem Wodensah dieser Lösung gefüllt gewesen, so daß, auf offene Wunden gelegt, eiternde Wunden entstehen würden.

Im Kriege ist nichts so dumm, daß es nicht willig geglaubt würde, aber es ist doch ein wenig stark, die als erste entdeckte Lunte eines Riesenfeuerwerks der amerikanischen Armee oder des Roten Kreuzes der deutschen Propaganda in die Schuhe zu schieben. Die Zehnverbänder werden schon weit früher gemerkt haben, daß die großen Snupalkien, die sie in den Vereinigten Staaten genossen, nicht stark genug zur Verhinderung schlechter Lieferungen waren.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß alle Ableitungen der Regierung der Ansicht seien, daß der Kongress sich Wilson anschließen werde, obwohl er die Debatte über die Entscheidung bis zum 10. April hinauschieben kann. Die Pazifisten sind weiter an der Arbeit. Wilson ist jetzt geneigt, die Macht des Staates in ihrer ganzen Ausdehnung zugunsten der Alliierten anzuwenden, doch wird die Abwendung von Truppen nach Europa nicht unmittelbar geplant, außer zu demontokratischen Zwecken. Die „Evening Post“ sagt: Die Entente wird kein formelles Bündnis vorschlagen.

Mit anderen Worten: Amerika steht vor dem Kriege nicht zurück, aber auf die Bindung, zu der sich Frankreich, Rußland, Japan, Italien gegenüber England bereit fanden, ist dies sich nicht einlassen. Der Krieg soll „sein“ Krieg sein. Es heißt: sein, durchaus kein Geschäft, bis zu dem Recht auf Sonderfrieden, wenn er rentabel scheint.

Die Wahlrechtsfrage im Unterhause.

Die großen Probleme der inneren Politik, die echte Massenfragen sind, kommen allenthalben in Fluß. Der Krieg kann sie nicht mehr hemmen. Es zeigt sich sogar — was uns ganz und gar nicht überrascht — daß die Einflüsse der Kriegszeit manche Hemmnisse, auf die sonst zu rechnen war, tüchtig abgeweht haben. Die parlamentarische Behandlung der englischen Wahlreform mehrte diese Erfahrung. Aus London meldet „Nieuwe Rotterdamse Courant“:

Die Debatte über die Wahlrechtsfrage im Unterhause ergab, daß die Opposition gegen die Wahlreform viel weniger stark war, als man erwartet hatte. Die Regierung vertrat energisch den Standpunkt der Kommission. Lloyd George ergriff selbst das Wort, und nach dem „Daily News“ war seine Rede die beste, die er als Premierminister gehalten hat. Sein Eintreten für die Wahlreform dürfte sein Ansehen im Parlament erhöhen. Einunddreißig Abgeordnete, die gegen den Kommissionsbericht stimmten, gehörten zu den Ultraconservativen, während mehr als die Hälfte der Unionisten das Kompromiß anzunehmen bereit sind, das der Kommissionsbericht darstellt.

Die Entscheidung über das Frauenwahlrecht will die Regierung dem Hause überlassen. Es ist kein Zweifel, daß im Unterhause eine überwältigende Mehrheit dafür vorhanden ist.

Die „Daily News“ meldet, sagte Lloyd George zu einer Abordnung von Frauenrechtlerinnen, die bei ihm vor sprach, die Frage, ob das Frauenwahlrecht in die Bill aufzunehmen sei, werde dem Unterhause überlassen bleiben, aber die Mehrheit der Regierung sei dafür, und es zweifle nicht, daß eine überwältigende Mehrheit im Unterhause sich ebenfalls dafür entscheiden werde.

Der Streik in Griechenland.

Amsterdam, 30. März. Ueber den Ausstand erzählt „Daily Telegraph“ vom Dienstag: Der Streik der Arbeiter in der elektrischen Zentrale dauere fort und wird von den anderen Gewerkschaften unterstützt. Dem Versprechen der Regierung, daß sie die Forderungen der Ausständigen unterstützen werde, wenn diese sofort die Arbeit wieder aufnehmen, misstrauen man, da die Ausständigen meinen, daß die Regierung die weggenommenen Maschinenteile auf diese Weise zurückzubekommen versuche. Einige Blätter suchen politische Gründe hinter dem Ausstand, aber wahrscheinlich mit Unrecht. Der eigentliche Grund liegt in der ungeheuren Teuerung sämtlicher Lebensmittel. Der Getreidepreis sei schon wieder um 20 Proz. gestiegen.

Die „Times“ vernimmt aus Athen: Die Regierung hat die Ausständigen in den elektrischen Betrieben durch Matrosen ersetzen lassen, damit diese Betriebe wieder wie gewöhnlich arbeiten können. Infolge der Haltung der

Kanadierangriffe östlich Newville-St. Vaast — Gefecht an der Straße Péronne-Fins. — Angriffe nordöstlich Soissons. — Russenangriffe bei Dünaburg.

Amtl. Großes Hauptquartier, den 30. März 1917. (W. I. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Aisne-Front war der Artilleriekampf lebhaft. Ostlich von Newville-St. Vaast griffen kanadische Regimenter unsere Stellungen viermal während der Nacht an; sie sind stets verlustreich zurückgeschlagen worden, einige Gefangene in unserer Hand geblieben.

Beiderseits der Straße Péronne-Fins wichen unsere Sicherungen nach Gefecht mit stärkeren englischen Kräften in der Linie Noyoncourt-Sorel aus.

Nordöstlich von Soissons versuchten französische Bataillone vergeblich, bei Newville und Karaval Boden zu gewinnen; unsere Posten wiesen sie ab.

Am Aisne-Marne-Kanal deuteten Ansammlungen zwischen Saignes und La Neuville auf einen sich vorbereitenden Angriff, der durch unsere Batterien niedergehalten wurde.

In der Champagne sind gleichfalls Vereinstellungen französischer Angriffstruppen wirksam beschossen worden.

Im Parroy-Walde (Lothringer Front) hielten unsere Stoftruppen 13 Gefangene aus den feindlichen Gräben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Dünaburg scheiterte ein Angriff mehrerer russischer Kompagnien in unserem Feuer.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau

keine Ereignisse von Belang.

Mazedonische Front

Erkundungsabteilungen eroberten bei einem Vorstoß in die französischen Gräben zwischen Chrida- und Preopa-See mehrere Schnelldegewehre und reichliche Munitionsvorräte.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amtl. Berlin, 30. März, Abends.

Nordlich von Meisel und südlich von Ripont (Champagne) lebhafteste Gefechtsaktivität.

Im Osten nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 30. März 1917. (W. I. S.) Amtl. wird veröffentlicht:

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Karst-Abschnitt ist die Artillerietätigkeit in den Kampfzonen unserer letzten Unternehmung sehr lebhaft. Rovereto und Arco fanden gestern unter dem Feuer mittlerer und schwerer Geschütze. In Arco wurde das Zivilhospital getroffen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Ausständigen und der Möglichkeit, daß die Truppen gemeinsame Sache mit ihnen machten, sei die Lage noch immer unsicher. Die Polizei hat am Montag einige Ausständige verhaftet.

Die Epirus-Frage wird aufgerollt.

Bern, 29. März. Die Lyoner Blätter aus Athen melden, wurde die griechische Regierung bei den Vertretern der Entente wegen der letzten Vorgänge in der südlichen neutralen Zone von Epirus und Thessalien vorbestellt. Die zurzeit in Athen weilenden Deputierten von Epirus berieten eine Versammlung ein, um die durch den italienischen Vormarsch in Epirus geschaffene Lage zu besprechen. Die griechische Regierung ist der Ansicht, daß die von dem italienischen Gesandten Bosdari gegebenen Zusicherungen unzureichend sind. Ministerpräsident Lambros hatte eine lange Besprechung mit dem König über die Lage in Epirus und Thessalien.

Die russische Konstituante.

Der Arbeiter- und Soldatenrat drängt auf Einberufung.

Die die Agentur Radio vom Mittwoch aus Petersburg meldet, trat der Arbeiter- und Soldatenrat mit der provisorischen Regierung in Unterhandlungen wegen Einberufung der konstituierenden Versammlung, für welche die Regierung die Mitte des Sommers vorschlägt. Der Rat erklärt jedoch, dieser Zeitpunkt sei zu entfernt. Bis jetzt konnte noch kein Entschluß gefaßt werden. Neben dem Arbeiter- und Soldatenrat ist auch ein Bauernauschuß an den Verhandlungen beteiligt. Es ist sicher, daß die Arme an den Wahlen teilnehmen wird.

Petersburg, 29. März. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Während des ganzen gestrigen Tages fanden Kundgebungen verschiedener Regimenter der Garnison Petersburg statt, welche Fahnen mit Aufschriften trugen, unter denen die beiden Worte „Krieg“ und „Freiheit“ vorherrschten.

Es gab also auch noch Fahnen, die das Gegenteil besagten. Daß in Petersburg eine Bewegung für den Frieden am Werke ist, die sich in den Straßen geltend macht, ergibt sich wiederum aus folgender Meldung der „Frankfurter Ztg.“:

Stockholm, 30. März. Laut Meldungen aus Petersburg gehen die dortigen Kriegseindlichen Kundgebungen weiter.

Der Stockholmer Sonderberichterstatter des „L. N.“ will von einer Abblüderung im Arbeiter- und Soldatenrat unterrichtet worden sein, die eine Folge des Unwillens über die Unterstützung der

vorläufigen Regierung und ihrer Kriegspropaganda gewesen sei. Die Angaben lassen sich zurzeit nicht nachprüfen. Der neuen Gruppe hätten sich die Telegraphen-, Eisenbahn- und Postbeamten angeschlossen. Aus dem Blatt der Gruppe wird folgende Resolution mitgeteilt:

„Es wurde beschlossen, sofort in Verbindung mit dem Proletariat der revolutionären Demokratie aller kriegführenden Länder zu treten, um den unmittelbaren Schluß des verbrecherischen Krieges herbeizuführen, der den Völkern aufzuringen wird. Sie fordern die systematische Verbrüderung der Soldaten der kriegführenden Völker in den Schützengräben.“

Die Kriegspropaganda der vorläufigen Regierung.

Petersburg, 28. März. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Arbeiter der Kriegsmaterial-Fabriken haben beschlossen, auf die eine Grundforderung ihres Programms, den Achtstundentag, angesichts der Notwendigkeit, die Kriegsmaterialerzeugung mit allen Kräften zu steigern, zu verzichten.

Petersburg, 28. März. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Das offizielle Organ des Arbeiter- und Soldatenrats schreibt in einem Leitartikel über die Notwendigkeit des Verteidigungskrieges gegen Deutschland vom 27. März folgendes: Rußland darf den Hohenzollern und ihren Parteigängern nicht als leichte Beute erscheinen, und das monarchische Deutschland soll wissen, daß das revolutionäre Rußland alle seine Kräfte der Sicherung seiner Eroberungen weihen wird.

Der Aufzug der Petersburger Regimenter.

Petersburg, 29. März. Die die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, trug das Regiment Semenow, das gestern als erstes mit Rußland durch die Straßen nach der Duma eine große rote Fahne mit der Aufschrift: „Die freien Soldaten des Regiments Semenow.“ Vor dem Regiment marschierten Leute, die Banner mit der Aufschrift trugen: „Soldaten, in die Schützengräben!“, „Arbeiter, in die Werkstätten!“, „Krieg bis zum letzten Hauch!“, „Es lebe die Freiheit, es lebe die Republik!“, und andere.

Als das Regiment vor der Duma angekommen war, hielt Tschaidse eine Ansprache, in der u. a. sagte: Beweist Ihr, Soldaten, daß Ihr die Löwen der Revolution seid, daß Ihr nicht getrieben werdet, daß man einen Aufschlag auf eure Freiheit macht. Es lebe die Arme, deren Disziplin auf dem gegenseitigen Verständnis zwischen Soldaten und Offizieren beruht. Tschaidse beschwor die Konstitution einer Versammlung zur Schaffung einer demokratischen Republik. Ein kraftvolles Hurra aller Soldaten war die Antwort auf diese Ansprache.

Rodjanko, umgeben von zwanzig Abgeordneten, trat heraus und sprach unter lebhaften Kundgebungen zu den Soldaten, die er dann aufforderte, gegen den furchtbaren Feind, die Deutschen, zu kämpfen. Er sagte: Wir werden unser Möglichstes tun, damit die konstituierende Versammlung alsbald einberufen wird, die Rußland regieren wird. Wir wollen allen ihren Entscheidungen gehorchen und werden mit unserer ganzen Kraft die Regierung verteidigen, die in Rußland durch den Willen des Volkes eingeführt wird. Was die Verteilung der Ländereien betrifft, so erkläre ich Euch, Soldaten, daß das Land, wenn die konstituierende Versammlung sich dafür entscheidet, dem Volke ohne den geringsten Widerstand gegeben werden wird.“ Die Soldaten spendeten Rodjanko begeistert Beifall und trugen ihn auf den Armen durch den ganzen Saal.

Der Bericht der Telegraphen-Agentur spricht noch von der Ankunft einer Deputation der Schwarzen-Meerflotte und der Besetzung und Arbeiter von Sevastopol in Petersburg. Ihr Sprecher habe gesagt: Die Flotte, die Besatzungen der Städte des Südens und die Werftarbeiter seien bereit von den zwei Wahlprüfungen: 1. Krieg bis zum äußersten, bis zum vollständigen Sieg auf der ganzen Linie und ein großes, freies Rußland, 2. Die Schwarze-Meerflotte leiste ihre ganze Kraft der provisorischen Regierung, damit sie eine konstituierende Versammlung einberufen, bevor sie zerfällt, wie Rußland leben soll.“ Rodjanko antwortete alsdann wiederum sein Sprüchlein vom Krieg bis zum vollkommenen Siege, ohne den Rußland nicht frei sein würde, da sonst die Deutschen den Rußen das auferlegen würden, was sie in den letzten Tagen niedergeworfen hätten.

Besonders beachtenswert an diesem Bericht in Kriegsfrüher dürfte die Tatsache sein, daß der Abgeordnete Tschaidse zu den Soldaten der aufziehenden Regimenter offenbar, denn sonst teilte der Bericht es sicher mit, kein Wort von Krieg gesprochen und dennoch ein „kraftvolles Hurra“ geerntet hat.

Die Grablegung der Revolutionsofper.

Petersburg, 29. März. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die bürokratische Leichenfeier für die Opfer der Revolution wird am Freitag, den 30. März, auf dem Marsfelde, gegenüber dem Wärmopalast stattfinden, wo etwa hundert Pioniere eine mächtige Grube ausheben. Vier Ingenieure leiten den Bau der gemeinsamen Grabstätte, deren Plan von der Petersburger Architektengesellschaft ausgearbeitet und vom Rat der Arbeiter- und Soldaten-Abgeordneten aufgegeben worden ist. Die Feier wird von morgens bis 5 Uhr abends dauern.

Zensur und Kriegsgerichte aufgehoben.

Neubildung des Hauptquartiers.

Petersburg, 29. März. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Kriegsminister hat die Aufhebung der Kriegsgerichte angeordnet.

Der frühere Kriegsminister General Poliwanoow ist ins Hauptquartier gereist, um es auf neuer Grundlage zu reorganisieren, die Beziehungen von Generalstab und provisorischer Regierung genau zu bestimmen und für die Abgrenzung der Befugnisse zu sorgen. Gleichzeitig wurden die allen Heerführer, die die Altersgrenze erreicht haben, des Oberbefehls entbunden.

Der Minister des Innern hat die sofortige Aufhebung der Zensur über alle im Auslande in fremden Sprachen erscheinenden Zeitungen angeordnet.

Neuer meldet aus Petersburg: Fürst Gollitz und Gorenstin sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Zum Oberbefehlshaber der westlichen Armee-gruppe wurde nicht, wie früher gemeldet, General Tschichib, sondern General Gurko ernannt. Tschichib bleibt Korpskommandant.

Organisation von Schiedsgerichten für gewerbliche Streitigkeiten.

Amsterdam, 30. März. Neuer meldet aus Petersburg: Der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten in Petersburg hat ein aus sechs Mitgliedern bestehendes Bureau

Schluß der Kanzlerdebatte.

Reichstag.

96. Sitzung. Freitag, den 30. März, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Helfferich, v. Stein. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend

Verabschiedung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches.

Abg. Landberg (Soz.): Wir beantragen noch die Bestimmung hinzuzufügen, daß ein Untergebener, der eine ihm von einem Vorgesetzten zugefügte Körperverletzung durch Beleidigung oder Körperverletzung auf der Stelle erwidert, für straflos erklärt werden kann. Ferner beantragen wir, den Absatz des § 152 zu streichen, wonach bestraft wird, wer eine Beschwerde unter Abweidung von dem vorgeschriebenen Dienstwege einbringt. Denn diese Bestimmung hemmt das Beschwerderecht.

Der von der Kommission beschlossene Resolution, daß den bis zum Inkrafttreten des Gesetzes abgeurteilten Militärpersonen die Bergünstigung des Gesetzes durch Gnadenklasse gewährt werden möge, werden wir zustimmen.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Meine Freunde beantragen, das Mindestmaß der Strafe in allen Fällen, die als „minder schwere Fälle“ bezeichnet sind, herabzusetzen. Unerlässlich ist ferner, die deutsche Hervorhebung des Rechts der Notwehr und Selbstvergehung, schließlich ist es noch notwendig, daß dem Gesetze rückwirkende Kraft verliehen wird.

General v. Langermann: Ein Antrag, dem Soldaten ein Wiedervergehungrecht gegen den Vorgesetzten zu geben, ist unannehmbar, denn er würde die Disziplin auf das äußerste gefährden. Das Beschwerderecht ist insofern nicht gehemmt, als jede Beschwerde, auch wenn sie nicht auf dem vorgeschriebenen Dienstwege vorgebracht wird, untersucht werden muß. — Zur Resolution der Kommission bemerke ich, daß sämtliche Urteile, die unter das neue Gesetz fallen, nachgeprüft werden sollen und zwar in der wohlvollendeten Weise.

Unter Ablehnung der gestellten Anträge, für die nur die Sozialdemokratische Fraktion und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft stimmen, wird das Gesetz angenommen, ebenso die Resolution der Kommission.

Darauf wird das Gesetz sofort in dritter Lesung debattiert und angenommen. Die Verkündung dieses Resultats wird mit Beifall aufgenommen.

Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Abg. Haase (Soz. Arb.):

Bei den Ausführungen des Reichskanzlers habe die Mehrheit des Hauses wohl das Gefühl: Man spricht vergebens viel um zu verfügen, der andere hört von allem nur das Reine. Auch der politische Schwerhörige mußte den Kanzler verstehen; mag der Krieg noch so lange dauern, bei dem preussischen Wahlrecht darf nicht gerüttelt werden, das Dreiklassenwahlrecht muß aufrecht erhalten bleiben. Das sagte der Kanzler in dem großen historischen Augenblick, wo die Flammenzeichen der Revolution liberal aufleuchten. Meine Fraktion ist mit Bewunderung erfüllt für das russische Volk, das das Joch des Jankismus abgestreift hat. Wir gedenken namentlich mit Sympathie der Arbeiter, die durchdrungen von der historischen Mission im Vorderreihen gekämpft und dem Befreiungswort ihren Stempel aufgedrückt haben. Mit Hilfe unserer schwebenden Genossen haben wir ihnen zum Ausdruck unserer Gefühle folgendes Telegramm übermittelt:

Wir begrüßen aus vollem Herzen die entschlossene Erhebung des russischen Proletariats. Sein Sieg über den Despotismus bedingt die Befreiung nicht nur Rußlands, sondern der ganzen Menschheit vom Joch des Krieges und des erobersüchtigen Ausbeutungsweges. Euch Vorkämpfern des Sozialismus und der internationalen Solidarität senden wir unseren brüderlichen Gruß. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Nach vor wenigen Tagen rief der Reichskanzler: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Er selbst aber geht adios an ihnen vorüber. Stets brauchte der Reichskanzler nur einige schillernde Seitenblasen in die Luft zu stoßen und das Entzücken war in weiten Kreisen groß. Als aber gestern an Stelle der nichtstimmigen Phrase eine bestimmte Tat treten sollte, hat er versagt. Die Junker haben auch in der inneren Politik über den Kanzler gelehrt, wie Herr von Tirpitz in der äußeren. Der Reichskanzler erklärte, er könne sich nicht überzeugen, daß die Reform des preussischen Wahlrechts unmittelbar vorzunehmen sei. Er scheint nicht gefähigt zu haben, daß diese Erklärung wie Weisheit und Liebe im Gesicht der breiten Massen wirken müßte. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. Arb.) — Präsident Dr. Kaempf rügt den Ausdruck als unzulässig. Der Reichskanzler glaubt einen Wechsel auf die Zukunft ausstellen zu können, während die Ansprüche doch längst fällig geworden sind. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Welche Sicherheit bietet denn solch Zukunftswechsel? Hat jemand Bürgschaft, daß der Reichskanzler auch nach dem Kriege noch auf seinem Plage sein wird? Sein Nachfolger ist durch seine unbestimmten Redewendungen nicht gebunden. (Lebhafte Zustimmung bei der Soz. Arb.) Und worauf lautet denn der Wechsel? Der Reichskanzler wird mir nicht widersprechen, wenn ich behaupte, daß die Vorarbeiten für eine preussische Wahlrechtsreform keineswegs auf ein gleiches Wahlrecht hinausgehen. Es handelt sich vielmehr darum, auszukübeln, wie man den Arbeitern zwar etwas mehr politische Rechte gewähren könne und doch das Wahlrecht so einrichten könne, daß der Einfluß der Arbeiter ein beschränkter bleibt. Wenn die Arbeiter aus dem Felde zurückgehen, wird sich unter ihnen eine Empörung erheben, von der die Herren sich gar keine Vorstellung machen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Ich denke nicht daran, mit einer Revolution zu drohen.

Zu Kriegsbeginn freilich sprachen konterbative Männer ohne jedes Entzücken von Revolutionen von solchen in Irland, Rußland, Frankreich, Indien. Freilich von Gebissel wie ich auch in seinem bekannten Brief an den Reichskanzler darauf hin, wenn auf die Ausnutzung des Sieges verzichtet würde, so würde die nächste Folge eine Revolution sein. Auch die Alldeutschen spielten mit dem Gedanken einer Revolution in Deutschland. Wir erstreben jederzeit das Beste für unser Volk und für die anderen Völker und betrachten die Begehung aller vaterlandlosen Gesellen, die uns das einträgt, als Ehrenmittel. (Sehr richtig! b. d. Soz. Arb.) Wir schwärmen nicht für das Ausland und haben jederzeit die großen Leistungen unseres Volkes in Kunst und Wissenschaft, die Leistungen der deutschen Arbeiterkraft für das allgemeine Kulturbewußtsein anerkannt. Wir lehnen es aber ab, dem Chauvinismus, Jingoismus oder dem Alldeutismus auch nur die allergeringste Konzession zu machen. (Zustimmung bei der Soz. Arb.) Als Grund für seine Weigerung, das preussische Wahlrecht in Angriff zu nehmen, sagte der Kanzler: Soll ich einen Wahlkampf hervorrufen, wenn der Wähler draußen im Schützengraben ist. Weich ein Verlegenheitswort. Einmal ganz anders als der Wahlkampf ist das Gesetz für ein neues Wahlrecht und jeder Soldat wird froh sein, wenn er bei der Rückkehr hier ein besseres Wahlrecht

findet. (Lebh. Sehr richtig!) Welche Gefühle sollen die Soldaten haben, die mit den Bayern, Badenern, Württembergern Schulter an Schulter kämpfen, die alle bei der Rückkehr ein gleiches Wahlrecht vorfinden, während die Preußen nach wie vor als Parias dastehen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Das Argument, im Kriege geht es nicht zu machen, ist längst widerlegt. Reaktionsäre Forderungen werden durchgesetzt. Die Reform der Volksgesetzgebung ist angehängt, freilich kommt sie, weil die politischen Zustände dazu drängen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Es zeigt sich da schon der Einfluß der russischen Revolution. Die Revolution von 1906 brachte für Österreich das allgemeine, gleiche Wahlrecht und hat auch die unzureichende sächsische Wahlreform in Fluß gebracht. Die Revolution bleibt auch nicht ohne Wirkung auf das preussische Wahlrecht. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Das Gottesgnadentum hat einen Stoß erhalten, von dem es sich, wo immer es noch ruhet, nicht erholen kann. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Sogar die russische Bourgeoisie tritt für die demokratische Republik ein. Die rote Fahne auf dem Winterpalais des Zaren ist das Symbol geworden für das allgemeine politische Streben. Als Plunder betrachtet und in die historische Kumpfkammer geworfen wird ganz etwas anderes als die sozialdemokratische Forderung auf Einführung der Republik. (Lebh. Sehr richtig! bei der Soz. Arb.)

Unsere Anträge erschöpfen nicht unser Programm. Auch die Demokratisierung des Gesetzes ist dringend notwendig. Durchführbar sind unsere Forderungen. Es wäre kein Staatsverbrechen, wenn die Regierung in Preußen ein neues Wahlsystem einführen würde. (Lebh. Hörl! Hörl! recht!) Sie würde dann lediglich das durch einen Staatsverbrechen eingeführte

Gesetz wieder aus der Welt schaffen, sie würde ein historisches Unrecht wieder gut machen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Aber man braucht diesen Weg gar nicht zu gehen, man kann von Reichs wegen das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht für alle Bundesstaaten einführen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Weiter verlangen wir Abschaffung des preussischen Herrenhauses. Es ist ein Anachronismus, der nicht in unsere Zeit mehr hineinpaßt. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Weiter fordern wir die Beseitigung aller Ausnahmegesetze, wir verlangen das für das Zentrum, für die Polen, für die Arbeiter. Wir verlangen weiter eine Amnestie für alle politische Rückkehrer und Entlassung der in Schubhaft Genommenen. Die provisorische Regierung in Rußland hat die Gefangenen der politischen Gefangenen geöffnet. Bei uns aber wird Viehrecht wie ein gemeiner Verdreher im Judenhäus mit Zwangsarbeit beschäftigt. (Lebh. Psst! links.) Rosa Luxemburg, die führende Vorkämpferin des russischen Proletariats, ist bereits seit dreiviertel Jahren in Schubhaft. (Lebh. Hörl! Hörl! bei der Soz. Arb.) ohne daß eine Anklage erhoben wird. Die russische Revolution legt uns die Pflicht auf, ohne Verzug Friedensverhandlungen einzuleiten und zum raschen Abschluß zu bringen. (Lebh. Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Nichtbeteiligung in die russischen Angelegenheiten waren korrekt. Aber es war nicht immer so. Wenn er das behauptet, kennt er die Geschichte der preussisch-russischen Beziehungen recht schlecht. Russische Spione durften sich auf deutschem Boden etablieren, um russische Freiwirtschaften, die hier ihren Stützen nachgingen, aus Rußland zu liefern. (Abg. Ledebour: Die Schenker und Beschwörer! Nicht vergessen! Wir wissen, daß im Königsberger Prozeß im Februar 1904 in überraschender Weise enthüllt wurde, wie die preussische Regierung auf Wunsch der russischen Polizei die russischen Angelegenheiten nahm. Die Träger der russischen Revolution sind in erster Linie die Arbeiter. Nicht der Hunger hat sie auf die Straße getrieben, sondern vor allem das Verlangen, der Massenmörder ein Ende zu machen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Als Ursache die Liquidation des europäischen Kontinents verlangte, da wagte ein Konservativer ihm zuzurufen: Du bist ein Gefährte Wilhelm! (Psst! bei der Soz. Arb.) In derselben Weise beschuldigt man auch bei uns den, der für Frieden eintritt, er vertrete ausländische Interessen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Auch der einflussreiche Justizminister Kerenski ist durchdrungen davon, daß Rußland Frieden schließen muß. Aber man soll sich bei uns nicht einbilden, man könne einen Frieden lediglich mit Rußland haben und sich mit größerer Macht auf die anderen werfen. Die Phantasterei eines Separatfriedens muß ein für allemal schwinden. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Beim Friedensangebot vom Dezember vorigen Jahres trat man als Sieger auf, in der einen Hand die Friedenspalme, in der anderen das Schwert. Dadurch war das Friedensangebot von vornherein verurteilt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Tritt man an die russische Regierung mit der Erklärung, wir wollen keine Annektionen, wir wollen keine Oberhoheit über ein anderes Volk, wir wollen, daß kein Teil Kriegsgewinnung fordert, so können wir den Frieden sofort haben. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.)

Die Schweregelegen, zu einem Frieden zu kommen, sind größer geworden durch den U-Boot-Krieg. Wir stehen jetzt auch vor einem Krieg mit Amerika, was das bedeutet, weiß jedes politische Kind. Auch China ist an die Seite unserer Gegner getreten. Verworfen wurde die Situation noch durch das Bündnisangebot an Mexiko. Als ich in der Zeitung davon las, glaubte ich an einen Mißbrauch des Namens des Staatssekretärs. Man glaubte, bei der Gelegenheit auch Japan zu einer Auseinandersetzung mit Amerika veranlassen zu können. Das Dogma, daß solche Gegenstände unter allen Umständen kriegerisch ausgegossen werden müssen, ist gründlich erledigt. Das Merkwürdigste an dem Angebot war das Verprechen an Carranza, Arizona und New Mexico sollen an Mexiko fallen. Die Kriegserklärung in Amerika ist durch diesen Schritt unserer Regierung gewaltig gesteigert worden. Auch andere Handlungen der Regierung haben uns keineswegs dem Frieden näher gebracht. Die Parole des Admiral Tirpitz in seinem Reichstagsbrief: „Für 1917 sei Plöndern das Losungswort!“ hat sich der Reichskanzler zu eigen gemacht. (Hörl! Hörl! bei der Soz. Arb.) Er hat den Blat der Flamen empfangen, eine merkwürdige Gesellschaft, ohne jedes Ansehen im eigenen Lande. Das, was man den Flamen verspricht, sollte man erst einmal im eigenen Lande den Polen, Dänen und Estländern gewähren. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Erfreulich ist, daß der deutsche Kaiser der Zwangsweisen

Berichtigung der belgischen Arbeiter

Einhalt geboten hat; darin liegt das Zugeständnis, daß vorher Belgier zu unrecht als Arbeitlose nach Deutschland gebracht worden sind. Als ich dagegen protestierte, ließ es, ich vertrete die Interessen des Auslandes. Es scheint also, daß sehr hohe Personen auch zuweilen die Interessen des Auslandes wahrnehmen. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.)

Unsere innere und äußere Politik hat Schiffbruch erlitten. Beide stehen im engsten Zusammenhang. Solange das imperialistische, absolutistische Regimen bei uns besteht, werden wir nie im Innern zur Wohlfahrt gelangen und auch keine erfolgreiche auswärtige Politik betreiben können. Alle Regierungen haben sich unfähig erwiesen, aus eigenem Willen heraus den Krieg zu verhindern oder zu beendigen. Die Voraussetzung einer demokratischen Lösung dieser schwierigen Fragen ist die Beseitigung des Militarismus. Diese kann nicht erfolgen durch irgend einen feindlichen Staat, sondern nur durch die aufopfernde Eingabe der deutschen Massen selbst. Eine Abrüstung zu Lande und zur See und internationale Uebereinkommen sind notwendig. Nur dann bekommt das Wort von der Freiheit der Meere einen greifbaren Inhalt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wir fordern die sofortige Andoherung eines Waffenstillstandes zum Zweck der

Verwirklichung eines Friedens ohne Annektionen auf irgendeiner Seite, ohne Kriegsschädigung, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts. Wir haben kein Vertrauen zu der Regierung: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. (Lebhafte Zustimmung bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Zimmermann:

Meine Instruktion an Mexiko ist schon kritisiert worden. Ich habe nicht die Rabibität befehlen, einen Brief an Herrn Carranza zu schicken, sondern habe eine Instruktion in gebührender Sprache an unseren Vertreter in Mexiko gerichtet: unter Benutzung eines Weges, von dem ich annahm, daß er absolut sicher wäre. Die die Instruktion in die Hände der Amerikaner gefallen ist, ist noch nicht ermittelt. Herr Haase hat vergessen anzuschreiben, daß ich in der Instruktion ausdrücklich erklärt habe, ich hoffe, daß der U-Boot-Krieg werde die Neutralität der Vereinigten Staaten aufrechterhalten werden können, und die Instruktion sollte auch nur für den Fall ausgeführt werden, daß etwa die Vereinigten Staaten und den Krieg erklärt hätten. Das war also gegenüber den Vereinigten Staaten absolut loyal. Im Gegensatz dazu steht das Verhalten der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschland. Trotzdem wir in einer ruhigen, jeden aggressiven Ton vermeidenden Note unseren Standpunkt gegenüber Amerika festgelegt hatten, hat es Herr Wilson für angebracht gehalten, in außerordentlich drohender Weise sofort die Beziehungen zu uns abzubrechen. Unserem Volkshatler ist nicht mehr Gelegenheit gegeben worden, unser Verhalten noch mündlich zu begründen. (Hörl! Hörl!) Dagegen hat die amerikanische Regierung sofort versucht,

alle anderen Neutralen

zum Bruch mit uns zu veranlassen. Jeder Vorurteillose wird darin ein feindliches Verhalten der amerikanischen Regierung erblicken, in einem Moment, als sie sich mit uns noch nicht im Kriege befand. Umsoweniger wird sie uns das Recht bestreiten können, uns nach Bundesgenossen umzusehen für den Fall des Krieges. Daß die Sache drüber zur Höhe gegen uns ausgenutzt wurde, ist klar, aber der Sturm drüber über unsere Instruktion an Mexiko hat sich längst gelegt. In Mexiko habe ich mich gewandt, weil dies der nächste Nachbar von Amerika ist, weil zwischen Mexiko und uns seit längerer Zeit durchaus freundschaftliche Beziehungen bestanden, während die Abneigung Mexikos gegen Amerika allen Datums und wohl begründet ist. Ebenso bestehen zwischen Japan und Amerika alte weltbekannte Gegensätze, die härter sind als deutsch-japanische Gegensätze, trotz des Krieges zwischen Japan und Deutschland. Bekannt sind auch die Beziehungen zwischen Mexiko und Japan, beide Völker sollen gleichen Stammes sein. Man hat es also schon als möglich hingestellt, daß wir Amerika einen Bundesgenossen abwendig machen wollten. Dieser Vorwurf muß eigenartig bedürfen angesichts der Tatsache, daß unsere Feinde sich kein Gewissen daraus machen, Völker, mit denen wir in mehr als dreißigjährigen Verträgen verbunden waren, von uns abzuziehen, ein altes europäisches Kulturvolk zu zwingen, ihrem Bündnis gefügig zu werden. Ich habe mich bei meiner Instruktion auch von der Erwägung leiten lassen, daß unsere Truppen gegen eine Uebermacht zu kämpfen haben, daher war es meine patriotische Pflicht, ihnen weitere Feinde vom Leibe zu halten. (Bravo!)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Abg. Haase hat meinen Freunden vorgeworfen, wie ich schuld daran, daß die Neuorientierung in Deutschland nicht von der Stelle läme, da wir uns ohne Konzessionen vor den Wagen der Regierung spannen ließen. Gätten wir aber den Standpunkt der Anhänger des Abg. Haase eingenommen, daß wir die Soldaten zwar hinausgehen ließen, aber ihnen die Mittel für den Kampf verweigerten, dann hätten wir die Verantwortung übernommen für eine eventuelle Niederlage unseres Landes, und wie es dann mit inneren Reformen ergangen wäre, das überläßt ich der Beurteilung jedes politisch denkenden Menschen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Jar an der Spitze seiner siegreichen Kosaken in Berlin eingezogen wäre, wäre von einer innerpolitischen Neuorientierung in Deutschland erst recht keine Rede gewesen. Dann ist Haase der Meinung, Deutschland könne jetzt den Frieden haben, wenn es auf alle Annektionen verzichtet. Ich bedauere, diese Meinung nicht teilen zu können. Der Vorstand meiner Partei hat seinerzeit sich in seinem Friedensaufruf für einen annektionslosen Frieden ausgesprochen und die Sozialisten des Auslandes aufgerufen, mit uns dafür zu wirken.

Die Antwort war eine schroff-ablehnende.

Die Franzosen halten fest an der Annektion Elsaß-Lothringens. Daß wir in diesem Punkte den Franzosen nicht entgegenkommen können, sieht hoffentlich auch die Partei des Abg. Haase ein. Auch das Friedensangebot der deutschen Regierung begehnete Haase als wertlos. Ganz anders hat es der englische sozialistische Abgeordnete Snowden eingeschätzt, der erklärt hat, damit sei die Möglichkeit gegeben, den Krieg zu beenden, und die Verantwortung würde schwer auf denen lasten, die diese günstige Gelegenheit verstreichen würden. (Hörl! Hörl! links.) Und die am weitesten links stehende französische Sozialistengruppe hat ihre Regierung aufgefordert, den Friedensvorschlag der deutschen Regierung anzuhören und ihn zu untersuchen.

Die gestrige Erklärung des Reichskanzlers an die Adresse der neuen Herren in Rußland begrüßen wir außerordentlich. Wie das russische Volk sich sein Haus einrichten will, ist seine Sache, sagte er, und erklärte sich bereit, mit dem russischen Volk einen Frieden einzugehen auf für beide Teile ehrenvoller Grundlage. Das waren vortreffliche Worte, die sicher die Zustimmung der überweltigenden Mehrheit des deutschen Volkes finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich hat sich damit der Reichskanzler gegen die militärische Zensur vergangen (Heiterkeit), die zu derselben Zeit in Roggeburg verboten hat, daß irgend etwas in der deutschen Presse erscheint, was als Zustimmung zur russischen Revolution gedeutet werden könnte. (Hörl! Hörl! und Heiterkeit.) Um so mehr dürfen wir hier außerhalb des Reichsbereichs der preussischen Militärzensur keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir das russische Volk (ih) dem neuen Zustand der Dinge beglückwünschen. Das System des Galgens und der Verbannung nach Sibirien ist zusammengebrochen, 100 Millionen Menschen atmen auf, daß die Ketten gebrochen sind, die ihnen einen Aufstieg zu menschenwürdiger Kulturbefreiung unmöglich machten. Wir freuen uns dessen mit dem russischen Volk und hoffen, daß es ihm gelingt, die neuen Dinge zu festigen in einem Staatswesen, in dem

Freiheit und gleiches Recht für alle

die Fundamente abgeben. (Lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Freilich ist der weitere Verlauf der Dinge in Rußland noch unsicher. Wladimir und seine Freunde sind bekanntlich die härtesten Kriegspolitiker gegen Deutschland. Aber wir hoffen, daß es ihnen nicht gelingen wird, die starke Bewegung vom Frieden in Rußland aufzuhalten, die von Kerenski und Tschcheidt geführt wird. Hoffentlich werden auch die Bemühungen der französischen und englischen Sozialisten, die russischen Sozialisten für den Krieg (sagt) zu machen, erfolglos bleiben. Die deutsche Regierung hat jeder-

Falls die Pflicht, alles zu vermeiden, was der Kriegserklärung in Russland Vorlauf leisten könnte und alles zu tun, was die Friedensförderung fördert. Dies ist vor allem, daß die Friedensbereitschaftserklärung des Kaisers sich nicht etwa nur auf Rußland bezieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine verhängnisvolle Illusion zu glauben, man könnte so leicht zu einem Separatfrieden mit Rußland kommen. Unsere Regierung darf also keinen Zweifel darüber lassen, daß sie noch wie im Dezember 1916 zum Frieden nach allen Seiten hin bereit ist. Gibt es doch Leute in Deutschland, die nach der Erklärung des beschwerlichsten II-Wool-Strieges glauben, die Regierung müsse diesen Standpunkt revidieren. Das sind dieselben Herren, die die Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Entente begrüßt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. v. Gräfe hat dies Friedensangebot das größte Unglück für Deutschland genannt, und von dem Vorstehenden des Alldeutschen Verbandes in Hamburg kommt das frivole Wort

Wir können Gott auf den Knien danken,

daß unser Friedensangebot zurückgewiesen ist. (Hört! hört! und Applaudiert bei den Soz.) Es muß uns schärfste gegen alle Versuche provoziert werden, die deutsche Regierung von dem Boden ihrer Friedensbereitschaft abzurufen. In dem Armeebefehl des Kaisers war klar ausgesprochen, daß die Regierung auf dieser Friedensbereitschaft festhält, denn es hieß darin, wir müssen jetzt die Feinde mit den Waffen zu der Verständigung zwingen. Es ist wertvoll, daß man in Rußland und auch im Westen weiß, daß die Regierung auf diesem Standpunkt beharrt. Würden die Alldeutschen mit ihren Zielen durchdringen, so würde das auch zu einem Konflikt innerhalb der Mittelmächte führen, denn auch die österreichischen Staatsmänner haben keinen Zweifel darüber gefaßt, daß sie zu einem Verständigungsfrieden bereit sind. Ich erinnere an das Wort des Grafen Tisza: Wir werden den Krieg nicht eine Minute länger führen, als es zur Rettung unseres Landes notwendig ist. Und an ein anderes Wort: Nur der Friede werde dauerhaft sein, der bei niemand Revandierungen erregt. (Hört! hört! und Sehr gut! bei den Soz.) Bescheiden ist, daß die Schatzkammer nach unten auch

die schärfsten Gegner jeder Neuorientierung im Innern

sind. Der bekannte Herr Wildt hat auf der Versammlung des Bundes der Landwirte das schöne Wort geprägt: Man solle sich nicht am Karrenfell der Neuorientierung führen lassen. (Hört! hört! links.) Die Herren erklären, die Neuorientierung sei eine Gefahr für die Monarchie. Dabei benutzen sie die Monarchie lediglich als Deckung für ihre Vorrechte. Sie sagen, sie wollen einen König von Fleisch und Blut. Das reimt sich auch auf das bekannte Wort: Wenn er unsern Willen tut. (Heiterkeit.) Sehr gut! links.) Ein starker Monarch ist für die Herren ein solcher, der über alles allein entscheiden kann. Einen solchen starken Monarchen haben wir vor kurzer Zeit verschwinden sehen — in Rußland. (Heiterkeit.) Dagegen haben wir auch einen sogenannten Schattensönig nach Ansicht der Medien in einem konstitutionellen Staat erlebt, das war Eduard VII., einer der politisch mächtigsten Männer seiner Zeit. Der Reichskanzler hat kürzlich hier von einer Monarchie gesprochen, welche ihre Wurzeln in den freiesten Schichten des Volkes hat, welche aus diesem unerschöpflichen Lebensquell, aus der Liebe des freien Mannes ihre Kraft zieht. So heißt es auch in dem bekannten Lied: „Nicht Ruh, nicht Reiche schenken die freie Welt, wo Freiheit steht, die Liebe des Vaterlands, die Liebe des freien Mannes gründen den Herrscherthron wie Fels im Meer“. Welches der Weg ist, um dem Monarchen diesen Lebensquell zu sichern, hat einmal Friedrich der Große sehr klar ausgesprochen, als er schrieb: Der Regent muß sich in die Lage eines Landwirts oder eines Handwerkers versetzen — heute würde er hinzufügen: eines Arbeiters — und sich dann fragen: Wenn Du dieser Klasse von Menschen angehörst, was würdest Du vom Regenten verlangen? Und was dann die gesunde Vernunft ihm antwortet, das muß er tun, wenn er seine Pflicht erfüllen will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Fragen der inneren Neuorientierung angewandt, heißt das also, der Herr soll das tun,

was die Massen der armen Leute,

der Handwerker, Bauern und Arbeiter wünschen, das er tut. Möge er eine allgemeine Abstimmung in Preußen vornehmen lassen darüber, was das Volk für eine Regierung wünscht, und wir sind überzeugt, es wird das Verlangen einer Wahlreform herauskommen, die unseren Wünschen entspricht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bebel hat 1905 gesagt: Wenn der Reichskanzler die Hoffnung ausgesprochen hat, es werde einem sozialen Königtum in Preußen gelingen, allmählich die Gegensätze auszugleichen und damit der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, so kann ich ihm erklären, daß wir uns sehr freuen würden, wenn sich dies sogenannte soziale Königtum endlich als ein wirkliches soziales Königtum herausstellen würde. Dann werden die Sozialdemokraten dieses soziale Königtum auf das allerentwürdigteste unterstützen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler könnte uns dann sehr oft an seiner Seite als Bundesgenossen haben. Damit hat Bebel den Nagel auf den Kopf getroffen. Ein wirkliches soziales Königtum würde den Kampf aufnehmen müssen mit den Herren, die sich heute als Monarchisten kat ex ochen bezeichnen. Niemand kann zwei Herren dienen, den herrlichen Massen und zugleich den Interessen derer, die glauben, sie hätten angeborene Vorrechte. Die preussische Wahlreform ist seit 63 Jahren fällig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr von Bülow erwartet, muß dem Volke Vertrauen entgegenbringen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vertrauen erzeugt Vertrauen. (Sehr wahr! links.) Die verantwortlichen Leiter des preussischen Staatswesens müssen sich einsehen, daß sie den schwersten politischen Fehler begangen haben, daß sie es so weit kommen ließen, daß Preußen jetzt

durch sein Wahlrecht in der ganzen Welt isoliert

steht. Sie sind gewarnt worden, nicht nur von uns, sondern von ganz anderen Stellen. Als sich Bayern ein modernes Wahlrecht gab, war es der jetztige König von Bayern, der sich damals als Preier entschieden für das allgemeine, gleiche Wahlrecht einsetzte. Beider hat sich nicht auch ein preussischer Prinz gefunden, der das gleiche täte. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kronprinz! — Heiterkeit.) Bebel sagte damals, wenn wir ein deutsches Wahlrecht hätten, hätte Prinz Ludwig jetzt die größte Aussicht, gewählt zu werden. Leider sind diese Vorurteile unbeachtet geblieben, und so hat sich der Gegensatz zwischen Nord und Süd immer mehr verschärft. Der Vergleich, den gestern Graf Westarp mit Bayern zog, war ganz verfehlt. Es wurde schon hervorgehoben, das preussische Wahlrecht ist eine deutsche Frage, weil eben Preußen im Reich eine ganz besondere Stelle einnimmt dadurch, daß der König von Preußen Kaiser von Deutschland, der Reichspräsident Reichskanzler ist usw., und vor allem sämtliche Reichsgesetze erst den Weg durch die preussischen Reichsräte durchlaufen müssen, ehe sie an den Bundesrat kommen. Jetzt ist der Gegensatz zwischen Preußen und dem Reich in den drei Parlamenten in der Reichshauptstadt zum letzten Ausdruck gekommen. Es ist die höchste Zeit, daß dieser Gegensatz beseitigt wird.

Wenn das Deutsche Reich ein Staat wie Preußen mit seinem Wahlrecht und seinem Herrenhaus wäre, wäre es in diesem Kriegesland zusammengebrochen. Der Reichstag allein hat verhindert, daß die Einheit im deutschen Volke außer Acht gelassen wird. (Sehr wahr! links.) Wohin wären wir gekommen, wenn nicht der Reichstag den preussischen Geist des Belagerungsstandes, der Festsitz der Behandlung der Soldaten, der Organisation der Ernährung durch seine Kritik gemindert hätte! Ohne Reichstag wäre kein 4. August 1914 möglich gewesen, wäre diese erste große gemeinsame Schlacht Deutschlands nicht gewonnen worden. Das einzige, was uns in diesem Kriegesland retten hat, ist die geschlossene Einheit des Volkes gegenüber einer Welt von Feinden, und sie wäre nicht erreicht worden ohne den Reichstag. (Sehr wahr! links.) Wenn es nach dem Herrenhause gegangen wäre, wäre wahrscheinlich das russische Nordkap nur ein

deutsches Nordkap gewesen. Der Reichstag des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts hat das deutsche Volk vor diesem Schicksal bewahrt. Das altpreussische System ist zweimal elend zusammengebrochen, 1806 und 1848, und beidemal nur wieder aufgerichtet worden mit Hilfe des russischen Jarmas. Mit seiner Hilfe ist das Herrenhaus in seiner jetzigen Gestalt entstanden. Die Herren, die dort sitzen, machen zum Teil den Eindruck mumifizierter Exemplare dormaliger Grandseigneurs. Aus ihren Reden weht einem der Dampf modriger Familiengrüfte an. Im Herrenhause fiel das Wort von der „freien Bahn für alle Disten“. Man hat im Herrenhause wirklich den Eindruck, als ob man es

nicht immer mehr mit normalen Disten

zu tun hat. Das Fideikommissgesetz gibt ja in der Tat auch Disten aus gewissen Kreisen freie Bahn. (Sehr gut! links.) Graf Westarp sagte, man solle das enge Verhältnis jener Herren zu den Heberlieferungen des Staatswesens bedenken. Vielleicht kommen aber mehr die Lieferungen in Betracht. Herr von Oldenburg hat es klar ausgesprochen, man dürfe das Portemonnaie der Reichenden nicht einem Parlament mit demokratischem Wahlrecht ausliefern. Diese Herren halten den Staat für verpfändet, ihnen alle kulturellen und wirtschaftlichen Güter in höherer Lage zu liefern als andern. Sie sind dadurch mächtig, daß ihre Vertreterschaft in allen einflussreichen Stellen bei Hof, in der Armee, in der Diplomatie und Verwaltung sitzt. Sie haben bis jetzt jeden Kanzler gestürzt, der ihnen zu modern war. Auch dem jetzigen Reichskanzler haben sie Totschläge geschleudert, wenn er mit der Neuorientierung ernst macht. Sein Todesurteil ist gesprochen, wenn er es nicht fertig bringt, den Kampf mit den preussischen Instanzen siegreich aufzunehmen. (Sehr wahr! links.) Der Reichskanzler ist sicher überzeugt, daß es mit dem alten System nicht mehr weiter gehen kann, aber er fürchtet den Kampf mit den preussischen Instanzen. Die Geschichte sollte ihm beweisen, daß dieser Kampf aufgenommen und durchgeführt werden muß. Warum wird in dieser Frage kein Königswort gesprochen? Den König von Preußen könnten die Herren doch so leicht nicht absehen. Das frühere Königswort ist zu sehr abgeschwächt worden dadurch, daß man es als erfüllt durch die frühere Vorlage hinstellte, es ist jetzt nicht mehr vollwertig. Die Reichsleitung möge sich entschließen, das Dreiklassenwahlrecht und das Herrenhaus auf demselben Wege zu beseitigen, auf dem es seinerzeit geschaffen ist. Möge es hier heißen:

Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen.

(Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Dem Willen des Königs werden sich die Herren doch fügen, sie sind ja Monarchisten. (Sehr gut! links.) Ich freue mich, daß die Volkspartei und die Nationalliberalen so energisch ihren Willen zur sofortigen preussischen Wahlrechtsreform bekundet haben. Ich bedauere, daß es vom Zentrum nicht auch geschehen ist. Es ist eine Programmforderung des Zentrums, für die eine Mehrheit vorhanden ist. Soll diese Mehrheit ohne Sie gebildet werden? Der Kanzler hat zurzeit ein „Nein“ gesprochen. Das bedauern wir aufs tiefste. Die Gewährung des preussischen allgemeinen, direkten Wahlrechts in dieser Stunde wäre für Deutschland eine befreiende Tat.

(Sehr richtig!) Es wäre damit die Grundlage für eine gesunde Rentenentwicklung, für eine Annäherung an die höheren und höchsten Zukunftsziele gegeben. Es wäre eine befreiende Tat der augenblicklichen Not des Volkes. Kann man den Massen nicht mehr Brot geben, um den leidlichen Hunger zu stillen, so wissen Sie doch, was es bedeutet, den seelischen Hunger zu stillen, die Geister auszurichten zum Kampf für ein Ideal. Der Reichskanzler meinte, im Reich könnte man schon zur Neuorientierung schreiten und bezünde die Aenderung der alten Polengesetzgebung. Das ist immerhin begrüßenswert und ich berichte ihn dafür, daß die Reichsregierung mit der Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Neuregelung der verfassungsmäßigen Bestimmungen einbezogen und zur Mitarbeit an den Reformen bereit ist. Da ist vor allem beim Reichswahlrecht das schwere Unrecht zugunsten der großstädtischen Bevölkerung zu beseitigen. Wie groß das Unrecht ist, dafür nur zwei Zahlen. 41 Prozent der Wählerchaft wohnt in den Städten und hat 91 Mandate, 37 Prozent sind ländliche Wähler und haben 222 Mandate. (Beifalles Hört! hört!) Dann muß

der große Schritt zum parlamentarischen System

gelan werden. Das soll denn ein Parlament bedeuten, wenn es keinen Zusammenhang mit der Exekutive hat! Da das Zentrum leider nicht spricht, will ich wenigstens seine Führer zitieren. Herr Erzberger hat in seinem Buch „Politik und Völkervereinigung“ im März 1914 ausgeführt: „Konstitutionelles Regime nennt man mit schönen Worten die Hegemonie der Bureaukratie, die ein unfähiges Parlament nicht aufkommen lassen will. Das parlamentarische Regime wird trotz aller Bedenken und Schattenseiten die Zukunft für sich haben. Es ist die Konsequenz der allgemeinen Schulpflicht, der allgemeinen Steuerpflicht, der allgemeinen Wehrpflicht;“ und Erzberger schließt: „es läßt sich nicht leugnen, daß wir im Deutschen Reich trotz aller gegenteiligen Behauptungen und auf dem Wege zum parlamentarischen Regime befinden. Wie lange die Uebergangsperiode noch dauert, kann man nicht sagen, aber das parlamentarische Regime ist nur die Folge aller unserer öffentlichen Einrichtungen.“ (Beifalles Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich zweifle nicht, daß Kollege Erzberger die Zeit dazu jetzt für gekommen hält. Aber Herr Erzberger ist ja nicht der am schwersten ins Gewicht fallende Führer des Zentrums. Ich zitiere deshalb auch Ausführungen des Kollegen Spahn aus der „Germania“: „Ich möchte nicht unterlassen auszusprechen, daß ich es für falsch halte, wenn die Gesetzgebung ausgeübt wird von einer Partei, die nicht zugleich in der Verwaltung ihren Sitz hat.“ (Beifalles Hört! hört!) Ich hoffe, daß die Herren in dem Ausschuss mitarbeiten werden; dann wird der Widerstand rechts gleich Null sein. Sie schaffen dann die Grundlage für die Entwicklung im Sinne der Durchsetzung neuer Notwendigkeiten, im Sinne einer Umwälzung in der Richtung höherer Zweckmäßigkeiten. Deutschland ist nicht das Land der Barbarei und Rückschrittigkeiten, als welches es von unseren Gegnern verschrien wird. Deutschland marschiert in vielen Dingen voran, in der allgemeinen Volksbildung, in der Wirtschaft, Technik, Kunst und Wissenschaft. Aber in bezug auf die politischen Einrichtungen stehen wir weit hinter anderen Völkern zurück. Wenn wir aber wirklich zu einem konstitutionell demokratischen Staatswesen gelangen, dann wird Deutschland an der Spitze der Kultur marschieren, dann werden wir mit Stolz ausrufen können: „Deutschland in der Welt voran!“ (Beifalles Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Rp.):

Mit den Ausführungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik sind wir einverstanden. Wir freuen uns, daß alle Parteien die Verklebung widerlegt haben, als ob Deutschland sich in inneren Verhältnissen einmischen würde. Die Kraft eines Staates ruht nicht auf starker Exponation — das sehen wir deutlich bei Rußland — und das wollen wir auch bei unseren Kriegsziele bedenken. — Wir begrüßen auch die Wandlung in der Außenpolitik. Für selbstverständlich halten wir es, daß die Polen ihre Staatsgewinnung betätigen. — Die föderative Grundlage unserer Verfassung erkennen wir durchaus an. Wir wollen unser Vaterland ausbauen und haben das dringende Interesse an den inneren Zuständen in dem größten Bundesstaat Preußen. Eine Beschwerde über Wahlen in Schleswig-Holstein wurde beantwortet mit der Versicherung, es sei eine Fälschung des Bildes angeordnet. (Heiterkeit.) Das liegt in der Zeit der Lebensmittelpolitik wie eine bittere Verbitterung. Die Schaffung des Groß-Berliner Zweckverbandes ist eine Verwundung an der Selbstverwaltung. Das Herrenhaus ist die Verkörperung des altpreussischen Junkertums. Der Reichskanzler verhielt sich nicht durchaus ablehnend gegen das Streben nach einer

Demokratisierung des Wahlrechts. Nur den Augenblick hält er noch nicht für gekommen. Hoffentlich kommt er bald. Der Reichskanzler möge beweisen, daß er den Geist der neuen Zeit versteht. Er mag mit dem Herrenhaus anfangen. Es muß endlich ernst gemacht werden. Die Waage bringt den fähigen Schimmer vorwärts, aber den Jagenden reißt sie hinab. Möge der Reichskanzler seine Bedenken überwinden und an das Wort denken: „Im Anfang war die Tat!“ (Beifalles Hört!)

Abg. Schiffer (nall.): Daß der Reichskanzler in die inneren Verhältnisse Rußlands sich nicht einmischen will, ist wohlgetan. Ueber die weitere Entwicklung der russischen Revolution kann man nichts voraussagen; jedenfalls wollen wir uns weiter auf unser Schwert verlassen. Nachdem in der polnischen Frage die Regierung von dem Grundsatze des Hinauschiebens bis zum Friedensschluß abgewichen ist, kann man

die Seele des Volkes nicht halt machen lassen

vor dem, was sie nun einmal begehrt. Den Ruf nach einer Umgestaltung eines besseren Wahlrechts kann ich nicht unterstügen. Das Band zwischen Kaiser und Volk ist durch den Krieg fester geworden. Wir müssen immer bedenken, wie die innere Parteilichkeit auf das Ausland wirkt. Preußen muß seinen deutschen Verufen erfüllen. Kostengeist und Standeshochmut müssen verschwinden. Der Krieg von 1870/71 brachte uns die äußere Einheit, der Weltkrieg muß die innere Gleichberechtigung aller Bürger bringen. (Beifalles Hört!)

Abg. v. Gräfe (L.): Der Reichskanzler hätte gestern die besprechenden Einrichtungen verteidigen müssen. Der Augenblick ist zur Reform des preussischen Wahlrechts nicht geeignet. Entgegen Dr. David bin ich überzeugt, daß auch der Reichskanzler daran festhält, daß durch die Verlängerung des Krieges die Friedensbedingungen verschärft werden. Wir treten für ein starkes Königtum ein. Eine parlamentarische Regierungsform würde ein Schattenkönigtum zur Folge haben. (Zuruf links: König Eduard VII.) Das war auch ein intelligenter Mann. (Heiterkeit.) Das Dreiklassenwahlrecht wird von Ihnen getadelt, aber das Kommunalwahlrecht nicht. (Beifalles Widerspruch links.) Jeder Preuge hat im Reich das allgemeine Wahlrecht und diese Teilung des Systems hat sich bewährt. Dem Reichskanzler wünsche ich manchmal am Sonntag im Park von Sanssouci spazieren zu geben und sich mit friderizianischem Geist zu erfüllen. Er wird dann erkennen, daß man zugleich ein großer Philosoph und erfüllt von Potsdamer Geist sein kann. (Beifalles rechts.)

Abg. Mertin (Dt. Fr.): Der Aufhebung des Einseitigkeitsgesetzes werden wir keine Schwierigkeiten machen. Ein parlamentarisches Regierungssystem verworren wir. Die Verbesserungsbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts erkennen wir an, aber im Kriege läßt sie sich nicht durchführen.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Wir sind einverstanden mit der Ueberweisung auch unserer Anträge an eine niedrige Kommission. Nur der Antrag auf schleunige Beendigung des Krieges und auf Amnestierung aller wegen politischer Delikte Verurteilten sollte sofort erledigt werden. — Wir erörtern jetzt beim Etat des Reichskanzlers die gesamte Politik. Der Reichskanzler aber hat gestern hier lediglich eine Ansprache gehalten und heute ist er nicht erschienen. Das läßt sich unter keinen Umständen rechtfertigen. (Beifalles Zustimmung bei den Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Dem Kaiser Wilhelm rechne er es zum Ruhme an, daß er 1906 dem Jaren bringend geraten habe, sich den berechtigten Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu widersetzen. Warum hat er dann nicht denselben Rat dem Kaiser Wilhelm II. gegeben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Herr von Gräfe tritt für ein „starkes Königtum“ ein. Er und die Konservativen wollen das Königtum durch ihre persönlichen Beziehungen beeinflussen, die Parteien auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie dagegen wollen, daß im Parlament durch Mehrheitsentscheidungen entschieden wird, wie die Politik eines Landes zu sein ist. Das die konstitutionelle Monarchie jedenfalls besser ist, als das auf Hintertreppen geleitete Königtum, hat Herr von Gräfe selbst bewiesen, als er auf die Erinnerung an Eduard VII. antwortete: „Das war eben ein intelligenter Mann.“ (Große Heiterkeit.) Die konstitutionelle Monarchie nehmen wir nur als Uebergang in den Kauf, als das erstrebenswerte Ziel auch für Deutschland betrachten wir die Republik, und wir sind überzeugt, wir werden innerhalb kurzer Zeit dazu kommen, denn die Weltgeschichte zeigt uns, daß die Siebenmeilenstiefeln freilich zerschmettern sich das deutsche Volk durch

übergroße Schuld

aus. (Zuruf rechts: Unerbitt! und Hochverräter! — Präsident Dr. Kaempf bittet den Redner um Mäßigung.) Beim parlamentarischen Regierungssystem müßte der Reichstag auf seine Zustimmung zu Bündnissen geben. Daß das notwendig ist, lehnen gerade die Erfahrungen dieses Krieges. Auch das Verhalten des Staatssekretärs Zimmermann gegenüber Regis beweist das. Ferner muß die deutsche Reichsverfassung endlich in dem Punkte durchgeführt werden, daß die Wahlkreise der Entwicklung der Bevölkerung entsprechend eingeteilt werden! Noch wichtiger wäre die Einführung des Verhältniswahlrechts. Das ließe sich während des Krieges sehr gut durchführen, wenn alle Teile nur den guten Willen hätten, aber daran fehlt es. — Wir fordern einen Frieden, der nicht bloß für beide Teile ehrenvoll ist, denn das ist ein sehr zweideutiger Ausdruck. Abg. David hat mit Unheil die russische Revolution begrüßt. Ich frage ihn: wenn die Mehrheit der russischen Sozialdemokratie dieselbe Politik getrieben hätte wie die Freunde des Abg. David, wo wäre dann heute die russische Revolution. Nur dadurch, daß es dort ein grundsätzliches Sozialdemokratie gegeben hat, wird es jetzt in Rußland zur demokratischen Republik kommen. (Sehr gut! bei den Soz. Arb.) Es zeigt sich jetzt dort, daß es nicht auf die Zahl der Anhänger einer Fraktion im Parlament ankommt. Kerenski, den man jetzt den mächtigsten Mann in Rußland nennt, war der Führer einer ganz kleinen Fraktion. Wir sind auch nur wenige im Parlament, aber hinter uns steht eine grundsätzliche revolutionäre Industriearbeiterschaft. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Die russische Revolution wird zweifellos über Weisen durch ganz Europa ziehen. Heute steht das Bürgertum vor der Schicksalsfrage, ob es zurückbleiben will hinter der Zeit oder ob es an die Seite der Arbeiterschaft treten wird, wenn die Zeit gekommen ist, auch bei uns die demokratische Republik unerschütterlich auf den Boden des Volkswillens zu stellen. Sieht sie sich abseits, so werden wir sie bekämpfen, und wie ich hoffe, siegreich bekämpfen. (Beifalles Beifalles h. d. Soz. Arb.) Ein Schlussantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Abg. Ledebour hat uns gefragt, was aus der Revolution geworden wäre, wenn die russischen Sozialdemokraten die Kredite bewilligt hätten. Nun, die Leute, die heute die Herren der Revolution sind, Misjlow usw., haben alle die Kredite bewilligt. An Herrn Ledebour stelle ich die Gegenfrage: Wenn wir alle in Deutschland die Kredite verweigert hätten, dadurch die Einheit im Volke gerissen wäre und der Kegerische Jar in Berlin eingezogen wäre, was wäre dann aus der russischen Revolution geworden? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Sieg der deutschen Heere über die russischen hat zweifellos wesentlich dazu beigetragen, die russische Revolution herbeizuführen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Gräfe meinte, das sei ein Schattenkönig, der gezwungen sei, einen Minister aus der Mehrheit des Parlaments zu nehmen. Ich halte den König für einen privilegierten Minderheit zu nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Wenn Herr David sagt, Misjlow und seine Anhänger hätten die russische Revolution gemacht, so spricht er freilich nach, was die englische Bourgeoisie in ihrer Tagespresse verbreitet hat. Ja, der Tat hat die russische Sozialdemokratie die Revolution gemacht. Seine Gegenfrage beantwortet ich dahin: Wenn das ganze Haus auf unserem Standpunkt

Hände, hätten wir die bürokratische Regierung schon längst fort-
gejagt und die Regierung selbst in die Hand ge-
nommen. (Große Heiterkeit.) Dann hätten wir auch längst
Frieden. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. v. Gräfe (tonl.): Ich habe den Schattenkönig darin ge-
sehen, wenn der König gezwungen ist Minister aus einer parla-
mentarischen Mehrheit als Vertreter seiner Ansicht zu nehmen,
auch wenn dies seine Ansicht nicht ist.

Abg. Prinz Schönau-Garolath (zur Geschäftsordnung) ändert
den Antrag der Nationalliberalen dahin ab, daß auch der Antrag
Albrecht (Soz.) und Genossen darin aufgenommen wird, so daß
der Antrag nunmehr lautet:

Der Reichstag wolle beschließen, einen besonderen Ausschuss
von 28 Mitgliedern (Verfassungsausschuss) zu bilden für die
Beratung verfassungsmäßiger Fragen, ins-
besondere der Zusammenfassung des Volkswir-
tungs- und ihres Verhältnisses zur Regie-
rung. Dilem Ausschuss sind die im Reichstag eingebrachten ein-
schlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen.

Abg. Scheidemann (Soz.) zieht darauf den Antrag Albrecht
zurück.

Abg. Prinz Schönau-Garolath: Dann verzichte ich auf
die namentliche Abstimmung.

Abg. Hirsch-Eisen (natl.): Wir halten den nationalliberalen
Antrag mit Unterbrechung, nach der jetzt erfolgten Abänderung
bin ich mit einem Teil meiner Freunde aber nicht mehr imstande,
dafür zu stimmen.

Abg. Prinz Schönau-Garolath: Dann nehme ich den Antrag
auf namentliche Abstimmung wieder auf. (Sehr gut! links.)

Der gemeinsame Antrag der Nationalliberalen und Sozial-
demokraten wird hierauf mit 227 gegen 33 Stimmen der Kon-
servativen und vereinzelter Nationalliberaler bei 3 Stimmenthal-
tungen angenommen.

Die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf
schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Ver-
trages von Annexionen jeder Art durch alle kriegführenden Staaten
hinzuwirken, und die wegen politischer Delikte ergangenen Strafen
aufzuheben, werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und
der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Der Etat des Reichsanwaltschafts und des Auswärtigen Amtes werden
bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag, den 24. April, nachmittags 9 Uhr.
Präsident Dr. Kaempf erläßt die Tagesordnungen mit dem
Wunsche, das Gesehene so zu beenden, wie es unter den gegen-
wärtigen Verhältnissen möglich ist.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

20. Sitzung, Freitag, 20. März, 12 Uhr.

Am Ministerisch: v. Trost zu Solz, Sadow.

Die Beratung des Etats für 1917 wird fortgesetzt.

Graf und Marquis von und zu Hoenbroech
spricht über die Stellung der Behörden, besonders der Reichsdämter,
zu den Organisationen der Arbeiter, vor allem der wirtschafts-
rechtlichen Arbeiterbewegung. Die Wirtschaftsfriedlichen wollen das
alte patriarchalische Verhältnis wiederher-
stellen und gemeinsam mit den Arbeitgebern das Wohl des
Unternehmens und damit das eigene Wohl fördern. Sie lehnen
den Kampf und Streit, diese Grundlage der sozialdemokratischen
Organisationen, rundweg ab. Auch der Papst hat den Streit
ausdrücklich abgelehnt, was angesichts des Kampfscharakters der
christlichen Gewerkschaften von großer Bedeutung ist. Die Wirt-
schaftsfriedlichen sind auch ausgesprochen national. Eine Unter-
stützung der Gelben durch Anwendungen der Unternehmer wird
nicht bestritten. Aber diese Anwendungen sind zu gering, als daß
ihretwegen 300 000 Arbeiter ihre Selbständigkeit verkaufen könnten.
Auch die Kampfvereine lehnen ja, obwohl sie Gegner des
Kapitals sind, Anwendungen aus Unternehmerkreisen nicht ab. So
hat der reiche Fabrikbesitzer Singer den Gewerkschaften große
Schenkungen gemacht, während er seinen Arbeiterinnen Hunger-
löhne zahlte. Auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die
christlichen Gewerkschaften haben wiederholt Unterstützungen von
Unternehmern angenommen. In den Reichsdämtern aber werden
seit Kriegsbeginn die Wirtschaftsfriedlichen nicht zugelassen. Vor
dem Kriege nahm die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Wirt-
schaftsfriedlichen in Schutz. Inzwischen hat sie sich nicht nach vornwärts, wohl
aber zum „Vorwärts“ entwickelt. (Heiterkeit.) In den Reichsdämtern
freilich der Werkvereine herrscht dabei eine große Erregung. Wenn
der Ministerpräsident den inneren Frieden will, wie kann er da die
Gelben an die Wand drücken? (Sehr richtig!) Gehört das auch zur
Reorientierung? Heute haben die Kampfvereine ein Monopol.
Es muß der Einbruch entstehen, daß man, wenn man etwas
erreichen will, in die sozialdemokratischen Gewerkschaften eintreten
muß. So wird der Koalitionszwang vorbereitet. Das
Hilfsdienstgesetz ist ein Sprengstoff für die Sozialdemokratie ge-
worden. (Sehr richtig!) Ich bedauere die Illusionisten, die glauben,
auf sozialdemokratischem Boden eine gesunde Arbeiterpolitik nach
dem Kriege treiben zu können. (Sehr richtig!) Vorläufig natür-
lich halten sich die Herren Legien und Koske zurück; sie wären ja
auch dumm, wenn sie es anders machten. Doch Koske 1915 mit
bedeutender Unterstützung eine Reise durch Polen machen durfte,
um die dortigen Arbeiter sozialdemokratisch zu
organisieren, ist ein hartes Stück. (Sehr richtig!) Das Echo
ist auch nicht angeblieben. Die Arbeiterführer haben noch mit
ihrem Wert und ihrer Handlung befunden, daß sie nach dem Kriege
von ihren Zielen ablassen wollen. Aber in der eifigen Hoffnung, diese
Elemente zu gewinnen, politisiert die Regierung auf allen Gebieten
mit dem Umsturz gegen die bewährten Männer der Ordnung. Die
Reichsregierung ladet eine ungeheure Verantwortung auf sich. Was
jetzt gesagt wird, ist Unfrieden und Zwietracht. (Beifall.)

Oberbürgermeister Adte-Königsberg: Die Wirtschaftsfried-
lichen sind in der Tat stark zurückgeworfen worden. Wir wollen keine
einseitige Forderung der Gewerkschaften. Auch der Wirtschaftsfried-
lichen und der Unorganisierten,

was wohl dasselbe ist

(Widerspruch), muß von den Reichsbehörden gedacht werden. (Bei-
fall.)

Staatssekretär a. D. Dr. Derenburg:

Die Hoenbroech'sche Rede diente nicht dem sozialen Frieden.
Seine Angriffe richteten sich ja nicht nur gegen die freien Gewerks-
schaften, sondern auch gegen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften
und die Christlichen. Der Krieg hat das Zusammenarbeiten der Be-
höden und der Gewerkschaften mit sich gebracht zu beiderseitiger
Zufriedenheit. Wie denkt sich Herr Koske eine Ver-
zerrung der Unorganisierten? Das patriarchalische
Verhältnis hat gewiß seine Vorzüge. Aber einer zusammen-
gehaltene Industrie gegenüber ist der einzelne Arbeiter
machtlos. Er muß sich dazu eine Vertretung schaffen. Es gibt
nun einmal in der Welt Dinge, die ohne Kampf nicht durch-
geführt werden können, und dazu gehört auch das Streben
der Arbeiter nach besserem Lohn. Der Kampf der Arbeiter um
bessere Löhne ist nicht nur zu verstehen, sondern auch zu billigen.
Natürlich vertreten in den Ausschüssen die Arbeiter ihre Interessen.
Das tun doch die Landwirte in diesem Hause gleichfalls! Bei den
Ausführungen haben die Deutschen Arbeitgebervereine
zur Wahl der Wirtschaftsfriedlichen aufgefordert. Kann man
es da den Gewerkschaften verdenken, wenn sie, zumal die Zu-
wendungen der Unternehmer gar nicht bestritten
wurden, in den Gelben keine reinen Arbeiterorganisationen er-
blicken? Die Gewerkschaften haben hier auf der Anklagebank ge-
sessen. Das darf nicht sein, das haben sie nicht verdient.
Handelsminister Sadow: Die preussische Regierung hat die
Wirtschaftsfriedlichen stets als gleichberechtigt angesehen. Graf

Hoenbroech hat ja auch in der Hauptfrage das Kriegskrieg kritisiert.
Die Wirtschaftsfriedlichen haben einen Stellvertreter erhalten und
die Wirtschaftsfriedlichen haben sich mit dieser Regelung zufrieden
gegeben. Auch die Regierung wünscht eine möglichst weitgehende
Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern. Auf dem
Wege der Wirtschaftsfriedlichen allein läßt sich dieses Ziel
aber nicht erreichen. Man muß dabei auch Rücksicht nehmen
müssen auf die Kampforganisationen.

Graf Huten-Garolath: Der Reichstagsabgeordnete Koske
hatte wie viele seiner Kollegen Anfang 1916 um die Erlaubnis ge-
beten, die Front im Osten zu besichtigen. Die Erlaubnis wurde
erteilt und Herr Koske hat sich auch ausschließlich an der Front
aufgehalten.

Graf Hoenbroech: Die Wirtschaftsfriedlichen haben sich nicht
zufrieden gegeben, sondern nur die Krume genommen, weil
man ihnen das Brot nicht gab.

Oberbürgermeister Adte-Königsberg spricht über eine Reform
der Elektrizitätsversorgung.

General v. Kleist: Ich habe mich in meinen vorgestrigen Aus-
führungen in keiner Weise gegen jede Reform des preussischen Wahl-
rechts wenden wollen und bin wohl überhanpt nicht der schlimmste
Reaktionär, als den ich in der Öffentlichkeit hingestellt bin. Ich
habe nur sagen wollen, daß die Wahlrechtsreform zurücktreten muß
hinter die wichtigeren Aufgaben der Gegenwart.

Damit schließt die Generaldebatte zum Etat. Es
folgt die Einzelberatung.

Landwirtschaftsetat.

Kammerherr Graf v. Zieckow: Der Landwirtschafts-
minister ist im Reichstag ohne jede Begründung in ungewöhnlich
horriger Weise angegriffen worden. Wir halten diese Angriffe für
unberechtigt und sind dem Minister dankbar dafür, daß
er freis in kraftvoll die Interessen der Landwirtschaft vertreten
hat. (Beifall.)

Kultusetat.

Kultusminister a. D. Dr. Studt: Der Konfessionelle
Charakter der Volksschule muß unter allen Umständen
aufrechterhalten bleiben. Das ist um so notwendiger, weil die frei-
geistigen Verbände Deutschlands vor einigen Tagen mit einer
Kollektivklärung an die Öffentlichkeit herangetreten sind. Sie ist
unterzeichnet auch vom Deutschen Konfessionsbund, der
früher einmal ein Flugblatt verbreitet hat, in dem das christliche
Bekenntnis mit dem mittelalterlichen Aberglauben verglichen
wurde. (Hört! hört!)

Eisenbahn- und Banquet.

Graf Mirbach-Sorgenitz: Wir danken dem Minister, daß er
die irreführenden Ausführungen des früheren Ministerialdirektors
Kischhoff so entschieden zurückgewiesen hat. Die erste Wagenklasse
darf nicht abgekauft werden. Es wäre das für viele Leute ein
harter Schlag und würde ihnen das Reisen außerordentlich
erschweren. Die Wohlhabenden und Reichen würden dann noch mehr
zum Automobilverkehr übergehen.

Oberbürgermeister Dr. Wilms-Bojen verlangt die Fortführung
des Mittelbahnbaus bis zur Elbe und spricht für die Herstellung
einer Verbindung der Oder mit der Rega.

Minister v. Breitenbach: Dieses Kanalprojekt würde zweifel-
los dem Osten wirtschaftliche Vorteile bringen. Ob diese Vor-
teile aber im richtigen Verhältnis stehen zu den außerordentlich
hohen Baukosten, bedarf eingehender Nachprüfung.

Oberbürgermeister Hermann-Berlin: In der Kommission hat
die Regierung ausdrücklich erklärt, daß die Kriegsermächtigungen die
Rolle eines durchgehenden Kanalsystems vom Westen zur
Elbe bewiesen hätten, so daß die Regierung diese Frage von neuem
prüfen könnte.

Etat des Ministeriums des Innern.

Oberbürgermeister Dr. Soebber: Wasgen spricht für die Not-
wendigkeit einer geordneten Reform der inneren Verwaltung.

Graf Huten-Garolath bedauert, daß nach einer Entscheidung des
Oberverwaltungsgerichts die Gemeinden die Militärein-
kommen der Kriegsteilnehmer als Einkommen aus
gewinnbringender Beschäftigung besteuern müssen.

Ministerialdirektor Dr. Freund: Durch die Entscheidung des
Oberverwaltungsgerichts ist ein bedauerlicher Zustand ge-
schaffen worden, der aber nur durch die Gesetzgebung geändert
werden kann. Es sind entsprechende Schritte getan worden.

Graf Rosen: Ich habe nur für meine Person gesprochen und
wollte mich nicht respektlos über die Thronrede äußern. Ich
wollte auch dem Reichstag nicht zunahertraten. Was
ich über das Reichstagswahlrecht gesagt habe, halte ich aber
aufrecht.

Oberbürgermeister Dr. Wilms-Bojen: Das klingt ja wie eine
Einschuldigung. Die Offiziere an der Front mügen von der
Gemeindebesteuerung befreit bleiben, nicht aber die Offiziere in den
Clappen und dahem in den Kriegsdämtern.

Der Etat wird im ganzen angenommen. Ebenso eine
Resolution, nach der die Schätze der Berliner Museen durch
eine zweckmäßige Zentralisation der Provinz zugänglicher gemacht
werden sollen.

Nächste Sitzung unbestimmt. — Schluß nach 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Eine Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes.

Der Reichstagsausschuss für das Hilfsdienstgesetz beschäftigte sich
in seiner ersten Sitzung am Freitag mit der Frage, ob das Hilfs-
dienstgesetz
auf die in Deutschland lebenden Oesterreicher und Ungarn
ausgedehnt werden soll.

Unterstaatssekretär Dr. Richter vertrat den Standpunkt, daß
eine solche Ausdehnung im Interesse der deutschen Wirtschaft not-
wendig sei. Durch Verhandlungen mit der österreichisch-ungarischen
Regierung sei die Sachlage staatsrechtlich dahin geklärt, daß
eine Ausdehnung des Gesetzes auf die österreichisch-ungarischen
Staatsangehörigen nichts im Wege stehe. Es könne zweifelhaft
sein, ob die Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes auf die Oester-
reicher und Ungarn zu den Kompetenzen des Reichstagsausschusses
gehöre.

Abg. Gräber (Z.) hält es auch für zweifelhaft, ob die Frage
der Ausdehnung des Gesetzes durch den Reichstagsausschuss er-
ledigt werden könne.

Abg. Bauer (Soz.) ist der Meinung, daß die Ausdehnung des
Gesetzes auf die Oesterreicher und Ungarn eine Forderung und
Erweiterung des Gesetzes bedeute. Der Reichstagsausschuss
sei nur zuständig zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen. Eine
materielle Änderung des Gesetzes könne
nur durch den Reichstag selbst

vorgenommen werden. § 1 des Gesetzes lasse keinen Zweifel
darüber, daß nur deutsche Reichsangehörige dem Ge-
setze unterworfen seien. Er könne aber auch nicht anerkennen, daß
eine zwingende Notwendigkeit zur Ausdehnung des Gesetzes auf
österreichische und ungarische Staatsangehörige bestehe.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.) schloß sich dieser Auffassung an.
Abg. Wehner (Z. Sp.) teilte die vom Abg. Bauer bezüglich der
Zuständigkeit des Reichstagsausschusses geäußerten Bedenken. Er
schloß vor dem Bundesrat zu empfehlen, auf Grund des Ermächti-
gungsgesetzes vom 4. August 1914 die Ausdehnung des Hilfsdienst-
gesetzes auf die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen anzu-
ordnen.

Nach längerer Diskussion gelangte ein Antrag Dr. Richter
(natl.) zur Annahme:
„Der Ausschuss hat keinen Anlaß, einer auf Grund
einer diplomatischen Abmachung zwischen der Reichsregierung und
der österreichisch-ungarischen Regierung vom Bundesrat nach
Rückgabe des Artikel III des Gesetzes vom 4. August 1914 zu

erlassenden Verordnung, wonach die österreichischen und unga-
rischen Staatsangehörigen zum Hilfsdienst herangezogen werden,
entgegen zu sein.“

Da die Verhandlungen im Plenum des Reichstages begannen,
mühte die Kommission ihre Beratungen abbrechen. Ueber die
Frage, wann die nächste Sitzung der Kommission stattfinden solle,
entspann sich eine längere Debatte. Abg. Bauer (Soz.) beantragte,
möglichst bald noch im Laufe der nächsten Woche erneut zusammen-
zutreten, weil zahlreiche Beschwerden vorliegen, die einer schleunigen
Erledigung bedürfen. Im Laufe der Debatte erklärte General-
leutnant Gräber sich bereit, seinerseits bis zum Wiederzusammen-
tritt des Reichstagsausschusses alle Beschwerden einer Prüfung zu
unterziehen. — Die Kommission beschloß dann mit Mehrheit, sich
bis zum 22. April zu vertagen.

Aus Industrie und Handel.

Diskonto-Gesellschaft gegen Zivildienstgesetz.

Ausdehnung nach Osten, Norden und Süden.

Der Aufsicht der Diskonto-Gesellschaft zeigt alle bekannten
Erörterungen der deutschen Verfassungskreise: Steigerung der Ein-
nahmen aus Zinsen, Provisionen, Bankbeteiligungen einerseits,
Geldanlage in Reichswerten, an Gemeinden durch Barvorschüsse,
von Kriegsanleihe andererseits. Die Dividende ist auf den
Friedensstand von 10 Prozent (im Vorjahre 8,5 Prozent) ge-
stiegen. Die Diskonto-Gesellschaft ist in hohem Maße am
rumänischen Geschäft interessiert gewesen. Die ihr nahe-
stehende Deutsche Erdölgesellschaft hat dort erhebliche Ver-
luste zu beklagen gehabt, die allerdings durch das üppig blühende
Geschäft dieser Gesellschaft in Deutschland und Ostpreußen mehr als
ausgeglichen sind. Dagegen hat die rumänische Regierung bei ihrer
Kauf auch die Kaufverträge der Diskonto-Gesellschaft nahe-
stehenden Banca Generala Romana mit sich geschleppt. Diese Bank
hat nach der deutschen Besetzung Rumäniens ihren Geschäftsbetrieb
wieder aufgenommen und sich eine Kassenstellung angeeignet, ist
aber nicht in der Lage, eine Bilanz aufzustellen. Die rumänischen
in Deutschland ausgegebenen Staatspapiere sind nach dem Ge-
schäftsbericht durch das sehr erhebliche in Deutschland beschlag-
nommene Vermögen der rumänischen Nationalbank einermöglichen
sicherzustellen.

Der Geschäftsbericht der Diskonto-Gesellschaft erläutert in ein-
gehender und anschaulicher Weise die geschäftliche Entwicklung. Er
greift aber über diesen Rahmen hinaus, indem er sich scharf
gegen Monopolpläne wendet und das Zivildienst-
gesetz heftig kritisiert:

„All das erfordert ein Maß von Arbeit, das noch weit
über das in den beiden ersten Kriegsjahren geleistete hinausgeht.
Zu ihrer Organisation wurde das Kriegsdienstgesetz geschaffen
und mit seiner Durchführung der Anfang gemacht. Es ist
mit wohlgemeinten, aber zweckwidrigen Bestim-
mungen sozialpolitischer Art besetzt, hat dies Ge-
setz den erhofften Nutzen leider nicht in vollem Umfange ge-
schaffen und die schon zu zahlreichen und sehr zerstückelten Or-
ganisationen und Kriegswirtschaften um weitere vermehrt.“

Keine Bank hat sich bisher in so präconzierter Weise auf den
arbeiterfeindlichen Standpunkt monder Großunternehmer gestellt.
Der Rufus im Gesellschaftsbericht ist das beste Kompendium
für die Sozialdemokratie. Er wird dadurch verständlich,
daß die Diskonto-Gesellschaft, besonders seit Übernahme des
A. Schaffhausen'schen Bankvereins, die engsten Beziehungen zu den
rheinischen Eisen- und Kohlen-Königen pflegt. Im übrigen sollte
die Diskonto-Gesellschaft nicht so laut jammern. Denn ihr werden
vermutlich in absehbarer Zeit auf Grund dieses Gesetzes Hilfs-
kräfte zur Bekämpfung des auch von ihr beklagten Beamtenmangels
zur Verfügung gestellt werden. Man kann der Gesellschaft nur
wünschen, daß der für die Bekämpfung der Interessen dieser Ange-
hörigen zu errichtende Ausschuss eine rege Tätigkeit entfalte.

Sehr bemerkenswert ist, daß die Diskonto-Gesellschaft dem Bei-
spiele der Deutschen Bank, der Mitteldeutschen Kreditbank und der
Berliner Handelsgesellschaft folgt und Anschlag an Osk-
preußen sucht. Die Aktien der Königsberger Bank-
bank, die in Königsberg und Tilsit vertreten ist, sollen gegen
Aktien der Diskonto-Gesellschaft umgetauscht werden, die dieser von
bekannteren Orten zur Verfügung gestellt werden. Die Diskonto-
Gesellschaft wird weitere Filialen in Danzig, Stettin und
Posen errichten.

Durch den Zug nach Osten wollen die Banken offenbar
das im Anschlag an die Verleumdung Polens und an eventuelle
Annexionen sich entwickelnde Geschäft eintragen und hoffen viel-
leicht auch, Depositengelder in dem landwirtschaftlichen, durch d
Krieg im Wohlstand gedehnten Osten sammeln zu können. Es
zu wünschen, daß diese Seite des Geschäftes besonders gepflegt
wird und sich nicht umgekehrt aus der massenhaften Niederlegung
von großen Banken in Ostpreußen eine allumweit gehende
Kreditgewährung entwickelt. Es soll hier nicht, wie es zu
Zeiten in Berlin vorgekommen sein soll, in Königsberg das Schau-
spiel wiederholen, daß Vorlieber von Depositensparnissen mancher Bank
sozialen Reisende auf den Kundenfang schickten und sich gegen-
seitig in der Kreditgewährung überboten. Straffe Selbstzucht ist
nötig, um die sich aus übermäßiger Kreditgewährung ergebenden
Gefahren eines Zusammenbruchs zu vermeiden.

Außerdem ist die Diskonto-Gesellschaft in freundschaftliche Be-
ziehungen zur Bayerischen Hypothek- und Wechsel-
bank in München und zur Vereinsbank in Hamburg ge-
treten. In Hamburg ist die Diskonto-Gesellschaft bereits durch die
Norddeutsche Bank vertreten, aber die Vereinsbank (Aktienkapital
36 Millionen Mark) ist auch in Hannover und Kiel schaff. Obwohl die
Diskonto-Gesellschaft bereits mit dem Bankhaus
C. Meyer in Hannover in Beziehungen steht, soll auch in Hannover
eine Filiale errichtet werden. Die Bayerische Hypothek- und
Wechselbank hat ein Kapital von 65 Millionen Mark und steht in
Beziehungen zu den Schudert-Elektrizitäts-Werken.

Aus dem Geschäftsbericht sei noch die Bemerkung angeführt,
daß die englischen schwarzen Listen den deutschen
Leberseebanken erheblichen Abbruch getan haben.

Der erste Pump der Revolutionregierung.

„Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Finanzminister
Tereschenko konferierte mit den Direktoren der größten Banken
über die beabsichtigte 3prozentige Anleihe, die im April
zum Emittionskurs von 85 ausgegeben wird.

Die Zeichnungsbedingungen sind für die russischen Kapitalisten
genau so günstig wie ungünstig für den russischen Staat.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Riva-Gesellschaft Berlin haben 1916 einen geringeren
Gewinn als 1915 erzielt, wo die Verwertung noch vor-
handener alter Vorräte offenbar zu Hilfe gekommen ist. Nach
Bemerkung von Abstreitungen in Höhe von 786 075 M. (L. R.
506 495 M.) ergibt sich ein Reingewinn von 1 788 582 M.
(1 680 102 M.). Der Generalversammlung wird die Ausschüttung
einer Dividende von 18 Proz. (wie im Vorjahre) neben Zuteilung
von 300 000 M. (wie im Vorjahre) an den Unterstützungsfonds für
Beamte und Arbeiter vorgeschlagen werden. Die Sonder-Rücklage
für die Kriegsgewinnsteuer ist mit 517 000 M. ausgewiesen.

Briefkasten der Redaktion.

C. 23. 39. Landharnstoff ersten Grades. — H. W. 88. Werden
Sie sich an das Ministerium des Reichs, Minister 67. — H. 2.
100. Die Reichen sind jedenfalls die Nummern der Vorstellungsliste, sie
bedeuten keine Bedenken. Sie können auf Grund der Anweisung zum
Militärdienst eingezogen werden. — Z. 50. 1. Nein, die Kasse ist dazu nicht
berechtigt. Die Posterei von der Firma zu verlangen, waren Sie verpflichtet,
2. Nein. — H. 29. Nein, Sie sind zu einem Verbotung nicht berechtigt. —
C. 2. 1. Da die Ube nicht geschlossen ist, sind Sie zum Unterhalt der
Ube verpflichtet. Bei der fast völligen Arbeitslosigkeit Ihrer Frau und

nach Angabe Ihres Verdienstes können Sie zu etwa 25 M. wöchentlichen Unterhaltskosten verpflichtet werden. — 29. 9. 1. Die Beantwortung Ihrer Frage ist bereits erfolgt. Sie sind zur Zahlung der Kirchensteuer für das Kalenderjahr 1915 noch verpflichtet. — 2. Wetteube 77. Ansprüche auf diese Zulagen beruhen nicht. — 3. Alfred Hoffmann. 1. Nr. 2. Ja. 2. Sie können zu militärischen und auch zu beruflichen Arbeiten in der Heimat eingesetzt werden. 4. Nein. 5. Ja. — 29. 2. 7. Zweifelsfall. — 2. 23. Kriegskinderbesonderer Deutscher Frauen. Arbeitsamt der Frau. Kronprinzessin. Soldat. — 11. 10. Anstellen auf höheren Schulen können bei Bedürftigkeit und Würdigkeit (Jahre, Bezahlung usw.) gegeben werden. Für eine Schülerin einer höheren Schule ist von dem Vater oder seinem Stellvertreter ein Gehalt an den Registrator zu richten und dem

Direktor der Schule offen zu übergeben. Eine Schülerin einer Gemeindefschule kann auf eine Stelle in eine höhere Schule übernommen werden. Dazu bedarf es der Beantwortung durch die Gemeindefschule und ihrer Mitteilung über die Würdigkeit. Sie müßten Ihren Wunsch zunächst dem Gemeindefschulrektor vorbringen. — 11. 2. 31. Für eine teilzeitliche Lehrerin sind die Aussichten am günstigsten. Sie erhält in Berlin an einer Gemeindefschule bis 1150 M. (nach 11 Dienstjahren), als Lehrerin an einem Lyzeum bis 2880 M. (nach 18 Dienstjahren), als Oberlehrerin an einem Lyzeum bis 5000 M. (nach 18 Dienstjahren). Das Gehalt einer Handelsschülerin bleibt an Anstellungen der Gemeinden oder von Vereinen meist unter 3000 M. Ausbildung zur Handelsschülerin kann erfolgen in Kursen der Stilla-Fachbildungsschule zu Berlin. Zulassung

nur nach Besuch einer höheren Mädchenschule oder einer anerkannten Handelsschule und nach mindestens zweijähriger kaufmännischer Praxis. Auch durch Besuch der Handelshochschule Berlin werden Handelsschülerinnen ausgebildet. Prüfung nach einem Studium von fünf Semestern. — 2. 2. 3a. — 6. 24. 87. Bei Einstellung zum Postdienst wird die Inangabe weiter gewährt. — 11. 11. 300. 1. Nein. 2. Der Verleiher hat Anspruch auf Unfallsrente. — 23. 23. 29. Nein. Klimente können Sie nicht in Abzug bringen. — 23. 234. Sie haben keinen Anspruch auf Invalidenrente; Sie hätten allenfalls Anspruch auf Krankenrente vom Beginn der 27. Woche an, wenn während der Lazarettbehandlung Arbeitsunfähigkeit vorlag. Antrag ist an das Versicherungsamt in Reutßen einzureichen.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: **John Gabriel Borkman**
Sonntag 7 1/2 Uhr: **Tobias Buntschuh**
Nachm. 2 1/2 Uhr (kleine Preise):
Hamlet.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: **Gawian.**
Sonntag: **Das Konzert.**
Nachm. 2 1/2 Uhr (kleine Preise):
Minna von Barnhelm.
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**
Sonntag: **Der G'swissenswurm.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. C. Reinhardt — R. Bernauer.
7 1/2 Uhr: **Erdgeist.**
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: **Die verlorene Tochter.**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Die tolle Komte.**

Theater für Sonnabend, den 31. März.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Der Postillon von Lonjumeau**
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Giebr. Herrfeld-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der Stolz der Familie.**
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Hans im Schnakenloch.**
Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Der Puzza-Kavaller.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die schöne Kubanerin.**
Sonnt. 3. Als ich noch im Flügelkleide.
Metropol-Theater
7 Uhr: **Die G'sardasfürstin.**
Sonntag 2 1/2 Uhr: **Die Kaiserin.**

Cessing-Theater.
7 1/2 Uhr: **Liebe.**
Sonntag: **Liebe.**
Deutsch-Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der Kammersänger.
Komtesse Mizzi. Erster Klasse.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr: (halbe Preise):
Der Balkanzug und die befreite Donau.
8 Uhr:
Die Bagdadbahn.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Max und Moritz.**
7 1/2 Uhr: **Der fidele Bauer.**

Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a, Kassentel.: Nord. 281.
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
7 1/2 Uhr: **Die Kammerwahl**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7 1/2 Uhr: **Johannes.**

Thalia-Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Vagabundenmädcl.**

Theater am Nollendorfpl.
7 1/2 Uhr: **Großstadtluft.**

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**

Trianon-Theater
8 Uhr: **Ein glücklich. Familienvater**

Volks-Palast
(früher Neue Philharmonie)
Köpenicker Straße 96/97.
Wochentags 6 und 8 Uhr.
Sonntags von 3 bis 10 ..
Ostpreußen und sein Hindenburg.
Vaterländischer Film in 5 Akten und 1 Vorspiel.
Im Ruhmessaal: **Kabarett-Vorstellung**
1910! mit wechselndem Programm.
Wochentags 88 Eintritt frei.

Bier-Kabarett
im
Volks-Palast
(früher Neue Philharmonie)
Köpenicker Straße 96/97.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Wochentags Eintritt frei. 1911!
Auftreten bekannter Künstler.

Circus Busch
Sonnabend 2 Vorstellungen.
3 1/2 Uhr
Gr. Ferien-Sonder-Vorstellung
mit dem ausgezeichneten Märchen-Prunk-Pantomime
Die Geierprinzessin.
lang- auf allen
hörig- Kind Sitzeplätze frei!
7 1/2 Uhr
Jubiläum-Aufführung der Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt.
Vorher die groß. März-Schlager!

Zirkus A. Schumann
Einlad. 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr
Heute und täglich:
Das orientalische Wunder
Kismet!
Der Treffer!
Die neuen März-Schlager, das große equestre Programm und die Meeräuber.
Prunk-Ausstatt.-Paar. in 4 Akten.
Sonntag 2 Vorstell., 3 u. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 1 Kind frei, jed. w. Kind h. Pr. BIL. ab heut. a. d. Zirkusk.

NATIONAL-THEATER.
Täglich 7 1/2, sowie 1. u. 2. Belag:
Studentenliebchen.
Operette L. Müll. Ruf u. B. Bromme.
Sonntag 3 1/2, Donnerstag 1/8, Sonnabend 1/8, 1. u. 2. Belag 3 1/2;
Jugend, Liebesdrama in 3 Akten.
Sopran. c. d. Belag. 10—2 u. 6 U. abds.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Reutkölln.
Bekanntmachung.
In der Zeit vom
2. bis 11. April 1917
findet für die Mitglieder unserer Kasse eine unentgeltliche freiwillige **Schnupfen-Zurmpfung** statt.
Die Anmpfung erfolgt verhältnismäßig in der Zeit von 7 1/2 bis 9 Uhr abends. Als Ausweis haben die berechtigten Mitglieder ihres jeweiligen Arbeitgebers darüber beizubringen, daß sie in einem zu unserer Kasse zugehörigen Betrieb zurzeit noch beschäftigt sind. Bei dem freiwilligen Mitglieder genügt die Vorlegung der Mitgliedskarte als Legitimation.
Es wird erwartet, daß jeder Anmpfung in rein gesundem Zustand und mit reiner Wäsche versehen, erscheint.
Die Anmpfung erfolgt im Kassenlokal
Weichselstraße 8, Ideal-Passage Nr. 12.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Reutkölln. 279/34. a. d. W. Heinrich, 2. Vorsitzender.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
„Cabarett Feldgrau“
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag 3 1/2 Uhr.
Vorstellung zu ermäßig. Preisen!
Neues Programm

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilla, Haut-, Hals-, Frauenleiden,** (periton. Bläse, Uterus-Dat. -Krankh., Schmerzlose, längere Behandlung ohne Berufsbeschränkung, Stützerinjektionen, Kgl. Preuss. Erlaubnis, Ehrenkandidat 10—1 und 5—8, Spmit. 11—1.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
Wenn's Mailüfterl weht.
Schwanz in 4 Akten von S. 11 u. 6.
Vorher das erstklassige Programm.
Anfang des Stüdes 8 1/2 Uhr.
Sonntag 4 Uhr zum letzten Mal:
Die Sache klappt.

Admirals-Palast.
Die Novität
AbraKadabra
großes phantastisches Ballett auf dem Eise.
7 1/2 Uhr. Vorzögl. Küche.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Hals-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bakterien, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsbeschränkung.
Königstr. 34-36, Stadtbh. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonn. 10—1.

Volgt-Theater.
„Badstr. 58. Badstr. 58.“
Täglich 7 1/2 Uhr:
Jägerliebchen.
(Gr. Balletteinlage).
Sonntag nachm. 3: **Der Dummelritze.**
Abends 7 Uhr: **Eine Frau ohne Herz.**
Montag, 2. April: **Benefiz für Anna Recker: Mutter und Sohn.**

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Die neue Revue in 6 Bildern:

Berlin im Krieg
Saninchen kauft
Hörspiele
Der Held, ausgenommen . . . 3,50
Hörspiel: „Die Siege“ . . . 3,50
Planufer 21.
Tasche, Hochbahn, Dattelhof, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Kollege
Hedwig Mücke
in der Kassenstraße 33, am 28. März gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kaserne-Friedhofes in Reinickendorf-Dorf am Sonntag, den 1. April, nachmittags 3 Uhr, statt.
Nege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer
Karl Wolter
Wilsdorfstr. 26, am 29. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaserne-Friedhofes in Reinickendorf-Dorf am Sonntag, den 1. April, nachmittags 3 Uhr, statt.
Nege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer
Fritz Domke
Schmidstr. 7, am 26. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
1917 Die Ortsverwaltung.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung
Sitz Berlin. Gegr. 1905.
Am 27. März verstarb unser Mitglied, der Kraftwagenführer Herr
Reinhold Hintz
Waldenburger Str. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Feuerbestattung findet heute Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten!
290/14
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Aufwärtler
Max Kallmeyer
von der Firma Bochert, Berlin, Krausenstraße, am 27. März im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 31. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kaserne-Friedhofes, Reutkölln, Permannstraße 186, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitstüchtler
Albert Schmiele
am 29. März im Alter von 62 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaserne-Friedhofes, Wilmersdorf, Dohnastraße, aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Inbaurbeiter
August Grätz
von der Firma Bachmann am 28. März im Alter von 55 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
4/4 Die Bezirksverwaltung.

Central-Verband der Böttcher, Weinküfer u. Hilfsarbeit. Deutschl. Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Robert Streubel
am 29. März nach langer Krankheit im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 2. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaserne-Friedhofes in Reutkölln, Permannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht!
22/7
Der Vorstand.

Wie ein Wunder
Befähigt 1896!
Hausjalbe
jeden Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, bei **Veitstänzen, Krampfadern der Frauen u. dergl. Original-Zelen zu M. 2.- 8.50 u. 6.-** versendet **vorfrei** **Gefanten-Apothek Berlin, Leipziger Str. 74, (am Dönhofpl.).**

Deutscher Banarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Reinickendorf.
Am 26. März nach langer Krankheit, der Mutter
Albert Lipke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, den 31. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof statt.
145/1 Die örtliche Verwaltung.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands. Filiale Berlin, Erdmannstr. 37/38.
Unserem Mitgliedern bittend zur Nachricht, daß der Herrmannschneider, Kollege
Gustav Greinert
geb. 4. 3. 70 am 29. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Jerusalem-Kirchhof, Reutkölln, Permannstraße 44/50, statt.
145/6 Die Ortsverwaltung.

Nach erfolgter Ueberführung findet die Beerdigung meines lieben Mannes, des Buchbinders
Bruno Sommer
am Montag, 2. April 1917, von der Kapelle des Ehrenfriedhofes der Stadt Reutkölln, Reutkölln, Dohse-Str. 10, aus statt. 34/2
Margarete Sommer,
Reuterstr. 43.

Am Mittwoch, den 28. März, verschied nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater
Bernhard Pieleke
im Alter von 58 Jahren.
Er folgte seinem am 6. Dezember 1916 im Feldlager verstorbenen Sohne Paul.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Winn Pieleke nebst Töchtern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobskirchhofs, Permannstraße, aus statt.

Nachruf
zum Sterbetage meines lieben, unergötlichen Sohnes, Bruders, Onkels, Neffen, Schwagers und Cousins
Erich Fellmann
gestorben am 31. März 1916 durch Selbstmord.
Du warst im Frühling deines Lebens; gefreht hast Du mit ternem Fleiß. Doch all mein Hoffen war vergebens, der Arden nahm Dich zur Weisheit. Ach, es ist ja kaum zu fassen, daß Du nie mehr sehest zurück; so jung mußt Du Dein Leben lassen, fehlt nun nicht mehr in die Heimat zurück. Du schienst so hell, Du anst es nicht, daß Gedächtnis Du fendet, sich nicht das gedroehene Mutterherz.
Wenn die Glocken den Frieden verkünden und die Krieger sich in der Heimat einfinden, dann bringe ich und nun neuem das Herz sehr entzwei, denn mein lieber Sohn und Bruder ist nicht mehr dabei.
Ach, es kann nicht mehr geschehen, wie Du und immer schwebst auf gesundem Wiederleben!
Gewidmet von seiner Mutter und seinen Brüdern.

Spolito
FRIEDRICHSTR. AN DER KÖNIGSTR.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Letzter Tag
Persönliches Gastspiel mit
Wanda Treumann
Viggo Larsen
in ihrem Lustspiel:
„Die Scheidungsche“
von William Kahn.
Vorher: das gr. Varieté-Prögr.

Possen-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der niegende Holländer.
Citrons geben sich die Ehre.

VIKTORIA-THEATER
HEUTE Nachmittags-Vorstellung
3 1/2 Uhr
BENDVORSTELLUNG
7 1/2 Uhr.
GRÖSSTER ERFOLG!
Noch bis 2. April
BERLIN.
Ein Spielplan
COLOSSAL!
KOTTBUSERSTR. 6.

WINTERGARTEN
Letzter Tag des Reinhardt-Gastspiels mit
Lillebil's Hochzeitsreise
Agypt. Burleske in 7 Bildern.
Musik von Bizet.
Hauptrollen: **Hans Wassmann, Lillebil Christensen, Ernst Matray, Katta Sterna** u. a.
Das große März-Prögr.
Oscar Saba, Lisa Bole u. a.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Glücksmädcl.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 83 Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Frz. v. Blon. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Wochentags Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt
und **voller Orchesterbesetzung.**

Wasserdichte Mäntel
Kostüm — Röde
Wintermäntel
neueste Formen, beste Stoffe, gibt an Größe **Tamemantel-Abrit** **Hilski, Krausestr. 30, Hof (Dönhofpl.).** 18122
In Einzelstücken auch entgegenkommende Zahlungsweise.
Sonntag von 12—5 geöffnet.

Bücher und Zeitchriften
Jeder, der liebt die Buchwelt, kommt, wenn er seine Lieblingsbücher und Zeitschriften in einem angenehmen Rahmen zu lesen, hat die besten Gelegenheiten.
Wasserdichte Mäntel
Kostüm — Röde
Wintermäntel
neueste Formen, beste Stoffe, gibt an Größe **Tamemantel-Abrit** **Hilski, Krausestr. 30, Hof (Dönhofpl.).** 18122
In Einzelstücken auch entgegenkommende Zahlungsweise.
Sonntag von 12—5 geöffnet.

eingesetzt, das alle im Exekutivkomitee zur Behandlung gelangenden Fragen zu bearbeiten hat. Das Bureau hat bereits beschlossen, in allen russischen Industriezentren Schiedsgerichte zu errichten, die in erster Instanz über Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern entscheiden werden. Außerdem soll ein Zentralschiedsgericht geschaffen werden, das als zweite Instanz auftreten wird.

Ein Ausschuss für Polen und Litauen.

Petersburg, 29. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung hat die Einrichtung einer Kommission angeordnet, um die polnischen Angelegenheiten zu regeln. Die Kommission wird festzustellen haben, an welchen Orten und in welchem Zustand sich Güter befinden, die zu öffentlichen Regierungsanstalten Polens gehören und wird festsetzen, wie sie zu erhalten und zu verwalten sind, bis sie dem polnischen Staat wieder übergeben werden. Sie soll ferner die Beziehungen zwischen dem Staat und der römisch-katholischen Kirche festlegen. Die Kommission soll Bestimmungen betreffend die Kriegsgefangenen und die Mobilisierten polnischer Abstammung ausarbeiten, die sich unter der Herrschaft der feindlichen Länder befinden. Das Mitglied der ersten Duma, Alexander Ledniski, ist zum Präsidenten der genannten Kommission ernannt worden.

Kronstadt revolutionsficher.

Kronstadt, 29. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Dumaabgeordneten Skobelev und Kuranow sind von Kronstadt zurückgekehrt, wo die revolutionäre Bewegung am wenigsten organisiert war und zuerst zu scheitern drohte. Augenblicklich beginnt das öffentliche Leben in Kronstadt wieder seinen gewöhnlichen Gang anzunehmen, obgleich die Beziehungen zwischen den Offizieren und dem Oberbefehl der Flotte noch nicht geregelt sind. Was den außerordentlichen Gegenstand betrifft, der zu Anfang der Bewegung zwischen Soldaten und Offizieren beobachtet wurde, so muß er mit dem drückenden Regime erklärt werden, das der verordnete Admiral Viren eingeführt hatte. Während der Unruhen wurden einige Duzend Offiziere getötet, viele andere verhaftet. Während des Aufenthaltes der Abgeordneten in Kronstadt wurde eine große Zusammenkunft aller Teile der Flotte und Festungsartillerie veranstaltet. Die Abgeordneten, die warm begrüßt wurden, gaben Erklärungen über die Lage ab. Augenblicklich werden die Arbeiten im Hafen von Kronstadt wieder aufgenommen.

Der Treueid der Romanows.

Amsterdam, 30. März. Der „Times“ wird aus Petersburg vom Mittwoch gemeldet, daß alle Großfürsten und anderen Mitglieder des Hauses Romanow der provisorischen Regierung den Treueid geleistet haben. Der frühere Zar und seine Familie befinden sich noch in Zarsoje-Selo.

Die Verhaftungen von Agenten der alten Geheimpolizei dauern fort. Es stellt sich heraus, daß sich unter ihnen sehr angesehene Personen befinden.

Der Krieg auf den Meeren.

Vorstöß gegen die englische Südostküste.

Berlin, 30. März. In der Nacht vom 28. zum 29. März haben Teile unserer Seestreitkräfte das Sperrgebiet vor der Südostküste Englands abgestreift. Außer dem bewaffneten englischen Dampfer Mascotte, 1097 Brutto-Registertonnen, der acht Seemeilen östlich Lowestoft angetroffen und durch Artilleriefeuer versenkt wurde, sind

weder feindliche Streitkräfte noch Handelsverkehr gesichtet

worden. Sieben Mann der Besatzung des Dampfers Mascotte wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiraltätsabes der Marine.

Seesperre und Versenkungen.

London, 30. März. (Reuter.) Der englische Dampfer Schwidesthale (5893 Br.-Reg.-T.) ist am 19. März im Atlantischen Ozean versenkt worden. Er hatte vorher die Besatzung eines anderen englischen Dampfers aufgenommen. Die Besatzung und die Besatzung beider Schiffe verließen den Untergang in fünf Booten, von denen eines an der spanischen Küste gelandet ist. In dem Boot befanden sich 29 Personen, darunter eine Stewardess und ein Kind. Acht von diesen sind gestorben. Die Überlebenden leiden alle an Entkräftung. Drei weitere Boote wurden ebenfalls aufgenommen, die 27, 29 und 20 Überlebende und 5 Leichen enthielten. Ein Boot wird noch vermisst.

Kristiania, 30. März. Infolge Spezialtelegrammen von „Astonposten“ erzählt ein aus Amerika heimgekehrter Kapitän des am 10. Januar versenkten norwegischen Dampfers Bergenshus, daß U-Boot in ihrer Gegenwart erst einen großen englischen Transportdampfer torpediert, nachdem dieser das U-Boot mit zwei Schiffen beschloß und nicht getroffen habe. Der große Dampfer, der aufsteigend mit Munition beladen gewesen sei, sei augenblicklich in die Luft gestiegen, 1½ Minute später sei nichts mehr zu sehen gewesen. Der U-Boot-Offizier habe für den vom Bergenshus entnommenen Probiert quitteert.

Amsterdam, 29. März. (Reutermeldung.) Die American Petroleum Co. glaubt, daß ihr Dampfer Charlois, von Halifax nach Rotterdam unterwegs, mit Kamm und Kamm umgeworfen ist. Der norwegische Dampfer D. A. Knudsen, mit Getreide nach Rotterdam, ist auf eine Mine gestoßen und mußte in England die Ladung löschen. Man wird versuchen, die Ladung nach Holland zu bringen.

Kristiania, 30. März. Infolge „Sjæfiskeristidende“ ist die Linienschiffahrt zwischen Amerika und Norwegen jetzt derart gestiegen, daß alle Routendampfer, auch die, die Reisende führen, in Halifax piktet werden, ohne Einkauf europäischer Güter oder Zwischentrafik. Dieselben Bestimmungen gelten für die vom norwegischen Staat betrachteten Schiffe.

Kristiania, 28. März. Die Seemannschaft in London dröhrt, daß der norwegische Dampfer Marsball aus Kowak laut einer Mitteilung der Admiralität in der Nordsee versenkt worden ist. Der Eigentümer in Aberdeen meldet, daß der Dampfer Sandvig und der Bergener Dampfer Roda versenkt worden sind.

Schlacht bei Gaza an der Sinaifront.

Konstantinopel, 28. März. Generalstabsbericht vom 28. März. Sinaifront: Der seit langem erwartete und sorgfältig vorbereitete Angriff begann am 26. März. Der Kampf, der sich in der Umgegend von Gaza entwickelte, endete am Nachmittage des 27. März mit einem offensivem Siege der Türken. Die an diesem Kampfe beteiligten englischen Streitkräfte betragen etwa vier Divisionen. Auch zahlreiche schwere Geschütze sowie mehrere Panzerautomobile des Gegners nahmen an der Schlacht teil. Im Laufe dieses zweitägigen Kampfes erlitt der Feind schwere Verluste und ließ auf dem Schlachtfeld zahlreiche tote und verwundete Soldaten zurück. In diesem Kampfe hat sich unser 126. Infanterie-Regiment besonders ausgezeichnet. Trotz der äußersten Festigkeit des Kampfes sind unsere Verluste sehr gering.

Verische Front: Die Lage ist unverändert. Egrisfront: Zusammenstoß von Aufklärungspatrouillen auf unserer äußersten linken Flanke. Starke feindliche Kavallerie, die verübt, zwischen zwei unserer kämpfenden Gruppen einzudringen, wurde zum Rückzug gezwungen.

Kaufasufront: Einige Gefechte von Aufklärungsabteilungen.

Mazedonische Front: Unsere Truppen eroberten in der Gegend des Prespa-Sees zwei französische Postenstellungen. Ueber den im gestrigen Seeresbericht gemeldeten Luftkampf über dem Schwarzen Meer sind folgende Einzelheiten eingetroffen: Ein unterer Landflugzeug, Beobachter Leutnant Kelper und Führer Unteroffizier Kausch, verfolgte im Schwarzen Meer flüchtig Kilometer weit die fliegenden feindlichen Flugzeuge und zwang, wie in dem genannten amtlichen Bericht gemeldet ist, durch Maschinengewehrfeuer zwei feindliche Piloten zum Niedergehen auf das Meer. Außerdem traf es voll ein feindliches Flugzeug-Kuttergeschiff mit zahlreichen Bomben, deren Erfolg durch die Beobachtung anderer Piloten konstatiert wurde.

Der Stellvertreter Oberbefehlshaber.

Englischer Seeresbericht aus Ägypten vom 28. März. Wir schaden Truppen über eine Strecke von 15 Meilen von Rafa nach Badigbuzee vor, um den Bau einer Eisenbahn zu beschleunigen und erleiden in der Nachbarschaft mit etwa 20 000 Feinden in einem heftigen Kampfe. Wir fügten dem Feinde schwere Verluste zu und machten 900 Gefangene, darunter den kommandierenden General der 53. Division, 4 österreichische Offiziere und 52 Deutsch-Oesterreicher, und erbeuteten 2 österreichische Hauptkisten.

Politische Uebersicht.

Die Wirkung der Kanzlerrede.

Die Rede des Reichskanzlers am Donnerstag lief auf die bestimmte Ablehnung einer sofortigen Neuorientierung hinaus; nichtsdestoweniger scheint sie das Signal zu einer sehr rasch sich vollziehenden Neuorientierung zu bedeuten. Freilich einer Neuorientierung in anderem Sinne, nämlich der Parteien gegenüber dem Reichskanzler. Die Presse der Rechten behandelt Herrn von Bethmann diesmal mit ungewöhnlicher Milde, und selbst ein Großen wie und da macht sich nur wie der Nachhall eines abziehenden Gewitters, hinter dem schon die ersten Strahlen beginnender Zufriedenheit hervorbrechen. Die freikonservative „Post“ mittelt bereits Regenluft:

Der dort ermöglicht, daß der Kampf zwischen den rechten Parteien und der Reichsregierung seit Monaten an Schärfe verloren hat, wird, wenn er im übrigen weisheitsvollen politischen Kombinationen zuneigt, eine Verlagerung der inneren politischen Kräfteverhältnisse ganz von fern in Betracht ziehen können.

Umgekehrt schreibt das linksliberale „Berliner Tageblatt“: Wir glauben, daß Herr von Bethmann Holweg gestern die Fühlung mit denjenigen Kreisen verloren hat, die ihn bisher gegen mächtige Einflüsse unterstützten.

Ebenso spricht die „Volkzeitung“ von einem „geschichtlichen Wendepunkt auf dem Gebiete der innerdeutschen Politik“.

Die sofortige Wahlreform.

Auch die freikonservative „Post“ tritt, wie wir mitteilten, für eine Inangriffnahme der preussischen Wahlrechtsreform noch während des Krieges ein. Ihre Gründe sind freilich anderer Natur als die der Linken. Sie werden offenbar in einem Artikel, den der freikonservative Führer Otto von Jellisch persönlich zeichnet. Herr v. Jellisch sucht nachzuweisen, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen sich praktisch als undurchführbar erweisen würde, da keine Majorität dafür vorhanden sei. Ein Realpolitiker könne also bei diesem Gedanken nicht verweilen. Dagegen sei ein abgestuftes Wahlrecht durchführbar. Und nunmehr nimmt Herr v. Jellisch die Meinung des freisinnigen Abgeordneten Müller-Meinigen an die Regierung auf, „die Zeit nicht zu verstreifen“:

Ihre (der Regierung) unerlässliche Aufgabe ist es, alsbald mit den Vorbereitungen für die Einführung eines unter den Gesichtspunkten wirksamer Erweiterung des Mittelstandes und der breiten Massen abgestuften Wahlrechts vorzugehen. Hat sie durch Verständigung mit den Parteien, welche grundsätzlich mit ihr an einer solchen Reform des Wahlrechts mitzuarbeiten bereit sind, sich eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus gesichert, und läßt eine Ergänzung des Herrenhauses durch Vermehrung der Vertretung der erwerbstätigen Bevölkerung auch die Zustimmung dieses Hauses zu einer solchen Wahlreform erhoffen, dann würden auch entscheidende Bedenken nicht mehr dagegen zu erheben sein, mit einer solchen Vorlage schon vor Friedensschluß vorzugehen.

Der kluge Herr v. Jellisch will also das abgestufte Wahlrecht während des Krieges ohne viel Aufsehen und gleichsam unter der Hand durchschmuggeln, damit er nach dem Kriege nicht das gleiche Wahlrecht herauszugeben braucht. Aber jedenfalls beweist er der Regierung doch, daß eine Wahlreform auch schon während des Krieges in Angriff genommen werden kann. Die Regierung möchte sich demgegenüber sagen, daß die Partei, die sie selber auffordert, sofort die Wahlreform einzubringen, nicht gegen sie aufstehen kann, wenn sie, dem Tot auf das sofort legend, die ganze Wahlreform einbringt.

Ein harter Schlag.

Wir haben während des Krieges manches erdulden gelernt, aber der gute Wille des Volkes hat es ertragen. Jetzt erfahren wir endlich, was wirklich „ein harter Schlag“ ist. Graf Nitzsch-Covaulten hat es im preussischen Herrenhaus ausgesprochen: Die Abschaffung der ersten Wagenklasse, — das wäre „für viele Leute ein harter Schlag“ und würde ihnen das Reisen außerordentlich verleben.

Gesprochen am 30. März 1917 im preussischen Herrenhaus, das — obwohl nicht vom Volke gewählt — verfassungsmäßig einen Teil der preussischen Volksvertretung darstellt, im 32. Monat des Weltkrieges.

Die „Süddeutschen Monatshefte“.

In der Ausschreibungsung der „Süddeutschen Monatshefte“ hat es am letzten Sonnabend in München zu heftigen Kämpfen überfungen, nachdem eine Anzahl liberal-allerdeutscher Mitglieder ernannt worden war. Dr. Hollgarten trat infolge dessen zurück. Er erklärte jedes weitere Zusammenarbeiten für unmöglich und jede Gemeinschaft für aufgelöst, weil dem seine demokratische Gesinnung entgegenstehe.

Professor Wendtner gefallen. Der bekannte Nationalökonom, Prof. v. Wendtner, der sich durch sein Eintreten für die Stotten vorlegen einen Namen gemacht hat, ist vor einiger Zeit bei Dismulden schwer verlegt in Gefangenhaft geraten und nach der Einlieferung in ein französisches Lazarett gestorben.

Letzte Nachrichten.

Das neue schwedische Ministerium.

Stockholm, 30. März. (Meldung des schwedischen Telegraphenbureaus.) Das neue Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsidium Swartz, Außerer Admiral Lindmann, Justiz Stenroos (der im Ministerium Hommarström Staatsrat war), Krieg Oberst Klerman (Abgeordneter), Marine Mitglied der ersten Kammer Fregattenkapitän Hans Ericson, Inneres von Sydow (wie im Ministerium Hammarström), Finanzen der frühere Oberrechnungsrat Carlsson, Unterricht Landeshauptmann Hammarström, Landwirtschaft Vizepräsident der Volksernährungskommission Dahlberg, Minister ohne Portefeuille Expeditionschef Ericson und Regierungsrat Falk. Die Minister leisteten abends um 7 Uhr dem König den Eid.

Sozialistischer Vizepräsident in Frankreich.

Bern, 30. März. Die französische Kammer hat gestern mit 206 Stimmen den Sozialisten Croisier gegen den Republikaner Beauregard an Stelle Violletts zum Vizepräsidenten gewählt.

Die Abgeordneten Kelle und Anel haben einen Interpellationsantrag über den Einfluß des Einfuhrverbotes eingebracht.

Die Schweiz lehnt Begründung der russischen Revolution ab.

Bern, 30. März. Der Nationalrat lehnte heute noch länger, zum Teil erregter Erörterung den sozialdemokratischen Antrag ab, der Nationalrat möge als Vertretung der ältesten Demokratie das neue russische Regime begrüßen und die Hoffnung ausdrücken, daß die russische Revolution den Frieden fördern werde. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien sprachen sich gegen den Antrag aus, weil sie darin ein Uweichen von der strengen Neutralitätslinie der Schweiz und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates erblickten.

Anerkennung der russischen Revolution durch Japan.

Tokio, 30. März. Japan hat die provisorische Regierung in Rußland anerkannt.

Tschechen und Slowaken im russischen Heere.

Im russischen Heeresbericht vom 30. März heißt es: In der Nacht vom 26. zum 27. März sprengten wir östlich von Orzegang eine große Mine. Nach der Explosion machten Russen unter dem Befehl des Leutnants Jankowski sowie Tschechen und Slowaken unter dem Befehl des Leutnants Redis einen Einbruch in die feindlichen Gräben.

Da in Rußland weder Tschechen noch Slowaken wohnen, so kann es sich nur um österreichische Interlokanten (ehemalige Kriegsgefangene) handeln. — Damit vergleiche man die russische Entzückung über die Bildung einer polnischen Armee durch die Zentralmächte.

Devorischer Generalstreik in Spanien.

Madrid, 30. März. (Habasmeldung.) Im Ministerrat unterbreitete Ministerpräsident Graf Romanones dem König die Beschlüsse der Arbeiterabteilungen und die Maßnahmen der Regierung. Eine Versammlung von Arbeitervertretern habe den Generalstreik beschlossen, um, wie das Manifest besagt, die leitenden Klassen zu zwingen, grundlegende Änderungen im gegenwärtigen System vorzunehmen. Die Regierung werde weiter die notwendigen Maßnahmen gegen die Lebensmittelpreiserhöhung und die Arbeitslosigkeit ergreifen, die Aufrechterhaltung der Ordnung sichern und keine Vorbereitung zu einem Generalstreik dulden.

Die Güter der Zarenfamilie Nationaleigentum.

Petersburg, 30. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung beschloß bis zur Entscheidung der Spionageunterfrage durch die konstituierende Versammlung, alle derartigen Güter als Nationaleigentum zu erklären, deren Einkünfte der Staatskasse zufließen.

Hundert Standardschiffe im Bau.

Amsterdam, 30. März. Die englischen Verleisungen vom 25. und 24. März enthalten die Namen von 101 Offizieren und 2077 Mann.

Im Unterhaus ist seitens der Regierung mitgeteilt worden, daß 50 Standardschiffe (Einheitsstyp) für die englische Handelsflotte im Bau seien; es werde geplant im ganzen hundert zu bauen, aber man könne noch nicht sagen, wann sie fertig sein werden. Der Rumpf sei noch nicht fertig.

Graf Nitzsch auf Gefängnis verurteilt.

Außerdem 426 430 Carl Gedstrafe.

Wien, 30. März. In dem Prozeß gegen den Grafen Janus Nitzschski erkannte die Strafammer des hiesigen Landgerichts nach sechsständiger Beratung: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Verkehr mit Gerste aus der Ernte 1918 sowie wegen Vergehens gegen das Gesetz über übermäßiger Preisheigerung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; davon wurden drei Monate drei Wochen auf die Untersuchungshaft anzurechnen. Außerdem erkannte das Gericht auf 426 430 Carl Gedstrafe.

Verhaftungen wegen Fischwunders.

Wegen Wunders mit Südwasserschiffen wurden gestern nachmittags von der hiesigen Kriminalpolizei der Fischhändler L. von hier, der Kaufmann J. aus Proßen in Oßpreußen und ein Kaufmannlehrling verhaftet. In Proßen und Umgegend wurde seit längerer Zeit beobachtet, daß J. große Mengen Fische aufkaufte und ausführte. Er hat mit dortigen Fischern Verträge abgeschlossen, die diesen höhere als die ortsüblichen Preise zusicherten. Deshalb erhielt er von ihnen, was er nur haben wollte. L. erwarb durch J. die Fische weit unter dem Preis, der hier den Fischern gezahlt wird. Trotzdem nahm er im Weiterverkauf die höchsten Preise, die hier nur erzielt werden. So ergaben sich in seinem Kleinhandel ausgeprochene Wucherpreise.

Gewerkschaftliches.

Textilarbeiter für die Landwirtschaft?

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes erläßt in Nr. 18 des „Textilarbeiter“ vom 30. März nachstehende Bekanntmachung:

„An unsere Ortsverwaltungen!

In den Zentralen der Textilindustrie sind jetzt zahlreiche Agenten der Landwirtschaft tätig, um Textilarbeiter und -arbeiterinnen, hauptsächlich Arbeiterinnen, für landwirtschaftliche Arbeiten anzuwerben. Der Verbandsvorstand hat an das Kriegsamt das Eruchen gerichtet, die Feinereizeit von dem Stadtmagistrat zu Augsburg für die Landwirtschaft zugunsten der Textilarbeiter festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzuschreiben. In mündlicher Aussprache hat der Vorstand durch Kollegen Jadel sich einverstanden erklärt, daß der Landwirtschaft die Annahme der gewünschten Bedingungen nicht vorgeschrieben, sondern empfohlen werde. Das Kriegsamt hat, dem Rufe des im Kriegsamt tätigen Grundbesitzers folgend, beides abgelehnt. Ob auch der Vertreter der Arbeiter im Kriegsamt, Genosse Schilde, hierzu gehört wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Das Kriegsamt empfiehlt Ausarbeitung von Arbeitsverträgen mit örtlichen Behörden von Fall zu Fall.

Der Vorstand teilt den Kollegen hierdurch mit, daß er es auf Grund zweijähriger Erfahrungen unter diesen Umständen ablehnen muß, für Überführung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen in die Landwirtschaft tätig zu sein, so sehr er auch hierzu bereit war und obwohl er bereits alle Vorbereitungen getroffen hat. Desgleichen werden es unsere Funktionäre ablehnen, den Kolleginnen und Kollegen Übernahme landwirtschaftlicher Arbeiten anzuraten.

Man kann den Schritt verstehen, den hier der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes tut; haben ihm doch die Erfahrungen gezeigt, daß Löhne und Arbeitszeit, Behandlung und Unterkunft der in die Landwirtschaft vermittelten Textilarbeiter vielerorts zu wünschen übrig gelassen haben.

Deutsches Reich.

Der Zimmererverband im Jahre 1916.

Mit 673 Zahlstellen und 18 932 Mitgliedern trat der Zimmererverband des Jahres 1916 an. Am Schlusse des Jahres zählte er in 633 Zahlstellen noch 17 609 Mitglieder. Die Abnahme an Zahlstellen beträgt somit 41, an Mitgliedern 1833. Seit Kriegsausbruch ist die Zahl der Zahlstellen um 187, die der Mitglieder um 45 574 zurückgegangen.

Trotz der stark verringerten Mitgliederzahl ist die Vermögenslage des Verbandes eine gute. Am Schlusse des Jahres 1916 hatte der Verband 5 080 536 M. Gesamtvermögen, davon 4 174 277 M. in der Hauptkasse, Ende 1915 betrug das Vermögen 4 958 981 M., davon in der Hauptkasse 4 143 492 M. Von 1914 auf 1915 hatte sich das Gesamtvermögen um 237 304 M. verringert; von 1915 auf 1916 erhöhte es sich um 121 605 M., es blieb somit hinter dem Stand von 1914 um 115 609 M. zurück. Für Unterhaltungen hat der Verband auch im Jahre 1916 recht bedeutende Aufwendungen gemacht. Der Hauptanteil entfällt auf Unterhaltung an die Familien der eingezogenen Mitglieder, nämlich 348 847 M., allein aus der Hauptkasse, ohne die Zuschüsse aus den Zahlstellen. Ingesamt zahlte der Zimmererverband an Unterhaltungen für die Familien seiner Mitglieder seit Ausbruch des Krieges bis Ende 1916 rund 1 100 000 M. Gering sind die Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung, die für 1916 33 908 M. betragen. Unter Arbeitslosigkeit hat übrigens der Verband im Jahre 1916 fast gar nicht zu leiden gehabt. Nach den regelmäßig zweimal monatlich gemachten Feststellungen erreichte die Arbeitslosigkeit ihren höchsten Stand im Februar mit 5,54 Proz. Am niedrigsten war sie Ende Oktober und Anfang November mit 0,31 Proz. Die Mitglieder des Verbandes waren vorwiegend an Kriegs- und Heeresbauten beschäftigt; denn die private Bauwirtschaft lag gänzlich darnieder. Für die Arbeiten an den erwähnten Bauten mußten, da sie nicht selten in Gegenden zur Ausführung gelangten, wo geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen fehlten, oder wo die bisher üblich gebliebenen Bedingungen sich als unzulänglich erwiesen, besondere Vereinbarungen getroffen werden, die durchweg über die im Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe vorgeschriebenen Bestimmungen, teils recht erhöht, hinausgehen. Die Unternehmer mögen solche Vereinbarungen nicht immer gern getroffen haben, doch sind sie in allen Fällen durch die Bauauftraggeber schablos gehalten worden. Auch die Unternehmerorganisationen haben versucht, für sich aus solchen Arbeiten Vorteile zu ziehen, indem sie dahin wirkten, daß die die Arbeiten ausführenden Firmen zur Hinterlegung einer Kaution bei ihrer Organisation genötigt wurden und außerdem für die vermittelten Arbeiter eine Entschädigung in bar zahlten.

Der Verlauf der Tarifbewegung im Baugewerbe im Jahre 1916 ist bekannt. Der Ende März abgeschlossene Reichsarbeitsvertrag wurde nach wiederholten Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsamts des Innern im Mai verlängert, nachdem Teuerungszulagen von 7—11½ Pf. für die Stunde zugelassen waren. Um seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, zu dem Verhandlungsergebnisse Stellung zu nehmen, hatte der Verband in allen Gauen Konferenzen veranstaltet, die den Vereinbarungen, teils allerdings widersprechend, ihre Zustimmung gaben. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit bis 31. März 1918, doch dürfte eine baldige Revision der Löhne in Rücksicht auf die steigende Tendenz der Preise für alle Bedarfsartikel unumgänglich sein. In nicht wenigen Zahlstellen des Verbandes sind den Unternehmern bereits dahingehende Wünsche unterbreitet worden, in den meisten jedoch sperren sich die Unternehmer gegen eine Gewährung höherer Zulagen, indem sie auf den Reichsarbeitsvertrag und die im Mai vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen berufen. Dabei unterliegt es gar keinem Zweifel, daß sich die Voraussetzungen, unter denen im vorigen Jahre das Abkommen getroffen wurde, vollkommen gewandelt haben. Wichtigen wird das auch von einem Teil der Unternehmer unumwunden anerkannt, davon zeugen die bereits erwähnten Vereinbarungen für die Arbeiten an Kriegs- und Heeresbauten.

Zur allgemeinen ist der Zimmererverband auch im Jahre 1916 allen Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten, Herr geworden. Die Verwaltungsgeschäfte in den Zahlstellen konnten vielfach mit Hilfe von Mitgliederfrauen in zufriedenstellender Weise erledigt werden. Nur das Verbands- und Versammlungsleben ließ zu wünschen übrig. Daran tragen indes vielfach die schwachen Mitgliedschaften Schuld und der Umstand, daß nicht selten fast alle Mitglieder außerhalb ihres Wohnorts arbeiten. Eine noch bessere Verbindung zwischen den Zahlstellen und ihnen zum Heeresdienst eingezogenen Mitgliedern wäre von großem Vorteil, sie würde dazu beitragen, daß bei Beendigung des Krieges die Rückmeldung der Mitglieder in der Organisation sich rasch vollzieht.

Berlin und Umgegend.

Tarifverhandlungen der Bauklemperer.

Nachdem die Bauklemperer ihren Tarif zum 1. April gekündigt hatten, kamen Verhandlungen wegen Erneuerung desselben zwischen den Vertretern beider Parteien zustande. Der alte Tarif hatte einen Mindestlohn von 81 Pf. festgesetzt, der aber durch Teuerungszulagen eine kleine Erhöhung erfahren hatte. Für das neue Tarifverhältnis forderten die Arbeiter eine Erhöhung des Lohnes bzw. der Teuerungszulagen, so daß im ganzen ein Verdienst von 1,50 M. für die Stunde erreicht werden sollte. Außerdem wurde eine Erhöhung der Landzulage von 8 auf 6 M. gefordert. Die letztgenannte Forderung lehnten die Vertreter der Unternehmer ab. Auch die Lohnforderung bezeichneten sie als zu hoch. Nach langen Verhandlungen in der Kommission machten die Unternehmer das Angebot: Sie seien bereit, den Tariflohn von 81 auf 85 Pf. zu erhöhen und 40 Prozent dieses Saltes als Teuerungszulage zu gewähren, so daß sich der Stundenlohn insgesamt auf 1,20 M. stellen würde. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, sie könnten sich mit diesem Angebot nicht einverstanden erklären, da die Forderungen ihrer Monatsgehälter das Mindeste darstelle, was unter den heutigen Verhältnissen verdient werden müsse. Damit endeten die Verhandlungen.

Die am Donnerstag abgehaltene Branchenversammlung der Klemperer nahm Stellung zu dieser Angelegenheit. Der Obmann Dietrich bemerkte, er könne das Angebot der Unternehmer den Kollegen nicht zur Annahme empfehlen und solle der Versammlung anheim, über die weiteren Schritte zu befinden. Ferner führte der Redner aus, daß zurzeit 30 bis 250 Klemperer im Bauhand arbeiten, von denen etwa zwei Drittel vom Heeresdienste freigestellt sind. Diese bekommen meistens sehr geringe Löhne, 81—90 Pf. In vielen Fällen wird den Reklamierten nur der Mindestlohn ohne Teuerungszulage gezahlt.

In der Diskussion wurde das Angebot der Unternehmer von allen Rednern als unannehmbar bezeichnet und betont, daß die meisten Klemperer, soweit sie nicht als Reklamierter in der Bewegungsfreiheit gehindert fühlen, schon jetzt einen höheren Lohn als 1,20 M. haben. Unter diesen Umständen würden die Arbeiter kein Interesse an der Erneuerung des Vertrages haben, aber die Rücksicht auf die Reklamierten, die ohne Vertrag der Militärverwaltung schuldlos gegenüberstehen würden, lasse den Wunsch eines neuen Vertrages mit angemessener Lohnerhöhung wünschenswert erscheinen.

Die Versammlung lehnte das Angebot der Unternehmer einstimmig ab und beschloß, sich an das Einigungsamt des Heeresbezirks zu wenden, wo die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifs fortgesetzt werden sollen.

Aus der Partei.

Die reklamierte Opposition.

Zu den Schmugzwecken, mit denen Arbeitsgemeinschaft und Spartaallogruppe die Partei bekämpfen, gehört unter anderem auch die immer wiederkehrende Verleumdung, daß ihre Führer sich systematisch vom Heeresdienst würden. Natürlich fehlen auch häßliche Andeutungen der Art nicht, daß die Reklamierungen von Parteiredakteuren und Gewerkschaftsangehörigen sich auf die guten Beziehungen der „Regierungssozialisten“ zur Regierung gründeten, und daß die Bewilligung solcher Reklamierungen durch die Regierung eine Belohnung für politisches Wohlverhalten des Betroffenen sei.

Diese Kampfweise rückt in ein sehr merkwürdiges Licht, wenn man jetzt aus der „Leipziger Volkszeitung“ erfährt, daß dieses Hauptorgan der Opposition seine eigenen Redakteure systematisch und — mit gutem Erfolg vom Heeresdienst reklamiert hat. Das prinzipielle Oppositionsorgan wendet sich nämlich gegen den auf einer Zwischzeit Versammlung erhobenen Vorwurf, daß die „Leipziger Volkszeitung“ den Redakteur ihres Waidenbaler Kopfsblattes wegen seiner Haltung zur Wehrzeit nicht gleich ihren anderen Redakteuren habe reklamiert wollen. Das weist die Leipzigerin entrisst zurück und plaudert dabei folgende Geheimnisse aus der Schule:

Genosse Bohrt ist von der Geschäftsleitung und der Redaktion in der zweiten Hälfte des Jahres 1916, als die Einziehung der älteren Redakteure in erste Reihe trafe, genau in derselben Weise wie die anderen Kollegen reklamiert und, wie diese, mehrmals weiter zurückgestellt worden. Bis der Zeitpunkt kam, wo er, ebenso wie die betreffenden Kollegen von der Leipziger Volkszeitung, von der Militärbehörde auf die besondere Liste derer gesetzt wurde, deren weitere Zurückstellung abgelehnt wird. Erst dann ist die weitere Reklamation als vollkommen ausichtslos aufgegeben worden, genau so wie die der betreffenden Kollegen von der „Leipziger Volkszeitung“, von denen Genosse Müller jetzt schon mehrere Wochen eingezogen ist, während Genosse Herze jeden Tag mit seiner Einberufung rechnen muß.

Nach der heuchlerischen Entrüstungspose, welche die Dittmann und Genossen im Reichstag gegenüber reklamierten Wehrheitsanhängern eingenommen haben, macht sich diese unfreiwillige Entfaltung doppelt gut. Die Geführten der Arbeitsgemeinschaft und Spartaallogruppe werden jedenfalls mit einigem Erstaunen vernehmen, daß ihre Führer, die den Kampf gegen die Regierung bis aufs Messer predigen, selber die Befreiung vom Heeresdienst mit Wonne als ein Gnadengeschenk jener Regierung annehmen, als deren „Todsünde“ sie sich vor den Kulissen aufspielen.

Material zur Parteipolitik.

Der Parteivorstand hat unter den Titeln „Frieden, Brot und gleiches Recht!“ und „Sozialdemokratie und Kriegssteuern 1917“ die Reichstagsreden Scheidemanns zum Etat und Reiz zu den Steuergeboten als Broschüren herausgegeben. Zur Beurteilung der Parteipolitik sind beide Broschüren recht wertvoll. Die Parteipolitik können sie zum Selbstkostenpreis vom Parteivorstand beziehen.

Soziales.

Verzögerte Schweigepflicht und Geschlechtskrankheiten.

An der Reichstagsdebatte vom 27. März stand eine Anfrage, die von Reichstagsabgeordneten förmlicher Parteien gestellt war, auf der Tagesordnung. Es wurde darin um Auskunft ersucht, ob der Reichstangler bereit sei, gemäß § 115 der Reichsversicherungsordnung auf die Heeres- und Marineverwaltung dahin einzuwirken, daß auf an sie erkrankende Eranken der Vorstände der Landesversicherungsanstalten Versichert, die während ihrer Dienstzeit geschlechtskrank erkrankt waren, ohne deren besondere Befragung, den bezeichneten Versicherungsträgern zwecks weiterer Fürsorge von ihr namhaft gemacht werden.

Befragt wurde weiter, ob der Reichstangler anerkenne, daß Mitteilungen über den Gesundheitszustand von Personen durch Behörden und durch Ärzte an die Träger der Sozialversicherung und an die von den Landesversicherungsanstalten eingerichteten Beratungsstellen, wenn diese Mitteilungen im Interesse der Gesundheit dieser Personen erfolgen, nicht als unbefugt erachtet werden können und daher von der Strafbestimmung des § 300 des Strafgesetzbuches nicht betroffen werden.

Für die Stellung der Anfrage waren folgende Gründe maßgebend:

Mit der Einziehung so vieler Männer im besten Lebensalter zum Heeresdienst ist die Zahl der im Heere beobachteten Geschlechtskrankheiten naturgemäß, jedenfalls absolut eine größere geworden. Zwischen der Heeresverwaltung und den Trägern der Invalidenversicherung ist nun eine Verständigung dahin erzielt worden, daß die Erkrankten der zuständigen Invalidenversicherungsanstalt zur eventuellen weiteren Fürsorge gemeldet werden, wenn der Erkrankte die Zustimmung dazu gibt. Die Landesversicherungsanstalten sind zu einer dauernden Beobachtung der Erkrankten und zur Fürsorgemaßnahmen für dieselben bereit. Dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, ist es gelungen, eine ganz großzügige Organisation dieser Fürsorgemaßnahmen in die Wege zu leiten. Diese Maßnahmen, die eine derartige Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege darstellen, daß sie nur verglichen werden können mit der Tuberkulosebekämpfung, drohen jedoch im Grunde zu verlaufen, weil die Einsicht bei den Erkrankten leider derzeit gering ist, daß nur ein kleiner Teil die Zustimmung zur Benennung ihrer Person bei der Landesversicherungsanstalt gebe. Trotz aller Vorhaltung der Militärärzte können sie sich nicht überwinden, ihre Zustimmung zu geben. Ohne ihre Zustimmung meint die Heeresverwaltung die Benennung der Erkrankten nicht erfolgen lassen zu können. Sie will ihre Rechte nicht der Gefahr aussetzen, nach § 300 des Strafgesetzbuches verfolgt zu werden. Nach dieser gesetzlichen Bestimmung wird ein Arzt mit Strafe bedroht, der unbefugt Privatgeheimnisse offenbart, die ihm kraft seines Amtes, Standes oder Gewerbes anvertraut sind.

Die Antwort des Regierungsbekretärs war leider mehr ausweichend als bestimmt. Er schob die Entscheidung darüber, ob die Mitteilungen an die Versicherungsstellen von den zuständigen militärischen Stellen gemacht werden sollen, ausschließlich der Heeres- oder Marineverwaltung zu. Er begründete dies damit, daß nicht nur Gesichtspunkte der Hygiene, sondern auch allgemeine militärische Interessen in Betracht kämen. Er stellte allerdings in Aussicht, daß diese Verhandlungen, ohne daß es einer besonderen Einwirkung des Reichstangles bedürfte, ihre Entscheidung unter Abwägung der in Betracht kommenden Gesichtspunkte treffen würden, zumal für sie der § 300 des Strafgesetzbuches nicht gelte. Mitteilungen von Ärzten fielen unter diese Strafvorschrift nur, wenn sie unbefugt seien. Ob höhere sittliche Pflichten die Preisgabe des Berufsgeheimnisses begründen könnten, das zu entscheiden sei letzten Endes Sache der Gerichte. Mitteilungen, die von Hausärzten über die Erkrankungen von Kassenmitgliedern an die Träger der Sozialversicherung und von diesen an die von den Landesversicherungsanstalten eingerichteten Beratungsstellen im Interesse der Gesundheit der Mitglieder gemacht würden, würden nicht als unbefugt angesehen werden können, vorausgesetzt, daß die Beratungsstellen organismisch in die Landesversicherungsanstalten eingegliedert und damit der Schweigepflicht des § 141 der Reichsversicherungsordnung unterworfen seien.

Wir sind der Meinung, daß das, was im Interesse der Volksgesundheit liegt, was namenloses Elend zu mindern geeignet ist, nicht unbefugt sein kann. Zudem auch kann man in all jenen Fällen, in denen die Kranken, wie es doch in den Militärärzten geschieht, zu Tausenden gemeinsam behandelt werden, nicht mehr von einem Privatgeheimnis sprechen. Da trotzdem Bedenken bestehen, wie das durch die Verantwortung der Anfrage offenbar geworden ist, muß eine Bestimmung vorgehen werden, daß die Mitteilung der geschehenen Erkrankung an die Landesversicherungsanstalt nicht als unbefugt im Sinne des § 300 des Strafgesetzbuches gilt.

Die gerechtfertigten Interessen der Erkrankten sind durch die Vorschrift des § 141 der Reichsversicherungsordnung genügend gewahrt. Mit der gleichen Strafe, wie sie der § 300 des Strafgesetzbuchs vorsieht, bedroht § 141 der Reichsversicherungsordnung die Mitglieder und Angestellten eines Versicherungsträgers, wenn sie unbefugt offenbaren, was ihnen in amtlicher Eigenschaft über Krankheiten oder Gebrechen Versicherten oder ihre Ursachen bekannt geworden ist.

Die Nacharbeit der Arbeiterinnen

behandelt ein Erlass des Reichsamts des Innern, den der preussische Handelsminister jetzt den Regierungspäsidenten und dem Berliner Polizeipräsidenten zur Beachtung übermittelt. Die Genehmigung, Arbeiterinnen während der Nacht zu beschäftigen, soll in der Regel nur noch unter der Bedingung erteilt werden, daß sie in achtstündigen Schichten arbeiten. Das ist verschiedentlich bereits mit Erfolg geschehen. Die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, daß in demselben Betriebe die Männer in zwölfstündigen Schichten arbeiten, lassen sich bei gutem Willen überwinden. Für die Gewährung von Ausnahmen von den achtstündigen Nachtschichten für Arbeiterinnen gibt das Reichsamt des Innern den Bundesregierungen Richtlinien an die Hand. Solche Ausnahmen sollen von den höheren Verwaltungsbehörden wie bisher nur von Fall zu Fall bewilligt werden.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhofer; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Schels, Redaktions; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Cigaretten, Cigaretten, Kautabake
F. Ernst Bernh. Klassestr. 21.
Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
Kant. Messing- u. Eisenwerk-Kell.
C. 23 Bernh. 24, Fernsp. Kgl. 12706
Wass. Analisa
Kouk Sita
Anzengruberstr. 25.
Central-Bad
Koppstr. 32.
Diana-Bad
Kottbusser-
str. 10.
Passage-Bad
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
— n. d. r. — Konditoreien —
Oskar Hanke's Brotbäck.
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neubabeln u. Treptow
gegründet 1892.
F. Kiewewetter, Schilowstr. 14.
G. Kleiser, Grünbergstr. 37.

Ercheint 2 mal wöchentlich.
Otto Wolff, Troptow, Kröllstr. 14
Leban, Gr.-Lichtstr. 10.
Handlung, Gummi.
R. Bock, Stralauer Str. 14.
E. Kraus, Kottbusserstr. 34.
A. L. Lange, Brunnenstr. 164.
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte.
Schröter, R.
43 Detailgeschäfte
Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.
August Holtz 14 Detail-Geschäfte.
Brauerei Bötzw
Qualitätsbiere
C. Habels Brauerei
berl. — Habelstr. — denhd.
Mönchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Palmbodenstr. 7. Tel. 1091, 1093.
Drogen und Farben
Werner-Drogerie, Brin-Kolowrat 14
Esmerfabriken
Taigler-Essig
Gebrauchserhältlich!
Pilsch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Norm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gerbach, Peterburgerstr. 21
Otto Kogel, Alte Jacobstr. 24.
Kerren- u. Knabengard.
Rüdigerstr. 24, Ecke
Prinzess-Allee.
J. Baer
Leske & Sipeck, Schell-Allee 7.
Rosenhaldenstr. 2.
Fabrich & Co. Eckhaus Luisenstr.
Kolonialwaren
Adam Schmidt, Köpenickerstr. 11.
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 11.
Kühnmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seese.
Mehlhandlungen
Kottbusser-
str. 44.
Herkules, Hohenstr. 21, Kaiser-Friedr.
Str. 44, Weerstr. 139, Friedländer 23.
Troptow, Grün-Str. 44.
Gaeger, Otto Charlotten-
burg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75
Ecke Overystr.
Nähmaschinen
Bellmann, E. Gollnowstr. 28
Nähmaschinen.
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Unternehmende Geschäfte
empfehlen sich b. Elsk. u. f.
Milch, Mägen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbusser-
str. 119.
Kurt, Weis, Wolff, Trikotage
Hermann Meyer, Kottbusserstr. 11.
Photogr. Apparate
H. Albrecht, Kottbusserstr. 3.
auch Gelegenheitskaf.
Werne, L. & Co., Fruchtkäse
Kugo Soling
40 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21, Alt Moabit
Akteur und gründer
Milchwirtschaftlicher
— Grossbetrieb —
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl. Noll, Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Altes Rathaus, 43
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Altes Rathaus, Altes
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schütz-
Sturkhanstr. 10, Berlin, Straße 1.
Spenden
Schützstr. 10, Berlin, 15. Juli, 1916.

Aus Groß-Berlin.

Das Ende der Hamsterfahrten.

Leute, die Zeit, Geld und Beziehungen hatten, vermochten früher zum Schaden der anderen, die tagsüber arbeiten mußten, aufs Land hinauszufahren, um mit ehedem Schönen mehr oder weniger reich beladen heimzukehren. Der über vom Lande stammendes Dienstpersonal verfügen konnte, schickte dies mit einer angenehmen Geldsumme und einem nicht zu kleinen Schließschloß hinaus, um zu kaufen, was zu erlangen war. Die behändlich festgelegten Höchstpreise für Lebensmittel wurden bei dieser Art Einfäufe von beiden Seiten zumeist als Luft behandelt. Nicht gering war auch die sonntägliche Fahrt minderbemittelter Leute, die es indes mehr auf Karosfelle abgesehen hatten. Insbesondere diesen letzteren soll hier kein Vorwurf gemacht werden. Da die Versorgung versagte, suchte sich jeder eben selber zu helfen. Die Schuld lag an denen, die zu spät mit der Organisation eingegriffen oder es sonst an Energie hatten fehlen lassen.

Mit dem heutigen Tage sind diese Fahrten zwecklos geworden: Der Oberbefehlshaber in den Marken hat für den Bereich der Provinz Brandenburg folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

§ 1. Lebensmittel, die der öffentlichen Bewirtung unterliegen, insbesondere Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Speck, Milch, Butter und Eier, darf außerhalb seines Wohnorts nur derjenige vom Erzeuger fordern oder erwerben, der von dem für den Erzeugungsort zuständigen Landrat (in Stadtkreisen dem Magistrat) hierzu schriftlich zugelassen ist.

Der Erzeuger darf die bezeichneten Lebensmittel an nichtortsangehörige Personen nur gegen Vorlegung der nach Absatz 1 erforderlichen schriftlichen Zulassung abgeben.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 beziehen sich nicht auf den Erwerb und die Abgabe von Lebensmitteln ohne Entgelt oder in einer gewerblichen Verkaufsstelle oder zum sofortigen Verzehr.

§ 3. Die zur Durchführung der öffentlichen Bewirtung der Lebensmittel von den zuständigen Behörden erlassenen Vorschriften werden durch die §§ 1 und 2 nicht berührt.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des § 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 5. Lebensmittel, die entgegen dem Verbot des § 1 erworben sind, unterliegen der Beschlagnahme durch die Polizeibehörde.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. April 1917 in Kraft.

Diese Verordnung läßt also zu, daß die Landbewohner ihren Verwandten und Freunden Lebensmittel schenken; sie dürfen aber auch an jedermann verschenken. Hier scheint uns die Möglichkeit zu einem nicht abzusehenden Mißbrauch zu liegen: Wer kann überreden, wie dieses „Schenken“ vor sich geht? Wer verhindert, daß zahlungsunfähige Leute in der Form des „Gegengeschenks“ dennoch kaufen? Wir fürchten, daß auf diese Weise lediglich die „Hamsterfahrten“ der Kleinen, die noch am ehesten ihre Verachtung hatten, unterbunden werden.

Steuererleichterungen für geringe Einkommen.

Der preussische Finanzminister hat an die Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungskommissionen eine Verfügung gerichtet, worin eine möglichst weitgehende Anwendung des nach dem Einkommensteuergesetz zulässigen Vereinfachungen bei der zur Kriegszeit erfolgenden Veranlagung Steuerpflichtiger mit geringem Einkommen befristet wird. Es heißt darin:

„Daß die infolge des Kriegszustandes zurzeit herrschende Teuerung von den Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen besonders schwer empfunden wird, liegt auf der Hand. Wenn gleichwohl auch bei diesen Schichtigen von den allgemein gültigen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes bei der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht abgewichen werden darf, so müssen doch auf der andern Seite die geleglich zulässigen Abzüge vom steuerpflichtigen Einkommen in hohem Umfange und ohne Kleinliche Handhabung anerkannt und berücksichtigt werden. Dies gilt beispielsweise auch von dem Abzuge der Ausgaben von Verpflegung, von Verleihen, Rohmaterialien, Arbeitsleistung usw., welche Arbeiter aus dem ihnen zustehenden Lohne zu befreien haben. Auch diese Ausgaben sind vielfach infolge der Preissteigerung der meisten Gegenstände gegen früher nicht unerheblich gemindert. Inwieweit daher einzelne Veranlagungskommissionen sich früher über gewisse Nachschläge, die zu deren Gunsten solche Abzüge ohne näheren Nachweis zugelassen sind, schlichtig gemacht haben, werden ihre Beschlüsse einer Nachprüfung bedürfen, bei welcher der eingetretene Erhöhung dieser Ausgaben in entgegenkommender Weise Rechnung zu tragen sein wird. Besonders sichtbar wird die herrschende Teuerung natürlich für Haushaltungsvorstände geringeren Einkommens, die zahlreiche Kinder zu unterhalten haben. Hier wird zu erwägen sein, ob nicht im einzelnen Falle die Belastung des Steuerpflichtigen so groß ist, daß sich neben der Berücksichtigung der Kinder gemäß § 19 des Einkommensteuergesetzes noch eine weitere steuerliche Entlastung nach § 20 rechtfertigt. Wenn auch diese doppelte Berücksichtigung der Kinderunterhaltung nach Artikel 30 III der Ausführungsanweisung gemeinsam nur in seltenen Ausnahmefällen Platz greifen soll, so ist sie doch geleglich nicht ausgeschlossen, und die besonderen Verhältnisse der jetzigen kriegsbedingten Zeit lassen eine möglichst weitgehende Anwendung der geleglich zulässigen Vereinfachungen wohl begründet erscheinen.“

Zum Schluß betont Finanzminister Lenke, daß bei Besteuerung seltener Steuern jetzt mehr als je mit Mühe und Entgegenkommen erledigt werden muß und daß insbesondere auch überall da von der Ermächtigung zur Einbindung Gebrauch zu machen ist, wo die Verhältnisse der Pflichtigen es irgend notwendig erscheinen lassen.

Die Hochbahngesellschaft

berichtet ihren Vorstandsbericht über das Jahr 1916, das 30. Geschäftsjahr. Wir entnehmen daraus: Der Verkehr wies im Berichtsjahre eine weitere Zunahme auf, so daß gegen Ende des Jahres die Verkehrsziffer der Friedenszeit annähernd wieder erreicht war. Ein Hauptgrund für diese Steigerung liegt in der fortschreitenden Einschränkung des Omnibus- und Straßenbetriebs sein, die den Übergang eines Teiles der Fahrgäste zur Hochbahn zur Folge hatte. Seit der Umwidmung des Verkehrs bestanden namentlich wegen des Mangels an geschultem Betriebspersonal und Werkstättenpersonal, Schwierigkeiten. Inzwischen sind mit Unterstützung des Reichsamts Schritte getan worden, um durch allmähliche Vermehrung des Wagenparks die Ueberfüllung der Sitze nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Zahl der Fahrkäse auf den Eigentumslinien der Gesellschaft betrug 78,7 Millionen gegen 69,3 Millionen im Vorjahr. Die Verkehrseinnahme lag bei 9 086 197 M., auf 10 860 671 M., oder um 1 774 474 M. gegen das Vorjahr. Jedoch ist infolge der Konkurrenz des Betriebes der Reinertrag wiederum zurückgegangen. Die Streckenlänge betrug Ende 1916 27,4 Kilometer. Die Durchschnittseinnahme auf einem Fahrkäse betrug 13,16 Pf. Der größte Tagesverkehr fiel auf Sonntag, den 28. Dezember, mit 296 938 Fahrgästen und 39 218 M. Einnahme, der geringste auf Sonntag, den 30. Juli, mit 146 891 Fahrgästen und 21 007 M. Einnahme. Im Durchschnitt stellte sich der Tagesverkehr auf 215 028 Fahrgäste bei

28 808 M. Einnahme. Im Berichtsjahr wurden 8 434 719 Jungkilometer mit Kägen bis zu 6 Wagen gefahren. Der Wagenpark besteht wie Ende des Vorjahres aus 400 Wagen, und zwar aus 226 Rotowagen und 174 Weimagen. Am Schlusse des Berichtsjahres waren im Betriebe 2060 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, darunter etwa 880 Frauen. Die Bauarbeiten für die Ergänzungslinie vom Gleisdreieck nach dem Kollndorffplatz und Wittenbergplatz sind in dem Umfange weitergefördert, wie es die einschränkende Bestimmungen der Aufsichtsbefehle zulassen. In dem Häuserviertel zwischen Steglitzer Straße und Kurfürstendamm wurden einzelne Hausunterkellern ausgeführt. Nach dem Vorschlag des Vorstandes sollen aus dem bilanzmäßigen Reingehalt von 2 487 125 M. 108 554 M. dem geleglichen Reservefonds überwiesen und 305 571 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Auf 10 Millionen Mark Vorkaufaktien sollen 5 Proz. auf 52 500 000 M. eingezahltes Stammkapital 3 Proz. Dividende gezahlt werden.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf den Abschnitt Nr. 54 entfallen 200 Gramm Mehl und auf Abschnitt Nr. 55 200 Gramm Graupen oder Grütze. Die Abchnitte sind am 31. März, 1. und 2. April in den durch besondere Verkaufsblätter gekennzeichneten Kleinhandelsgebietsstellen gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigungen abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

In der Osterwoche entfallen auf Abschnitt 17 der Eierkarte zwei Eier.

Infolge nachträglicher Genehmigung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts erfolgt der Verkauf der städtischen Hühner ebenso wie der von Kantinen fleischmarktfrei.

Behandlung der Magermilch im Haushalt. Im Haushalt soll die Magermilch alsbald abgekocht werden; zweckmäßig werden hierzu die mit Vorkehrungen gegen das Ueberwallen versehenen sogenannten Milchschöpfe verwendet. Nach dem Kochen ist die Milch sofort abzufüllen und zur Verflüssigung des Jutritins neuer Seime möglichst in demselben Gefäß, das zum Aufkochen dient und einen übergreifenden Deckel haben soll, kühl aufzubewahren. Ist Magermilch infolge zu langer Lagerung oder unsachgemäßer Behandlung und Aufbewahrung fadenziehend oder schleimig geworden oder zeigt sie sonst eine abweichende Beschaffenheit, insbesondere einen fremdartigen Geruch oder Geschmack, so ist sie vom Genuß auszuscheiden. Sauer gewordene Magermilch von reinem Geruch und Geschmack kann wie saure Vollmilch verwendet werden. Zur Ernährung von Säuglingen darf Magermilch auf keinen Fall verwendet werden.

„Baut Gemüse und Kartoffeln! Rein flecken Erde darf ungenutzt bleiben.“ heißt es in einem Aufruf, den der Magistrat an die Berliner Bevölkerung richtet. Zum Anbau werden in erster Linie empfohlen Kartoffeln jeder Sorte, ferner sämtliche Kohlrarten, Spinat, Erbsen, Bohnen, Mohrrüben, Rindenschoten, Salat usw. Eine praktische und verständliche Anleitung gibt ein von der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft herausgegebenes Merkblatt, das beim Magistrat, Abteilung für Obst- und Gemüseverwertung, Neue Friedrichstraße 71, kostenlos erhältlich ist. Auch werden dort Anweisungen zum Ankauf von Samen in kleinen Mengen, soweit der beschränkte Vorrat reicht, abgegeben.

Lebensmitteldiebstähle auf der Eisenbahn. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Anknüpfend auf dem kurzen Wege vom Bahnhof Krummholtz bis zum Vertriebsbahnhof Panlow ist ein für die Lebensmittelabteilung der Gemeinde Berlin-Pankow bestimmter Eisenbahnwagen mit Fleischwaren erbrochen worden. Ein Teil der Ware ist gestohlen. Die Höhe des Schadens liegt noch nicht fest. Da bereits früher Lebensmitteldiebstähle auf der Eisenbahn festgestellt worden waren, nahm die Pankower Polizei bei verschiedenen Eisenbahnarbeitern eine Hausdurchsuchung vor, die zahlreiche Lebensmittel, Konterben und Getränke zutage förderte. Diese stammen wahrscheinlich aus anderen Diebstählen her und treffen nicht die Gemeinde Pankow.

Die Berliner Jugendspartasse.

Der Sparzwang für Jugendliche hat bei der Berliner Spartasse zu einer beträchtlichen Minderung der Sparbücher geführt. Die Jugendspartasse, die im Hause Linstr. 7/8 eingerichtet wurde, schloß das Jahr 1916 mit einem Bestand von 43 911 Sparbüchern ab. Das Guthaben aller jugendlichen Sparer stieg bis Ende 1916 auf den Betrag von 1 897 462 M., bei dessen gleichmäßiger Verteilung auf alle Sparer sich für das Buch ein Guthabendurchschnitt von nur 41,62 Mark ergäbe. Für den Gesamtbetrieb der Berliner Spartasse sollen die Jugendlichen mit ihren Guthaben sehr wenig ins Gewicht merklieher aber mit ihren Sparbüchern. Nach dem Bestand von Ende 1916 war die Jugendspartasse beteiligt an überhaup 868 845 Sparbuchbüchern mit etwas mehr als einem Zwanzigstel (genauer: 5,7 Proz.), dagegen an überhaup 387 Mill. Mark Guthaben mit noch nicht einem Zwanzigstel (genauer: 0,46 Proz.).

Arbeiter-Samariter-Bund.

Es wird uns geschrieben: Bei dem jetzigen Mangel an Ärzten und ausgebildeten Samaritern ist es dringend zu wünschen, daß jeder in der Lage sei, bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen sofort mit Hand anlegen zu können. Es vergehen jetzt kostbare Minuten und Viertelstunden, ehe Hilfe in solchen Fällen herbeigeholt werden kann. Vergessen wir nicht: helfe ich heute einem anderen in der Werkstatt, so hilft er mir morgen. Es verzeihe mir, wenn ich widerfährt und selbst ein Unfall, so erwarten wir schließlich die Hilfe; also wollen wir Hilfe auch unseren Angehörigen, Arbeitsgenossen usw. bringen. Viele haben das bei uns Erlernte als Sanitäter verwenden können, und so mancher der Unfertigen im Felde hat den Kameraden Geduld und Leben retten können. Wir in der Heimat müssen jetzt viel mehr als früher noch helfen, und so mancher steht jetzt an Arbeitsmaschinen, denen er früher, bei Unfallgefahr wegen, nicht nahe zu treten wagte. Deshalb bildet auch aus in der ersten Hilfe bei Unfällen, um die oft so kostbaren Minuten auszunutzen und den Hilfsbedürftigen beizustehen zu können.

Der Kurier mit praktischen Übungen findet für jede, ob männliche oder weibliche Person abends statt und beginnt am 2. April, 8 1/2 Uhr, bei Giesels, Ränderstraße 82, an der Wilschestr. 1. Jede Person hat einmaligen freien Zutritt. Anmeldungen auch beim Vorsitzenden Gustav Dietrich, Berlin NW 23, Klappstr. 25, Postamt part., und in den Vortragabend.

Der Zeitungsbetrieb Kurzeit und Ostern. Das Oberkommando in den Marken ordnet an: 1. Am Karfreitag und am Ostermontag dürfen Frühbündelungen stattfinden; alle anderen Ausgaben sind verboten. 2. In den Nächten vom Karfreitag zum folgenden Sonntagabend sowie vom Ostermontag zum folgenden Dienstag darf der Betrieb in den Druckereien nicht vor 2 Uhr abends, die Verlegung der Zeitungen nicht vor Mitternacht, ihre Verteilung nicht vor dem anderen Morgen erfolgen.

Der Fremdenverkehr in Berlin hat im Jahre 1916 eine Zunahme gegenüber dem vorhergehenden Jahre gehabt. Die Meldungen über gewerbemäßige Heberbergung von Fremden (in Wäskhöfen, Pensionaten usw.) ergaben diesmal rund 1 285 000 Heberberge. Da im vorhergehenden Jahre knapp 1 075 000 Heberberge gemeldet wurden, so hat 1916 ein Mehr von reichlich 210 000 gebracht. Nicht mitgezählt sind diejenigen Fremden, die Unterkunft bei Verwandten oder Bekannten fanden. Mit dem Ergebnis von 1916 ist dasjenige des letzten Friedensjahres nahezu wieder erreicht: 1913 wurden 1 480 000 Fremde in Berlin gezählt.

Keine Prüfungsgebühren für Kriegsinvaliden. Die Prüfungsgebühren werden Kriegsinvaliden an den Fachschulen erlassen, die dem Handelsminister unterstellt sind. Voraussetzung ist zweifelsfreie Würdigkeit und Bedürftigkeit. Wenn bei den gegenwärtigen Prüfungsgebühren die Gebühren schon entrichtet sind, so können sie wieder erlassen werden, sofern die nötigen Voraussetzungen getroffen sind.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin beschäftigt 2000 Kinder von invaliden Männern und Frauen, die in Berlin wohnhaft sind, in diesem Jahr aufs Land zu schicken. Die vorbereitenden Schritte sind in die Wege geleitet.

Eine charaktervolle Beharrlichkeit, der nichts als ein anderes Ziel zu wünschen wäre, entfaltet die Steuerklasse am Luisenauer M. Einer Kriegermutter, deren beide Söhne seit 1914 im Felde stehen, sendet sie fast regelmäßig alle Vierteljahre die Steuerzettel für die zwei Hebrfrauen, und sie läßt sich in dieser arbeitsreichen Tätigkeit durch keinerlei Nichtigkeiten und Beschwern der Mutter irren machen. Dennoch scheint es, daß bei der Steuerklasse am Luisenauer M. noch immer ein erfreulicher Neberfluß an amüßlichen Arbeitstücken herrscht.

Der Botanische Garten ist vom 1. April ab wieder an allen Wochentagen von morgens 7 bis abends 7 Uhr geöffnet, die Gewächshäuser von 10 bis 12 und von 1 bis 6 Uhr. Am Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag ist der Garten bei freiem Eintritt von 2 bis 7 Uhr geöffnet. Das Botanische Museum ist von 11 bis 2 Uhr jeden Sonntag, jeden Mittwoch von 10 bis 5 Uhr geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener freien Zutritt. — Am Karfreitag und Ostermontag ist der Garten nachmittags von 2 bis 7 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet, am zweiten Feiertag bleibt er geschlossen.

Tödliche Sonnenfälle. In Ostend stürzte der Arbeiter Weich von einem Gerüst so unglücklich ab, daß er einen Schädelbruch erlitt und fast auf der Stelle starb. — Auf einem Neubau an der Krummholtzburger Chaussee wurde der Arbeiter Gejinski von einem abstürzenden Siederreißer erschlagen, ein anderer Arbeiter schwer verletzt.

„Regierungsdirektor Hans Thiene aus Hannover und Frau“ nannte sich ein Schwindlerpaar, das in einem hiesigen großen Hotel festgenommen wurde. Das Paar gab sich einen sehr vornehmen Anschein. Der Mann trug das Eisener Kreuz erster und zweiter Klasse und noch ein anderes Ordensband. Die Kriminalpolizei aber erkannte in ihm einen 32 Jahre alten aus Berlin gebürtigen Kaufmann und Schreiber Hermann Friedrich, der schon seit Jahren viele deutscher Städte als falscher Kassierer unglücklich machte. Unter verschiedenen Namen spielte er vor fünf Jahren in Dresden den Kassierer des Vaterländischen Frauenvereins. Dann sammelte er Mitgliedsbeiträge für den Verein Kinderhaus. In Kassel trat er als Schatzmeister von Hagen vom Vaterländischen Frauenverein auf usw. Bei seiner jetzigen Verhaftung fand man wieder eine Menge Cartons bei ihm. Der Schwindler gab sich jetzt als hiesiger Kassierer aus und lebte von dem Ertrage eines guten Tages. Die Ermittlungen ergaben, vor er erst am 7. Januar d. J. aus der Strafanstalt in Neudamm entlassen worden. Bei seiner Begleitung ist, muß noch festgestellt werden. Unter seinen Sachen fand man gedruckte Anzeigen, die die Verlobung des Ingenieurs Hans Friedrich in Heidelberg, a. H. Essen, mit einer Dame aus Essen bekanntgeben. Hiernach scheint Friedrich auch Heiratsschwindel betrieben zu haben.

Kurze Freude hatten drei Einbrecher, die in der Nacht zum Donnerstag in der Spandauer Straße für 12 000 M. Stoffe erbeuteten. Ein Hebrpauer, Bruno Wylask, hatte früher in dem Hause Nr. 18 dieser die Scheiben eines Geschäfts gereinigt. So konnte er mit den Käuflisten und den Einrichtungen vertraut werden. Mit zwei Freunden, namens Johann Niehmen und Paul Hehner umherlungern, erfuhr er, daß jetzt über dem Geschäft eine Wohnung leersteht. Unter Benutzung des Jahresbuchs beuteten die drei die Gelegenheit zu einem Einbruch aus und schafften mit einem Handwagen für 12 000 M. Stoffe nach der Wohnung Wylask an der Friedrichstraße. Beobachtungen anderer Leute, sowohl in der Spandauer Straße als auch an der Friedrichstraße führten die Kriminalpolizei bald auf ihre Spur. Beamte durchsuchten gestern die Wohnung Wylask und fanden die Stoffe unter den Betten versteckt. Während sie noch in der Wohnung waren, erschienen dort auch Niehmen und Hehner und wurden mit Wylask festgenommen. Sie wollten diesen gerade abholen, um einen Fehler für die Beute zu suchen.

Ein ungeheurer Postauswärtiger. Bei einem Paketpostamt im Zentrum der Stadt gingen Beschwerden ein, daß Pakete nicht an ihre Empfänger gelangten. Es wurde nachgewiesen, daß sie ordnungsmäßig aufgegeben worden waren. Dann aber verlor sich ihre Spur. Beobachtungen führten nun zu der Entdeckung, daß der 18jährige Kusthelfer Fritz Heukert vom Elisabethkaser die Pakete verschwinden ließ. Er überließ die Aufschriften mit Zetteln, die seine eigene Adresse enthielten. Entsprechende Paketkarten schob er an die Stellen der ursprünglichen unter. So gelangte er in den Besitz der Pakete, ohne daß er sie vom Amte heimlich mitzunehmen brauchte.

Aus den Gemeinden.

Verlegung von Vorwärts-Expeditionen.

Pankow. Die Expedition befindet sich von Sonntag ab in der Wälschenstr. 70 im Laden.

Baumhulenkweg. Die Expedition wird vom Sonntag ab nach der Kiehlholzstr. 179 verlegt.

Spandau. Vom Sonntag ab befindet sich die Expeditionsstelle in der Volkstr. 7 im Laden.

Erweiterte Niederschläge für Schöneberger Hausbesitzer. Der Schöneberger Stadtverordnetenrat hat dem ein Antrag auf Veränderung des Gemeindebeschlusses über die Gewährung von Niederschlagsversicherungen überwiesen worden war, hat mit großer Mehrheit folgenden Antrag angenommen: Auf Antrag eines Hausbesitzers, der nicht mehr als 8000 M. Einkommen versteuert und durch Vermögensverluste in seinem Erwerb um mindestens 5 Proz. beschränkt wird, soll die Niederschlagsversicherung von der Verpflichtung zur Gewährung eines Nachschlages nicht abhängig gemacht werden. Der Magistrat wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten um seine Zustimmung zu diesem Beschlusse ersucht werden.

Das neue Wasserwerk der Stadt Richtenberg, das im sogenannten Kaulsdorfer Busch in unmittelbarer Nähe der Röhrender Stadtgrenze entstehen soll, ist soweit vorbereitet, daß der Bauplan jetzt öffentlich zur Einsicht ausliegt. Wegen die geplante Anlage, die nun der Röhrender Magistrat Einpruch erhoben mit der Begründung, daß die Errichtung des Wasserwerkes eine erhebliche Senkung des Wasserpiegels und damit eine Schädigung des Baumbestandes der Dammböhe zur Folge haben würde.

Haushaltsberatung in Pankow. Die Gemeindevertretung setzte in ihrer letzten Sitzung den Vorschlag für 1917 fest. Derselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 14 013 257,90 M. Einen breiten Raum in der Generaldebatte nahm der Grobberliner Laikenausgleich in Anspruch. Stellvertretender Bürgermeister Stadtrat Staunig hob hervor, daß es zwar durch in der Kriegswirtschaft begründete Ursachen möglich gewesen sei, den Kommunalzuschlag auf dem vorjährigen Stande von 170 Proz.

zu erhalten, daß aber die Entwicklung der Gemeindefinanzen sich immer ungünstiger gestalten. Der Umfang der Erhaltung der kolonialen Kriegsausgaben schwebt noch im Ungefähren. Nach dem Kriege werde die Lage sich äußerst schwierig gestalten. Hier müsse ein Ausweg geschaffen werden. Als ein Mittel hierzu sei der Lastenausgleich zu betrachten. Die Regierung müsse hier endlich ein Entschließen haben. Bisher habe sie zwar stets etwas für den Westen übrig gelassen, nie aber für die östlichen und nördlichen Vorortgemeinden. Sollte es nicht zu einem wirksamen Lastenausgleich kommen, so bliebe als einziges Mittel die Eingemeindung nach Berlin, wiewohl nach den Erfahrungen früherer Eingemeindungen dieses Mittel durchaus nicht so wertvoll erweise, als gemeinlich angenommen werde. So wie jetzt könne es aber auf keinen Fall weiter gehen. — Auch Genosse Schmidt stellte sich auf den Standpunkt, daß ein wirksamer Lastenausgleich nicht nur geboten, sondern auch durchaus gerechtfertigt sei. Die Lasten würden geradezu auf den Kopf gestellt, wenn es so dargestellt werde, als ob gerade Berlin und die westlichen Vororte die Benachteiligten bei der Groß-Berliner Siedlungsentwicklung seien. Allerdings müßte darauf Bedacht genommen werden, daß bei einem Lastenausgleich nicht etwa die Selbstverwaltung unter die Räder läme. Unter allen Umständen aber sei einer großzügigen Eingemeindung der Vorzug zu geben, wobei sich die befürchteten Nachteile vermeiden lassen. Hinsichtlich sei eine baldige Fühlungsnahme von Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden über den einzuschlagenden gangbaren Weg, der sich bei gutem Willen auch werden finden lassen. — Auch von bürgerlicher Seite wurde ein Lastenausgleich lebhaft befürwortet, aber auch einer großzügigen Eingemeindung der Vorzug gegeben. — Von anderen Fragen, welche in der Generaldebatte zur Förderung gelangten, ist zu erwähnen, daß Genosse Schmidt verlangte, daß sich die Gemeinden gegen die vom Reich geplante Verkehrs- und die Kohlensteuer zur Wehr setzen. Ferner erwache aus den Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Kohlenversorgung für die Gemeinde die Pflicht, für den nächsten Winter entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Auch müßte die Gemeindeverwaltung befreit sein, die durch den Krieg bedingten Uebelstände im Schulwesen nach Möglichkeit zu mildern. — Von bürgerlicher Seite wurde auch die Verkehrsfrage erörtert und Förderung der Schnellbahnfrage verlangt. — Von einer Spezialdebatte wurde abgesehen und der Etat darauf einstimmig angenommen.

Schulimpfung in Pankow. Die Gemeindeverwaltung hat Sorge getragen, daß die Bürgerschaft sich einer Impfung gegen Pocken unterziehen kann. Die Impfung ist freiwillig, unentgeltlich und für jeden zugänglich. Diejenigen, die bisher an der Impfung verhindert waren, können sich am Sonntag im Lokal von Ebersbach, Berliner Str. 102, von 9—11 Uhr, sowie in den Lokalen von Linder, Breitestr. 34, und Kozhdt, Kreuzstr. 3/4, von 10—12 Uhr impfen lassen.

Erhöhung des Gaspreises in Weisensee. Die Englische Gasanstalt hat an die Gemeindeverwaltung den Antrag gestellt, auf ein Jahr, und zwar vom 1. April ab, den Gaspreis von 18 Pf. auf 16 Pf. pro Kubikmeter zu erhöhen, um dadurch die Konsumenten zu sparsamem Gasverbrauch zu veranlassen und einen Ausgleich für die im Preise gestiegenen Rohprodukte, Arbeitslöhne usw. zu schaffen. Gleichzeitig sollen für dieselbe Zeit die Rabatte in Kraftfall kommen. Der Gemeinde wurde hieron eine Abgabe von 2 1/2 Pf. garantiert, was ungefähr 125 000 M. ausmachen soll. Unsere Vertreter wandten sich gegen dieses Ansuchen der Gasanstalt, da in der Hauptstadt der kleine Abnehmer durch diese Verteuerung des Gaspreises um 30 Proz. den größten Teil am Gewinn der Gemeinde aufzubringen hat. Die Mehrheit trat jedoch dem Verlangen der Gasanstalt bei. — Die in Aussicht stehende Kohlensteuer veranlaßt die Gemeindeverwaltung zugleich den Antrag zu stellen, den Kriegszuschlag von 20 Proz. auf 30 Proz. für den vom Elektrizitätswert zu liefernden Kraftstrom zu erhöhen, das eine Erhöhung von 12 Pf. auf 18 Pf. für die Kilowattstunde bedeutet. Die in der Gemeindevertretung sitzenden Industriellen wandten sich gegen die einseitige Erhöhung, aber auch diese Erhöhung wurde angenommen. Von einer Erhöhung des Strompreises für Beleuchtungszwecke wurde einstweilen noch Abstand genommen.

Steuerbeschlüsse in den Vororten. Eine Reihe weiterer Vorortgemeinden Groß-Berlins hat jetzt ihre Haushaltsberatungen beendet und die Steuerbeschlüsse für 1917 fertiggestellt. Die Gemeinde Rosenthal ist genötigt, ihren Zuschlag zur Einkommensteuer von 150 auf 170 Proz. zu erhöhen. Ferner wurde die Grundwertsteuer für bebauete Grundstücke von 2,6 auf 2,75 und für unbebaute Grundstücke von 4,6 auf 5,5 v. Z. erhöht. Die Gemeinde Marienfelde beschloß, ihren Einkommensteuereinzuschlag von 140 Proz. beizubehalten. Buchholz und Niederichonshagen haben beschlossen, den Steuereinzuschlag von 170 Proz. beizubehalten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mitgliederversammlung in Wahldorf a. D. Am letzten Sonnabend hielt der Wahlverein (S. P. D.) seine erste Mitgliederversammlung seit Kriegsausbruch ab. Genosse Paul Müller-Karlsdorf redete über den verhängnisvollen U-Boot-Krieg. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Schumann, Rausch und Rämung im Sinne des Referenten. Unter Vereindangelegenheiten wurde der Genosse Rausch an Stelle des Genossen Dieze zum Kassierer gewählt.

Gerichtszeitung.

Das widerrufen gute Zeugnis. Mit einer merkwürdigen Motivierung widerrief vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ein Kaufmann S. ein glänzendes Zeugnis, das er seiner Buchhalterin bei ihrem vor zwei Jahren erfolgten Abgange ausgestellt hatte. Die Buchhalterin hatte schon während ihrer Tätigkeit ihr Gehalt nur rohenweise erhalten können, bei ihrem im März 1915 erfolgten Austritt waren noch 315 M. rückständig, die S. nach und nach abzuzahlen versprach. Nachdem sie so lange auf Begleichung vergeblich wartete, rief der Angeklagte schließlich die Geduld und sie erhob gegen den säumigen früheren Chef Klage. In der Verhandlung kam der Besagte mit dem Einwand, die Klägerin S. habe die Bücher so unordentlich geführt, daß er den Schaden gegen das rückständige Gehalt aufrechne. Dem hielt aber der Vorsitzende entgegen, daß sich der Einwand der mangelhaften Leistung mit dem geradezu glänzenden Zeugnis schlecht zusammenreime. In diesem Zeugnis heißt es u. a.: „Ich bedauere aufrichtig den Abgang dieser fleißigen und geschäftsgewandten Dame, die ich jedem Chef aufs wärmste empfehlen kann. Auf ihren Wunsch könnte sie jederzeit wieder bei mir in Stellung treten.“ Auf den unüberbrückbaren Widerspruch zwischen seiner eigenen damaligen Forderung und seiner jetzigen Behauptung hingewiesen, erklärte S., er müsse, als er der Klägerin ein solches Zeugnis ausstellte, nicht im Vollbesitz seiner Geisteskräfte gewesen sein. Der Besagte wäre mit seinem Einwand natürlich nicht durchgedrungen und in voller Höhe beurteilt worden, wenn nicht die Buchhalterin so entgegenkommend gewesen wäre, sich mit 300 M., die in zwei Raten gezahlt werden sollten, zu begnügen.

Aus Furcht vor seiner Ehefrau hat sich der bisher völlig unbestrafte und des besten Leumunds sich erfreuende Maurer S. zu einer Tat verurteilt lassen, die hart an Straßensraub grenzt. Der Angeklagte, ein solider, arbeitamer Mensch, hatte eines Sonntags seinen Wochenlohn erhalten, war in einem Schanklokal eigentlich wider seinen Willen, unter Spielern geraten und hatte sein ganzes Geld verloren. Nun stand er da und wußte nicht, was er machen und wie er seiner Frau, der er noch niemals das Wirtschaftsgeld vorenthalten hatte, vor die Augen treten sollte. Als er so in voller Verzweiflung die Königstraße entlang ging, sah er an der Haltestelle der Straßenbahn unter anderen Wartenden auch eine Frau mit einer Ledertasche am Arm stehen. Die Tasche hatte es ihm angetan. Er drängte sich an die Frau heran, schnitt mit seinem Messer die Schür ab und karrte mit der Tasche, in welcher sich zufällig 500 M. befanden, davon. Er wurde jedoch sofort verfolgt und bald ergriffen. — Der Staatsanwalt beantragt ein Jahr Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schmidt hob die psychologischen Momente des Vergehens, der Verurteilung und der Furcht vor der Ehefrau als wesentlich strafmildernd hervor. — Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und entschloß sich auch bei der Eigenart des Falles, trotz der Höhe der Strafe, den Angeklagten der bedingten Begnadigung zu empfehlen.

„Wurst-Ersatz“, „Ungarische Gemüsbutter“, „Butterol“ — unter diesen Bezeichnungen brachte der Fabrikant Franz Rom einen Brotaufstrich auf den Markt, dessen Namen er dreimal änderte, wenn Bedenken gegen die Bezeichnung geltend gemacht wurden. Auf den Reklameplakaten wurde das Präparat zunächst als Ersatz für Wurst, nahr- und schmackhaft, schmerzend wie Fleischwurst, angepöndelt; nach der Verwandlung in „ungarische Gemüsbutter“ wurde von ihr gerühmt, daß sie gesundheitsförderlich, schmackhaft gewürzt und ein hervorragender Brotaufstrich sei, und „Butterol“ wurde als „reines Naturerzeugnis“ angepriesen. Das Präparat bestand aus Gemüse, roten Rüben, Kohlrüben, Kohlsüben und Gewürzen und kostete 1,60 M. das Pfund. Der Umsatz war ein sehr bedeutender. — Die gegen den Angeklagten erhobene Klage endete in erster Instanz mit Freisprechung. — Der Staatsanwalt hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I beantragte der Staatsanwalt, gestützt auf das Gutachten des Prof. Dr. Juchacz, der ausführt, daß das Produkt weder mit Wurst, noch mit Butter und Fett etwas zu tun habe und die Bezeichnung deshalb geeignet sei, das Publikum irreführen, 1200 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Dr. Fuppe hielt dagegen das Urteil des Schöffengerichts für durchaus dem Volksempfinden entsprechend. Kein Mensch, der diesen Brotaufstrich gekauft, habe daran gedacht, daß dieser Ersatz in der heutigen Annapheit an Fleisch und Fett die Bestandteile der Wurst enthalte, sondern man sei heilfroh, überhaupt einen Aufstrich auf das trodrene Brot zu erhalten. Durch eine derartige Stellungnahme der Wissenschaft beunruhige man nur Publikum und Fabrikanten. — Das Gericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten, indem es annahm, daß die mit Bewußtsein gewählten Bezeichnungen zu Irreführung geeignet seien. Ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz liege nicht vor, dagegen ein Verstoß gegen die Bundesratsverordnung, wofür das Gericht mit Rücksicht auf den erzielten großen Umsatz eine Geldstrafe von 1500 M. für angemessen hielt.

Die gekohlene Zeitung. Der Angeklagte S. war überführt worden, daß er einige Male, wenn er von Hause fortging, das für die Eheleute L. bestimmte „Berliner Tageblatt“ aus ihrem Briefkasten stahl und es sich ansah. Das Landgericht III verurteilte den Angeklagten unter Annahme von Diebstahl zu einem Tage Gefängnis. Hiergegen legte er Revision ein. Sein Anwalt machte geltend, daß auf keinen Fall Diebstahl anzunehmen sei. Eventuell könnte höchstens zur Anwendung kommen der § 370 Ziffer 5 des Strafgesetzbuchs, wonach nur mit Geldstrafe oder Haft bestraft werde, wer Nahrungs- oder Genussmittel oder andere Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs von unbedeutendem Werte oder in geringer Menge zum abschließigen Verbrauch entwendet oder unterschlägt.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision, weil eine Zeitung nicht als Gegenstand des hauswirtschaftlichen Verbrauchs angesehen werden kann.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. April, vorm. 10 1/2 Uhr. Kleine Frankfurter Straße 6. Vortrag von Herrn Wilhelm Böhlde: Neue Forschungen zur Urgeschichte der Menschheit. Gäste willkommen. — Nächste Jugendvorlesung am 15. April.

Eingegangene Druckschriften.

„Hebrern Feind.“ Von Otto Lehmann. 2 M. Verlag H. G., Berlin.
Die Russen. Von Kadja Straßer. — Die Kleine und die große Liebe. Von Herla König. Geb. 1 M., in Leinen 1,25 M. Verlag E. Pfeiffer, Berlin.

Weitererzählungen für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Jährlich mild und zeitweise auffarend; jedoch überwiegend demütigt mit öfter wiederholten im allgemeinen geringen Niederlagen.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Ost Erscheint wöchentlich einmal. Bei Abnahme empfohlen.	Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Nord Bei Abnahme empfohlen.
Brot, Eier, Klee P. N. Ackermann, 8 Filialen	Dragon, Farben Königsberger Königsberger Straße 26/27
Mehlhandlung Königsberger Straße 26/27	Flisch u. Wurst Gutschmanns Centr. Viktor- Str. 113
Photograph. Ateliers Nayn, Frankfurt, Altona 99 Kgl. Hofphot. Frank, Altona Th. Wenzel, Altona 28 a. Adressenliste	Herrn, Dam., Knab., u. Mädchen-Garder. Veteranenstr. 14 O. Hoffmann fertig u. n. M. 2
Schuh- u. Besohlanstellen Petersburger Straße 18	Kolonialwaren Streitauer Str. 57
Warenhäuser Königsberger Warenhaus und Platzmarkt Altona 11, Vorr.-Lsg. 2 1/2	Möbelhandlungen C. E. Fink, Pankstr. 92. Möbelmagazine Reinholdstr. 97 Tischlermeister

Schule und Erziehung.

- Almloch, Ernst, Aus meinen vier Pfählen. Erlebnisse und Pflaundersstunden mit meinen Kindern. Für nachdenkliche Eltern und Kinderfreunde erzählt. Gebd. M. 1,25
- Borchardt, J., Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? M. — 30
- Der Verfasser behandelt eine der wichtigsten Fragen der Jugenderziehung. Er geht von dem Gedanken aus, daß die Prügel in der Schule zu vermeiden seien, daß aber auch das Prügeln der Kinder im Hause für die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder verberblich ist.
- Dunker, Käte, Die sozialistische Erziehung im Hause. M. — 40
- Rühle, D., Die Volksschule, wie sie ist. M. — 75 und M. — 30
- Die Volksschule, wie sie sein soll. M. — 75 und M. — 30
- Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tabelt in seiner ersten Broschüre die Zustände unserer Volksschule und schildert sie als eine Anstalt zur Erziehung möglichst williger und billiger Lohnarbeiter für das Kapital. Der Klassenhaß, sagt er, hat Klassenhassen geschaffen, wer Geld hat, kann sich Bildung kaufen.
- Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge. M. — 20
- Umgang mit Kindern. Grundsätze, Winke, Beispiele. M. — 20
- Quard, Dr. W., Kommunale Schulpolitik. Ein Führer durch die Gemeindefähigkeit auf dem Gebiete der Volksschule. M. 1,— und M. — 50
- Der Verfasser behandelt in sechs Kapiteln: Volksschulverfassung und Schulverwaltung — Die Volksschulen der Gemeinden — Die innere Schulorganisation — Schulgesundheitspflege — Mißbrauch der Volksschule in kirchlichen und politischen Zwecken — Wege und Ziele einer volkswirtschaftlichen Schulpolitik. — Er hebt die vielfachen Mängel unserer heutigen Volksschulen in allen deutschen Bundesstaaten hervor und zeigt die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen.
- Schulz, H., Sozialdemokratie und Schule. 2. Auflage. M. — 75 und M. — 30
- Die Mutter als Erzieherin. M. — 50; gebd. — 75
- Die Schulreform der Sozialdemokratie. M. 3,—
- Eine ausführliche Arbeit über die Stellung der Sozialdemokratie zur Volksschule.
- Seidel, Robert, Arbeitsschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode. M. 2,—
- Die Schule der Zukunft, eine Arbeitsschule. M. — 80
- Zeitlin, El., Die Schulfrage. Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen. M. — 15
- Der temperamentvolle Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.
- Schmittler, P., Soll mein Sohn Lehrer werden?

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstraße 3

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Schmitt, Adersstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bäckerstr. 42, an der Gieselerstraße. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
3. Wahlkreis: S. L. Fritz, Ringstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
4. Wahlkreis: D. H.: Robert Bengels, Marinsstr. 35. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr. — Karl Welle, Petersburger Platz 4 (Laden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
4. Wahlkreis: S. u. W.: Paul Böhm, Louisestr. 14/15. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
5. Wahlkreis: S. u. W.: Immanuelstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Wedding: J. Honig, Fischerstr. 34, Ecke Ullricher Straße (Laden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Rosenfelder und Cronenburger Vorstadt: A. Wolgast, Wittstr. 9. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Gesundbrunnen: Fischer, Seckauerstr. 6 (Laden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagenstr. 22. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Mittheilung: Feuerstein, Wilmersdorf. 22.
- Mittheilung: Hollenbeck: Wilhelm Barre, Friedrichstr. 46.
- Baumhüttenweg: S. Dornis, Marienfelder Straße 13, I.
- Bernau, Kätzelstr. 1, Jepsen, Schönbrunn und Weg: Heinrich Broje, Köpenickerstr. 5 (Laden).
- Borsdorf: Forstmann, Genossenschaftshaus „Paradies“.
- Charlottenburg: Gustav Scharberg, Eschendorfer Straße 1. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Chaussee, Schmöckwitz, Neuthen, Niedersdorf: Oskar Rühle, Grünauer Straße 37.
- Friedrichs-Petershagen: Stellmacher, Petershagen.
- Friedenau, Steglitz, Südende: H. Benzler, Altonaer Str. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Friedrichshagen, Friedenau, Kaulsdorf, Schöneiche, Klein-Schönebeck: Ernst Bertram, Friedrichshagen, Adenauer Straße 18.
- Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannishof, Rudow: Rolf Gonschur, Vorstr. 23.
- Karlshorst: Hermann Billing, Dönhofsstr. 22.
- Königs-Waldhagen, Wildau, Niederschme: Friedrich Baumann, Lindenallee Straße 5.
- Köpenick: Emil Wiegler, Rieker Straße 6 (Laden). Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
- Lichtenberg I, Friedrichshagen, Pankow, Prenzlauer Berg: Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkrantz, Alt-Bogbagen 56. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Mahlsdorf, Kaulsdorf, Niedersdorf: P. Oehberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
- Marzahn, Marienfelde: August Peib, Hausstr. 29.
- Neukölln: R. Heigich, Redarstr. 2 (Laden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Neukölln-Prig: Robt, Egelriedstr. 28/29. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Niederhohenschulze: Wilhelm Lurub, Trüdenstr. 10, II.
- Romow: Karl Prohberg, Eisenbahnstr. 10.
- Schöneiche: Abo Freidank, Wilmersdorf. 25, I.
- Pankow, Niederschme, Nordend, Franz-Vorstadt, Prenzlauer Berg: Rikmann, Köpenickerstr. 30. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2 bis 7 Uhr.
- Reinickendorf-O. Wilhelmstr. und Schönholz: V. Gursch, Frowingstraße 56 (Laden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Schönholz bei Köpenick-Waldhagen: E. H. Ganske, Dorstr. 10.
- Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Weininger Straße 9 (Laden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Spandau, Ronneburg: Schumacher, Breite Straße 6. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Tegel, Vorhagen, Wittenau, Waldmannsluft, Hermsdorf, Hohen-Reuen-dorf, Rickenwerder, Freie Scholle und Reinickendorf-Weg: Paul Riehard, Voßstraße, Rantstr. 10. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
- Teltow: Pfeiffer, Gabelstr. 2.
- Tempelhof: Rud. Hecker, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.
- Treptow: Rob. Gramenz, Riechstr. 412 (Laden). Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Weisensee, Heinersdorf: Gust. Kockopf, Berliner Allee 11.
- Wilmersdorf, Palenke, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelm-Anne Str.
- Zoo: R. Ratsch, Berliner Straße 24.
- Jämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Das Deutschtum in Rußland.

Angesichts der Wendung der Dinge in Rußland dürfte sich von neuem auch die Frage aufdrängen, was man bei der Neugestaltung für die Deutschen in Rußland nach dem Kriege zu erwarten hat.

Ein Problem, dessen Lösung noch viele ungelöste Schwierigkeiten birgt. Wie war denn die Lage vor dem Kriege und wie hat sich Rußland bisher zum Deutschtum in seinem Staatskörper gestellt?

Dies in kurzen Worten zu schildern, macht sich ein Abwärtsschritt im Verlaufe des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien erschienenen Werkes „Der Krieg 1914/16“ entnommenen Aufsatzes von Prof. Dr. Dietrich Schäfer zur Aufgabe, der den Stand des Deutschtums im Ausland, wie er vor dem Kriege war, in kurzen Strichen zeichnet, wie folgt:

In weiten russischen Reich wohnten Deutsche so ziemlich an allen Ecken und Enden, die baltischen Länder, die „deutschen Ostprovinzen“, sind zur Ordenszeit Teile des Deutschen Reiches gewesen.

Am Ausgang des Mittelalters (die Eroberung Konstantinopels durch die Türken hat hier Bedeutung gewonnen) haben russische Herrscher angefangen, Abendländer in ihr Reich zu berufen.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Zapolska.

IX. Gorkis Ankunft — Der Überfall im Laden — Juzia — Diebstahl am hellen Tage — Viele Trauer.

Eine seltsame Unruhe bewegte Gorki, als er am Bahnhof in die Droßke stieg. Es trieb ihn fieberhaft nach Hause.

Gorki erkannte in dem Droßkenträger einen bekannten Fallschläger, der den Bauern das Geld abnahm. Es war derselbe Kutsher, der Tagejew und Janka zur Bahn gefahren hatte.

„O, Sie kommen noch zurück, um alles zu erfahren!“ Gorki beachtete eine böse Ahnung. Aber er wehrte sich dagegen, es aus dem Munde dieses Menschen zu erfahren.

Sie begegneten sich fast in der Mitte des Marktplatzes. Der Kutsher hielt an. „Was ist geschehen?“ fragte Gorki, als er das veränderte Gesicht des Mädchens und ihre vom Weinen die angeschwollenen Augen sah.

gehoben. Das wirtschaftliche Gleichen war lange Zeit sehr erfreulich; Die Kolonistenörter ragten hoch empor aus ihrer Umgebung.

Die Zählung von 1897 ergab für das russische Reich 1 700 000 Deutsche. In der Wolga wohnen von ihnen 391 000, in Sibirien 409 000, in Galizien 172 000.

René Schickele: „Hans im Schnakenloch“ (Kleines Theater).

Der Elftäter René Schickele, bisher im großen Publikum noch wenig bekannt, geht eigene Wege. Vielleicht, daß jene, die von seiner Entwicklung Bedeutames erwarten, recht behalten.

Das Verhältnis des Hans Boulanger zu seiner Frau, um welches das andere sich episodisch gruppiert, hat wieder eine besondere Glanzseite noch eine menschlich individuellere Färbung, durch die es interessanter würde.

In die engen Schranken des Familiendramas fallen die ersten Schatten des ungeliebten furchtbaren Weltenschicksals, das benagt.

Sie wackelt im Elend, wo altfranzösische und deutsche Sympathien einander gegenüberstehen und sich vermischen, gedoppelt zwiespältiges Empfinden.

Die von Direktor Altmann inszenierte Aufführung verzichtete klug auf den doch schließlich aussichtslosen Versuch, das Lokalkolorit durch Ankünfte des Landesdialekts nachzuahmen.

Schweineschlachten im U-Boot.

Einer vom Unterseeboot erzählt in der „Pöster Kriegszeitung“: Ein U-Boot stößt in der Ostsee auf einen englischen Transportdampfer. Glück muß der Reich und noch mehr ein U-Boot haben.

Der Erstarrungspunkt des Quecksilbers.

Die Berechnung des Erstarrungspunktes des Quecksilbers gilt seit jeher als wichtig, weil durch sie den mit Quecksilberthermometern vorgenommenen Temperaturmessungen eine feste untere Grenze gesetzt wird.

Notizen.

— Bühnenschronik. Frau Hermine Röcher ist vom Deutschen Theater aus auf eine Reihe von Jahren verpflichtet worden.

— Kino und Meer. General Lubendorff hat sich in einem Brief an die Zeitschrift „Film“ über die Bedeutung des Kinos für das Meer also geäußert:

„Ich habe Gerechtigkeit gefühlt, besonders auf Grund der Tätigkeit der militärischen Filmtruppe und der von ihnen geschaffenen Aufnahmen und von der hohen Bedeutung der Film-Industrie im Sinne der Belehrung und Aufklärung zu überzeugen.“

Juzia lief hinter ihm her. Der Kutsher trieb das Pferd an und fuhr mit dem zurückgelassenen Handkoffer zu einem bekannten Fehler, um ihm die Handlätze zum Aufbewahren zu geben.

Gorki eilte die Treppe hinauf in die Wohnung. Aus dem Vorzimmer mehte ihm Leere und Entsetzen entgegen. Ueberall sah man die Spuren einer plötzlichen Abreise und rücksichtslosen Durchsüchtung.

Er fand es leer. Das weiße Bett war zermüht, die Schränke standen offen, Kleider lagen auf dem Fußboden umher. Ohne ein Wort, ohne einen Aufschrei rannte Gorki aus Jankas Zimmer nach dem Zimmer seines Sohnes.

Kun begab sich Gorki nach dem Wohnzimmer und suchte nicht weiter. Er hatte begriffen, daß man ihm die Kinder entrißen hatte. Schweiztropfen traten auf seine Stirn. Er ließ sich schwer in einen Sessel nieder und hob die von Schmerz verklärten Augen empor.

„Das Fräulein ist fort,“ begann sie dumpf. „Sie wurde verhaftet.“ Gorki wollte sich vom Sessel erheben, aber seine Kräfte versagten.

„Tagejew hat sie abgeführt,“ fuhr Juzia flüsternd fort. Und sie erzählte in abgerissenen Worten den ganzen Vorgang.

„Tagejew ist allein wiedergekommen, das ist alles, was ich erfahren habe,“ schloß sie den traurigen Bericht. Gorki raffte sich zusammen und bemühte sich, die Lage zu überschauen.

„Was ist mit Razzo?“ fragte er. Juzia trocknete die Tränen. „Den jungen Herrn habe ich gerettet. Er ist der Verhaftung entgangen. Wahrscheinlich hat er schon die Grenze passiert.“

„Wer hat ihm Geld gegeben?“ „Ich!“ sagte sie leise. „Du? ... Ich danke dir!“

Er sank wieder in den Sessel. Juzia brachte ihm Wasser und küßte die Hände des unglücklichen Mannes.

„Beruhigen Sie sich! Sie werden das Fräulein sicher wieder frei lassen. Man muß sofort die nötigen Schritte machen. Das ist das Wert dieses halunken Tagejew ... Er rächt sich an Ihnen dafür, daß die Kaufleute in Ihrem Hause jenen Protest unterschrieben haben.“

„Woher weiß er das?“ Juzia geriet in größte Verlegenheit. Aber in ihrer Ekstase vermochte sie sich nicht zu beherrsigen. Sie fiel zu seinen Füßen nieder und schrie:

„Schlagen Sie mich tot!“ „Dich? Wofür denn?“ „Ja war Polizeispion, ich habe ihnen Mitteilungen gemacht! ... Ja, ja ich!“

„Das höre ich?“ „Sie haben mich dazu gezwungen. Zuerst Martowki, der mir meinen Paß vorenthielt, und dann Tagejew, der mir mit dem schwarzen Buch drohte. O, ich Unglückliche!“

Sie wand sich in Weinkrämpfen am Boden. „D. könnte ich meine Sünde wieder gutmachen.“ begann sie wieder. „Ich habe den jungen Herrn gewarnt, habe ihm mein ganzes Geld gegeben. Martowki hat sich aufhalten lassen und Tagejew hat zu spät erfahren, daß der junge Herr geflohen ist. So wahr mir Gott helfe!“

Sie klammerte sich an Gorkis Rockschöße. „Und jetzt schlagen Sie mich tot, wie einen Wurm. Haufen Sie mir das Haar. Ich verdiene es nicht besser.“

In demütiger Stellung kauerte sie am Boden. Gorki schwing lange heiße Tränen rollten über seine Wangen. Er schien den ganzen Rest seines Lebens in dieser Stunde durchzuleben. Schließlich fuhr er auf, blickte auf das zu seinen Füßen jammernende Mädchen und berührte ihre Schulter mit zitternder Hand.

„Steh auf!“ „D. gnädiger Herr!“ „Steh auf, sage ich Dir! Ich trage dir nichts nach, ich weiß nur, daß du mir wenigstens das eine Kind gerettet hast.“

„Sie verzeihen mir?“ „Sie mußte seine Hand fassen.“ „Er schob sie fort.“

